

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1953.

Dienstag, den 19. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1954.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis halbjährlich: 2.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 1.20 Mk. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Kontennummer: 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich. Ausland 2.50 Mark für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original 15/16.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die hochgelagerte Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für vollstündige und gewerbetreibliche Inserate und Bekanntmachungen 10 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (einschließlich Festgebühren). Jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen jedes Wort 10 Pfg. Jede weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der neue Minister gegen die Wahlreform.

Wie Loebell das Kaiserwort erklärt!

In der Montagsführung des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern v. Loebell, daß er die von dem Abgeordneten Pachtke an ihn gerichtete Frage, ob er beabsichtige, dem Landtage eine neue Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten, mit Nein beantworten müsse.

Im Junkerparlament gab am Montag der Nachfolger des verflorenen Polizeiministers v. Dallwitz sein Debüt. Ein höchst unglücklich, zu den schälimsten Erwartungen berechtigendes Debüt, von dem Genosse Liebknecht mit Zugabe sagen konnte, Herr v. Loebell, der neue Mann, habe dadurch den berüchtigten Herrn v. Dallwitz überdallwitzt. Der Freisinn, der Herrn v. Loebell mit so jauchzendem Lärm als den Minister der Wahlreform begrüßt hatte, kann nun trübselig fragen: „Es fiel ein Reiz in der Frühlingnacht.“ Er fiel auf die zarten Blaublümlein des so blühartig treuherzigen Herrn Pachtke, und all die schönen Bloßhoffnungen, die schon so leuchtend hervorsprossen, sie sind verwelkt, verdorret...

Freilich kann man darüber streiten, wem der frostige Gagel der kalten, feindseligen Erklärungen des neuen Polizeiministers gegen die Wahlreform am meisten Schaden anrichtet hat: ob dem grauam enttäuschten Freisinn oder der dreifachen Monarchie und ihrem Repräsentanten. Denn dem Freisinn weiß man ja, daß er noch am Grade die Hoffnung aufblauzt — aber die preussische Krone hielt man denn doch nicht für so überberaten, daß sie die schädlichste Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen werde, um sich wieder einmal zur Thronrede von 1908 zu bekennen, dem feierlichen Königswort von der Wahlreform, die eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bilde. Nicht doch längst im ganzen Lande mitleidiger Hohn und höhnisches Mitleid, daß der Jammerschauer und Herr v. Walsahn nicht nur die Präzeptoren des Kronprinz seien, sondern auch die allmächtigen politischen Vormünder der Krone.

So groß, so unvorstellbar aber auch der Schaden für Fortschrittler und Krone sein mag, so erfreulich ist doch die rosche Entschleierung der Loebellschen Regierungsgeschichte. Herr Pachtke verdient alles Lob dafür, daß er einmal, nach dem Zeugnis des Herrn v. Loebell und vielleicht auch etlicher „freisinniger“ Diplomaten, kein „Staatsmann“ gewesen ist, sondern den neuen Polizeiminister Miß und Har vor die Gewissensfrage stellte: wie steht du zur Wahlreform? Wir wollen dies Verdienst des Vorliegenden der fortschrittlichen Landtagsfraktion auch nicht durch das Aufwerfen der Frage schmälern, ob auch er nicht dennoch seine Reugier begnügen hätte, wenn er diese Antwort des ministeriellen Hoffnungsankers der Fortschrittspolitik erwartet hätte.

Herr Pachtke glaubte überdies keine Sache mit der gebotenen Vorsicht eingefädelt zu haben. Er verlangte nicht etwa die Verwirklichung der programmatischen Forderung des Freisinn (und des Zentrums!), die Uebertragung des Reichstagswahlrechts durch den neuen Polizeiminister, sondern nur die geheime und direkte Wahl, also jene kümmerlichen Verbesserungen, die schon vor 7, 8 Jahren Herr Theodor Barth einmal als allerberühmtesten Provisorium genannt hatte. Aber selbst von dieser armseligen Abschlagszahlung wollte Herr v. Loebell nichts wissen, mit einem glatten und entschiedenen „Nein“ beantwortete er die Gewissensfrage Pachtkes, ob von ihm eine Reform auch nur dieser Art zu erwarten sei!

Aber nicht genug damit, daß Herr v. Loebell sich mit dünnen, brutalen Worten als den neuen Minister gegen die Wahlreform, schlechtester als Erfolg Dallwitz, vorstellte — er verbat sich auch sonst höchst deutlich, daß der Liberalismus ihn zum Träger seiner Hoffnungen und Illusionen mache. Kurz, er, der sich als abgeklärtester Reaktionsär in den Zeiten der seligen Bloßpolitik so überraschend in die Rolle der rechten Hand des Paarungsfanzlers Bülow gefunden hatte, kopierte in dem Milieu des Dreiklassenhauses ebenso überzeugend die Fäbiakritik der Wiederanfassung an die unreaktionäre Zeitpolitik der Heydebrand und Pappendin!

Der sozialdemokratische Redner, Genosse Liebknecht, den bangende Vorfücht der Ordnungsparteien diesmal mit an die Spitze der Rednerliste gestellt hatte, um seine Angriffe dann nachträglich erfolgreicher abwehren zu können, verlor den Zwieselsang Pachtke-Loebell mit überaus glücklichen Woffen. Sarkastisch behandelte er das unerwiderte Liebeswerben der unverwundlich illusionsfähigen Fortschrittspartei um die spröde Ministerchöne, mit beifühndem Spott aber überschüttete er den neuen Polizeiminister selbst, der es fürnisch als unbillige Zumutung zurückgewiesen hatte, so etwas wie ein politisches Programm zum besten geben zu sollen. Vergebens nahm sich der übereifrige Vizepräsident

Dr. Porich mit plumpen Ordnungsrufen des läbel Mitgenommene an. Liebknecht verstand es, mit vorsichtigen Worten und doch so unzweideutiger Kritik die traurige Unterwürfigkeit des neuen Ministers des Innern unter die schwachvolle und empörende Junkerfiktatur zu brandmarken, daß Herr v. Loebell voller Erregung auf seinem Sitze hin und her rutschte. Eine Entgegnung verfuhr er sich aber klüglicherweise, trotz eifriger Notizen!

Mit Liebknechts ebenso scharfer wie würdiger Brandmarkung der junkerbürgerlichen Regierungspolitik, der er dann zum Schluß die unausfaltbare Kulturpolitik des sozialistischen Proletariats konstatierte, war der Höhepunkt der Debatte überschritten. Was noch kam, betriet nur epischend das tiefe Niveau jenes Parlaments, in dem Bildung und Besitzkraft eines schändlichen Geldwahlrechts und eines noch schändlicheren Terrors dominieren. Der Redner-Bündler Graf v. Pöhlke verzettelte sich in belanglosen Kleinigkeiten — schon vor Liebknecht hatte Herr v. Liebknecht selbst kurz, aber distanzlos, die Verwägung der Dreiklassenmach gefordert. Herr Dr. Friedberg von den Nationalliberalen machte jäntiglich zur Gewährung „gemäßigter“ Zugeständnisse, derweilen ansonst dem Instium des Volkes mehr gewährt werden müßte, als die Regierung möchte und der Wohlstande. Daneben reproduzierte er die abergläubischen Verheißungen der Sozialdemokratie, die unter die jähle Wahlreform werden müßte, wie eine „Arbeitskrankheit“, die ausgerottet werden müßte.

Ebenso triviale, aber wesentlich entscheidendere Töne schlug Herr v. Heydebrand an, der den „Wahlrechtsminister“ seines Betragens und seiner Dankbarkeit versicherte, die Wahlreform als reformistische Verirrung besaßte und jedem neuen Versuch der Einlösung des königlichen Versprechens schärfsten Kampf anjagte. Wir werden der Dinge harren, die da kommen, erklärte er, aber voller Vereinfachung. „Die Hand am Schwert“. Gegen den neuen Polizeiminister, den mit so überfchwänglichem liberalen Tantom eingerührten „Reformminister“, wird Herr v. Heydebrand das Schwert nicht zu zücken brauchen, denn der ist ja offenbar nichts als der Griff des Volkstafels, den die preussischen Nachhaber gegen das Volk sämigen werden, wie nur zu den schälimsten Zeiten von Noabit!

Der Zweck des Zentrumsreißes Herold war nichts als ein woffriger Aufjuch der Wahlrechtsüberlegenheitsreden von Anno dazumal. Nicht ein Wort der Kritik an der Kriegs-erklärung des Herrn von Loebell gegen die Wahlreform. Nein: das Zentrum will arglistig weiter labieren, jede wirkliche Reform vereiteln und nur danach sehen, daß das Uebergewicht des schwarzblauen Bloßs, des Hollwunders und der Volksverdummung nicht ins Wanken gerät. Und da Herr v. Heydebrand voll komischer Heudelei dem Freisinn sein Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie als unerbörtesten, unersetzlichen Verrat „an der bürgerlichen Gesellschaft“ angekreidet hatte, unternahm Herr Herold den bereits früher gekünderten abenteuerlichen Versuch von neuem, all die Zentrumstechteltwechteleien mit der Sozialdemokratie als Abirrungen einzelner hinzu stellen, mit denen die fromme, staatsbehaltende Zentrumspartei nichts zu tun hat.

Herr Herold konnte für diesmal strafflos solche Robrenwände verurteilen, weil schon vor Beginn seiner Rede der Schlußantrag eingegangen war. Und das Haus nahm denn auch, obgleich es noch nicht 11 Uhr war, diesen Schlußantrag an, gerade in dem Augenblick, als der zweite sozialdemokratische Redner, Genosse Strobel, zum Wort gekommen wäre.

In einer ausgedehnten Ansprache zur Geschäftsordnung wurde dieser schamlose Gewaltstreich geziemend gekennzeichnet.

Aber ob die Debatte über die Fortführung der freisinnigen Wahlrechtsillusion gewollsam zu Ende gebracht wurde oder nicht — ihr Erfolg ist unbestritten. Die Erklärungen des Herrn v. Loebell haben wieder einmal die Unsinnsigkeit und das irrealpolitische Wollenwandlerische gerade jener Kompromisspolitik entlarvt, die von Ministern oder sonstigen Stellen etwas für das Wahlrecht des Volkes erhoffen. Junker, Zentrumspaffen und nationalliberale Scharfmacher denken nicht im Traume daran, dem ohnehin so verhassten Volke mehr an Rechten einzuräumen, als es schon besitzt. Wer dem Volke wirkliche Rechte erobern will, der darf nicht an die Privilegierten und ihre Sachwalter, die Minister, appellieren, sondern nur an die Wahlrechtsbelosten selbst!

Der famose Tipp des „Fortschritts“ hat sich als läliche Nieme erwiesen. Darum wird es Zeit, daß das Volk selbst wieder auf der Bühne erscheint! Es hat durch seine Aktion die Wahlrechtsbewegung erst ins Rollen gebracht, es allein wird auch dem Junkerübermut einen neuen Dämpfer aufsetzen können!

Kehtaus!

Alltäglich, etwa eine Viertelstunde nach Schluß jeder Reichstagsitzung, wenn die gedankenreichen und geistesstärkender Mitglieder unserer obersten Volksvertretung eines nach dem anderen den Sitzungslokal geräumt haben, kommen durch alle Türen grau-gelbeide und meistens schon etwas bejahte Heingelweidchen hereingehuscht, die sich mit Fleiß und Eifer daran machen, den äußerlich sichtbaren Schutt und Abfall der gesetzgeberischen Arbeit zu bescheiden. Sie stürzen sich auf die Papiermassen, kriechen unter Tisch und Bänken umher, schwenken Besen und Scheuerlappen, auf daß das Haus rein werde.

Gegenwärtig besorgen die Mitglieder des Reichstags selber eine Art Keimarbeit im Plenarsitzungslokal. Sie kramen in den Kisten der Gesetzentwürfe, Anträge, Petitionen, Wahlprüfungen, Rechnungen und Resolutionen umher, suchen Ordnung zu schaffen, erledigen, was noch irgendwie im Sieben und mit dem Keimfieber in den Knochen zu erledigen ist, prosen in den Papierkorb, was nur hineingeht, schwenken Besen und Scheuerlappen gegen einander und gegen die Regierung — auf daß das Haus vor Torschlusß rein werde!

Am Schluß einer beinahe neunstündigen Arbeit am Montag hatten sich die Abgeordneten, besonders die auf der rechten Seite des Hauses, in eine solche Keimarbeit und Aufräumerei hineingefahren, daß sie neben allerlei gesetzgeberischen Meinram und Abfall um ein Haar auch die wichtige dritte Lesung des Etats mit in den Papierkorb geworfen hätten. Diesen Notauspostus sind zwei mit dem Grafen Westarp zu reden, empfanden aber doch selbst die Nationalliberalen als eine zu arge Forderung, es Deutsch Reichstags, und so wurde die Beratung wieder aus dem Krimstrom des Papierkorbes herausgehuddelt und ordnungsmäßig auf die Tagesordnung der Dienstagsitzung gestellt.

Eine Anzahl Rechnungssachen war im Sandumbrecht erledigt. Dann registrierte Ras die Stunde: die zweite Lesung des Gesetzes über die Änderungen des Militärstrafgesetzbuches, das durch das Notgesetz aus Anlaß des Erfurter Attentats notwendig geworden war, begann mit einer Rede des Kriegsministers. Mit einer Rede, wie man sie bei dem neuen Kriegsminister und dem mit ihm in die Deeresverwaltung eingezogenen neuesten, allerneuesten Geist allmählich gewohnt worden ist!

Bei der Jubernaffäre gab der neue Herr seine Bittensorte ab. Wie er sich damals vorgestellt hat, so ist er geblieben. Zahl er im Laufe der Monate etwas besser als in den grotesken Anfängen seines Kriegsministeriell-parlamentarischen Erdemwollens die parlamentarische Form erlernt hat und nicht mehr ganz und gar wie ein blutiger Dilettant bei der Generalprobe auf der Bühne herumspolpert, ist als die natürliche Folge einiger erzieherischer Kippensätze, die ihm der Reichstag im Plenum und in den Kommissionen verfehlt hat, selbstverständlich. Aber in der Sache ist sich der Herr gleich geblieben.

Er ist einer von den Keuschen, Er wird sich grenzenlos erdreisten!

Was der Reichstag will, ist für sein nur an die läbliche Subordination des Kaiserhofes gewöhntes Denkerkönnen nichts als Auflehnung gegen einen Befehl von oben und daher strafwürdig. Leider kann er den Reichstag nicht auf vier Wochen in strengen Arrest schicken, obwohl er das sicherlich als die mindeste Strafe für das Herumwängeln der Reichstagsabgeordneten an der höchsten Weisheit königlich-preussischer Generale ansetzt. Aber er kann ihn wenigstens abfangeln, und abendrein kann er ihm königlich die Daumensfärbung anlegen: „Wenn Du die Vorlage nicht so schändlich, wie wir sie Dir vorgelegt haben, wenn Du Dir etwa einfallen läst, bei Deinen eigenen sogenannten Verbesserungsversuchen zu bleiben, so nehmen wir Dir die Suppe wieder vor der Nase weg!“

Der Reichstag entschloß sich angefaßt der hochfahrenden Art des Kriegsministers erstensidestrette, lieber seinerseits bei Regierung ihre unbrauchbare Suppe wieder zur Verfügung zu stellen. Der Kriegsminister konnte seine Lebenssachen einpacken. Das an sich notwendige und wünschenswerte Gesetz über die Änderungen des Militärstrafgesetzbuches, das aber einen bescheidenen Fortschritt nur mit der Beseitigung des strengen Arrests, mit der Herbeiführung zeitgemäßer Organisation — wenn nicht Abschaffung — der Kontrollversammlungen und mit einer Reform des Keimrechts und Beschwerderechts bedenten würde, ist damit so gut wie gefallen.

Freilich, eine Entschuldigung hat der Kriegsminister für sich. Ihm durfte nach dem kläglichen Ausfall der Jubernaffäre der Name schwellen. Nachdem sich die bürgerlichen Parteien in dieser wichtigen Frage mit einer geradezu beispiellosen Würdelosigkeit und Gefügigkeit vor dem Militarismus in den Staub geworfen hatten, durfte Herr v. Falkenhahn schon annehmen, daß er einer solchen Gesellschaft auch noch ganz andere Zumutungen stellen könnte.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vertrat die Genossen Fischer-Hannover und Cohn. Unsere Ablehnung der Dampfer-Subvention für die Australienlinie des Norddeutschen Lloyd begründete Genosse Hente, er kennzeichnet die Subvention als einen Ausfluss der stets wachsenden imperialistischen Neigungen des deutschen Kapitals. Bei der Frage der Förderung des Baues von Kleinwohnungen legte Genosse Göhre kurz die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion dar.

Dann kam zu später Stunde und vor übermüdetem Hause die für die gegenwärtige parlamentarische Situation wichtigste Angelegenheit, die dritte Lesung der Besoldungsvorlage, zur Erörterung. Hier hatte der Schatzsekretär Kühn den angenehmen Auftrag der Verbündeten Regierungen zu erfüllen, dem Reichstage mit dürren Worten zu erklären: wenn Du nicht willst, wie wir wollen, so lassen wir das ganze Gesetz scheitern! Bieleicht war der Regierung in dieser Frage der Kamm geschwollen, weil die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, inzwischen umgefallen waren, und weil auch das Zentrum wenigstens grundsätzlich seine Bereitschaft zum Abhandeln zu erkennen gegeben hatte.

Genosse Ebert legte demgegenüber die klare und selbstverständliche Stellung der Sozialdemokratie dar. Nichts von Verträgen, nichts von Uebergabe! Was bis zum Umfoll in den letzten Tagen und Stunden von dem gesamten Reichstage mit einer fasten Einmütigkeit als das bescheidenste Mindestmaß an Forderungen zur Verbesserung der Regierungsvorlage hingestellt worden war, was auch die beteiligten Beamtensategorien, die kläglich besoldeten Unterbeamten des Deutschen Reiches, als das notwendige Mindestmaß ansehen, das gibt die Sozialdemokratie nicht preis, weil die löbliche Regierung die Stirn ruzelt und dem Reichstage mit der Entziehung ihres Wohlwollens droht. Scharf und zutreffend nannte Ebert die Vorschläge der Regierung, denen sich leider die meisten bürgerlichen Parteien angeschlossen hatten, einen Vohn auf jede soziale Gerechtigkeit. Wir lehnen daher die Kompromißvorschläge ab. Damit aber die zahlreichen Landbriefträger, denen die bescheidene Erhöhung ihrer unerhört niedrigen Bezüge, die die Vorlage vorsieht, nicht unter dem Starrsinn der unfehlbaren Regierungsbureaucraten zu leiden brauchen, werden wir bei der dritten Lesung des Etats beantragen, den Landbriefträgern die ihnen zugehörige Erhöhung vorläufig als Stellenzulage zu bewilligen. Mag dann die Regierung zeigen, ob es ihr mit ihrem Wohlwollen für die Landbriefträger ernst ist, oder ob sie ihren sentimentalischen Hinweis auf diese armen Teufel nur als ein parlamentarisches Preffionsmittel benutzt hat.

Auch das Zentrum empfand die Erklärung der Regierung, die einen Vermittlungsvorschlag des Zentrums als unannehmbar hingestellt hatte, als eine Bräudierung. Und so fiel schließlich das ganze Gesetz mit 132 gegen 140 Stimmen.

Und das hat mit ihrem Starrsinn die Reichsregierung getan! Scherben über Scherben am Ende der Tagung des Reichstags! Das deutsche Volk wird daraus seine Schlüsse ziehen!

Die Solidarität der Chauvinisten.

Wendels Ruf und die französische Bourgeoispreffe.

Paris, 15. Mai. (Eig. Ber.) Daß die bürgerliche Presse Frankreichs über den deutschen Sozialdemokraten, der Frankreich hochleben ließ, kaum minder ungehalten sein würde, als die Deutschlands, war zu erwarten. Die französisch-deutsche Annäherung würde sozial wirtschaftliche und politische Spekulationen der kapitalistischen Klüngel fördern und sie würde der sozialistischen Partei, die haben und darüber gleichermassen hingeben für sie arbeitet, ein erhöhtes Ansehen in den Volksmassen verschaffen. Und es ist schon ärgerlich genug, daß ein deutscher Sozialdemokrat im Reichstag den bürgerlichen Zeitungskritikern von rechts und links, die von Zeit zu Zeit die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands als Kusternaden des Patriotismus im bürgerlich-nationalistischen Sinn hinstellen, das Konzept verdirbt.

Deshalb geben die französischen Bourgeoisblätter nicht nur die erhaben und schulmeisternden Kritiken der deutschen bürgerlichen Presse mit sichtlich Liebe wieder, sondern einige fügen eigene Auslassungen hinzu, um den Eindruck des Friedensrufes möglichst abzumildern.

Charakteristisch ist z. B. der Kommentar, den der Berliner Korrespondent des nationalstischen „Echo de Paris“ telegraphiert. Der Mann, der ein Meister in der Kunst ist — sie ist übrigens nicht immer so schwer, als man glauben möchte —, es den französischen Chauvinisten recht zu machen und dem Berliner Auslandigen Amt nicht unlieb zu werden, erfindet glattweg, Genosse Wendel habe sich mit Genossen Jaurès ins Einbernehmen gesetzt und dieser werde in der Kammer „Es lebe Deutschland!“ zu rufen haben. Er gibt zu, daß Wendel mit seiner Darlegung des wichtigsten Hindernisses der deutsch-französischen Annäherung — der fortdauernden Vormacht des Feudalismus in Deutschland — ins Schwärze getroffen habe, aber fügt hinzu, daß je mehr die französischen Revolutionäre den deutschen Sozialdemokraten, die „aus Furcht vor Schlägen antirevolutionär seien“, die Hand entgegenrecken würden, die deutsche Regierung und der Reichstag ein desto unfreundlicheres Gesicht zeigen würden. Was soll das besagen? Daß die Annäherung nicht das Best der Junter auf der einen, der antidemokratischen Parteien auf der anderen Seite sein kann, haben weder die Sozialisten Frankreichs, noch die Deutschlands verkannt. Die Lösung liegt eben im Sieg der wirklichen Volksparteien in beiden Ländern. Aber der vielsagende Journalist mahnt seine Landsleute, nicht allzu freundschaftlich zu sein, da dies die Berliner Regierung bestimmen würde.

Auch dem „Temps“ ist die Kundgebung im Reichstag nicht recht und er öffnet, um ihren Eindruck abzuschwächen, zum so und so vielen Male seinen Lügenad. Aber nicht nur die alte Verleumdung, daß die Sozialdemokratie die Militärvorlage gestiftet habe, marschiert auf, sondern er entdeckt mit höchster Gedankenschärfe, daß die Kundgebung von unseren französischen Genossen ausgerufen sei, als „Rolle“ für die Franzosen zur Preisgabe der dreijährigen Dienstzeit und der russischen Allianz zu dienen!

Wir stellen weder die Aufrichtigkeit, noch die Absichten des Herrn Wendel in Frage. Aber wir weisen unerbittlich auf den mohlösen und sophistischen Gebrauch hin, den die französischen Sozialisten von seiner Intervention zu machen versuchen. Dieser hat sich noch kein französischer Sozialist zu der Angelegenheit geäußert. Die „Humanité“ brachte nur den Bericht

ihres Berliner Korrespondenten. (Ann. d. Ber.) „Weil Herr Wendel einen Ruf ausgestoßen hat, möchte man uns einreden, daß das deutsch-französische Problem geregelt sei. Es scheint, daß der junge Abgeordnete viel Talent hat. Aber immerhin, auch diese Schwalbe macht noch keinen Sommer. Auf die Falle, in die uns die Partei des Herrn Jaurès zu locken sucht, antworten wir in aller Schlichtheit, daß das deutsch-französische Problem nicht durch Kundgebungen dieser Art geändert werden wird — weder in seiner historischen Form, der Verletzung unseres Rechtes, noch in seiner militärischen: der Antwort auf die deutschen Rüstungen von 1911, 1912 und 1913, noch auch in seiner politischen: der Verteidigung des europäischen Gleichgewichts. Und wir fügen nur noch ein Wort hinzu, daß nämlich die deutsche Sozialdemokratie das Militärgesetz von 1913 ohne Obstruktion hat durchgehen lassen und selbst für die Finanzgesetze gestimmt hat, ohne die es einfach unmöglich gewesen wäre. Das einmal gesagt, um den Ruf des Herrn zu beleuchten, wünschen wir selbstverständlich, daß sich die deutsch-französischen Beziehungen in Zukunft bessern. Aber wir glauben, daß dies hauptsächlich von Deutschland abhängt und Frankreich in keinem Fall den französischen Sozialisten mit einer einfachen Verzichtleistung Folge leisten wird, die für sie das A und O der auswärtigen Politik ist.“

Ein sehr bemerkenswerter Zeitartikel veröffentlicht heute die radikale „Lanterne“ — bemerkenswert darum, weil er die chauvinistische Preßbeise auf beiden Seiten der Grenze energisch zurückweist, aber ebenso darum, weil er auch die Beschränkung des kleinbürgerlichen Pazifismus der Radikalen zeigt. Die „Lanterne“ schreibt:

„Der Internationalismus des Herrn Wendel eilt der Wirklichkeit voraus und sein hochsinniges Wort kann jetzt noch weder vom deutschen, noch vom französischen Volk verstanden werden. Sicherlich, wir können von Herzen wünschen, daß sich korrekte, wenn nicht herzliche Beziehungen zwischen den beiden Nationen entwickeln, die, wie es scheint, gleichermassen dem Frieden und dem Kulturfortschritt ergeben sind. Aber unsere Nachbarn haben uns nur zu oft, durch grausame Akte gezeigt, daß sie die französische Seele nicht verstanden und nicht verstehen wollten. Wir können dem Sozialisten Wendel nicht so erwidern, wie er es tapfer gehofft hat; aber wir werden in unserem Lande die Provokationen und Schwärmungen eines Chauvinismus zu brandmarken wissen, der, soweit er ehrlich ist, kläglich und, wenn er durch das Interesse inspiriert ist, verbrecherisch ist.“

Nicht unbemerkt sollen die Worte bleiben, die der nationalstische „Intransigent“ der Intervention Wendels widmet. Er schreibt: „Ohne in Utopien zu geraten und ohne den Bogen vor das Kopf zu spannen, muß man sich doch zu allen Kundgebungen beglückwünschen, die der Sache des Friedens zwischen zwei Nationen dienen, die ihre Kraft zu gegenseitiger Achtung zwingt.“

Arbeitswilligenschuk

in der sächsischen Zweiten Kammer.

Scharfmacherblätter berichten triumphierend, daß in der sächsischen Zweiten Kammer der folgende Antrag einstimmig angenommen worden sei:

„Die Kammer wolle beschließen, die Agl. Staatsregierung zu ersuchen,

a) eine Verordnung über das Verhalten der Polizeibehörde bei gewerbliehen Streikigkeiten im Sinne der Erklärung des Herrn W. in Innern in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 15. April 1914 zu erlassen,

b) die dahin zu ergreifenden Maßnahmen zu beschließen, welche die Streikfreiheit der Arbeiter gegenüber den durch Strafverbrechen im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung einen ausreichenden Schutz erhält, als er jetzt vorhanden ist.“

Die Einstimmigkeit sei dadurch erzielt worden, daß die Konserbativen auf die weitergehende Forderung der sofortigen Einführung strafrechtlicher Bestimmungen gegen Streikende und auf das Streikpostenverbot verzichtet hätten. Diese Einstimmigkeit bezieht sich natürlich nur auf die bürgerlichen Parteien, denn die Sozialdemokraten hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen. Unter solchen Umständen kann schon eine Einstimmigkeit zustande kommen.

Wie Antisemiten fälschen!

In Nr. 113 der „Staatsbürgerzeitung“ vom 15. Mai 1914 beschäftigt sich irgend jemand in einem Artikel „Richard Gädle als Jurist“ mit meinem Aufsatz „Das Recht des Einjährigen-Dienstes“ in Nr. 129 des „Vorwärts“. Natürlich in der dort üblichen liebevollen Weise! Er behauptet, daß ich den Wortlaut des Gesetzes entweder „bewußt geformt und umgedeutet“ habe, oder daß mir jede Fähigkeit, folgerichtig zu denken, abgehe. Um mir solche Niederträchtigkeit, oder solchen „Unfuss“ nachzuweisen, fälscht der Artikelschreiber mit ungewöhnlich eiserner Stirne das, was ich wirklich geschrieben habe.

Ich führte in jenem Aufsatz bekanntlich aus, daß „allerdings“ die Erfahrbörden dritter Instanz in § 93, 9 der Wehrgesetz das Recht in Anspruch nehmen, darüber zu entscheiden, ob das bürgerliche Verhalten eines zum Einjährigen-Dienst Berechtigten ihn dieses Privilegs moralisch würdig erscheinen lasse, und daß sie sich hierfür auf § 10 des Wehrgesetzes vom 9. November 1887 berufen. „Kun ober“ fahre ich fort, enthält § 10 des Wehrgesetzes diese Voraussetzungen nicht. Verlaßlich bemerke ich hier, daß die Wehrrordnung eine vom Reichsanwalt gegengezeichnete Verordnung ist, die nur insoweit Gültigkeit besitzt, als sie mit dem Gesetze übereinstimmt — genau, wie die Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs.

Ich führte darauf § 10 des Wehrgesetzes wörtlich an und will ihn hier wiederholen:

„Um im allgemeinen wissenschaftliche und getreuliche Ausbildung so wenig wie möglich durch die allgemeine Wehrpflicht zu fördern, ist es jedem (!) jungen Mann überlassen, schon nach vollendetem 17. Lebensjahr, wenn er die nötige moralische und körperliche Qualifikation hat, freiwillig in den Militärdienst einzutreten.“

Und im unmittelbaren örtlichen Anschluß an diese Worte gebe ich nun folgenden Kommentar zu diesem § 10 des Wehrgesetzes: „es ist ganz klar und kann, ohne den Bestimmungen wider besseres Wissen Gewalt anzutun, gar nicht geleugnet werden, daß es sich hier (man beachte: hier!) lediglich um die jungen Leute handelt, die vor Eintritt des 20. Lebensjahres, also vor Eintritt ihrer Dienstpflicht in das Heer eintreten wollen. Die Erlaubnis hierzu wird verhältnismäßig von zwei Bedingungen abhängig gemacht: 1. körperliche Qualifikation, 2. moralische Qualifikation. Es wird und aber auch aus dem Zusammenhange ohne weiteres deutlich, was hier (man beachte: hier) unter moralischer Qualifikation verstanden wird: die sittliche Reife, um die Pflichten des Soldatenstandes auf sich nehmen zu können.“

Während ich also — ich möchte sagen: in einer Weise, die selbst von solchen Nichts nicht mißverstanden werden kann — von § 10 des Wehrgesetzes spreche, fälscht der Artikelschreiber meine Aus-

führungen dahin um, daß mein Kommentar sich auf § 93, 9 der Wehrrordnung beziehe. Und so bekommt er es fertig zu sagen, daß ich die Bestimmung umdrehe und aus dem Sage: „welche die nötige moralische Qualifikation nicht mehr besitzen“ einfach den Satz mache: „welche die nötige moralische Qualifikation noch nicht besitzen“. Und dabei ist sich natürlich der Artikelschreiber darüber nicht im unklaren, daß ich gerade der Wehrrordnung vorwerfe, daß sie die gesetzliche Bestimmung gegen die, die die moralische Qualifikation „noch nicht“ besitzen, umgedeutet habe in eine solche, die die moralische Qualifikation nicht mehr besitzen! „Höher geht wirklich nicht“, muß ich dem dreifachen Artikelschreiber zurückergeben. „Calumniare audacter. . .!“

Mit gleicher Kühnheit glaubt mir der Verfasser sagen zu dürfen: „Als alter Soldat mußte ich doch wissen, daß die Erfahrbörden dritter Instanz mit jungen Leuten unter zwanzig Jahren im allgemeinen auch gar nichts zu tun haben.“ Nirgendwo habe ich das Gegenteil behauptet, vielmehr gerade den Vorwurf erhoben, daß die Erfahrbörden dritter Instanz aus einer gesetzlichen Bestimmung, die nur für Leute unter 20 Jahren gelte, für sich — ihrerseits — ein Recht herleite, Einjährigen auch nach dem 20. Lebensjahre ihr Privileg fortnehmen zu können. Auch jener Vorwurf ist also nur möglich auf Grund einer glatten Fälschung dessen, was ich geschrieben habe.

Einfach komisch wirkt seine Behauptung, daß Einjährige immer „freiwillig“ dienen, weil sie sich Waffengattung und Truppenteil selbst aussuchen könnten. Dabei legt das Gesetz den Beginn ihrer Wehrpflicht fest und bestimmt Strafen, für die, die sich nicht rechtzeitig zum Dienst eintrifft — bis zum Verlust des Einjährigen-Vorrechtes. Es ist natürlich für jeden, der ein bißchen denken kann, klar, daß freiwillig nur der dient, der vor Beginn seiner Dienstpflicht eintritt. Daß der Einjährige sich seinen Truppenteil (mit gewissen Beschränkungen übrigens) aussuchen kann, ist nur ein Einzeil dafür, daß er sich während seiner Dienstpflicht selbst beisehen, ausrüsten und verpflegen muß.

Ob das Einjährigen-Privileg überhaupt begründet ist, sollte hier natürlich nicht untersucht werden; es sollte vielmehr an einem besonders trafen Fall gezeigt werden, in welcher Weise junge Mütter ihre Defet täuschen und wie jeder Autor, der einer generischen politischen Richtung angehört, für sie vogelfrei ist. Ich habe der „Staatsbürgerzeitung“ eine Berichtigung zugehen lassen.

R. Gädle.

Die Staatspolizei und ihre Spizel.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Ehrenleidungsaklage des ehemaligen tschechischen Abgeordneten Sviba gegen den verantwortlichen Redakteur der „Narodni Listy“ hat ein für den Kläger fürchterliches Ende genommen: die Geschworenen haben die Frage, ob der Angeklagte den Beweis seiner Anschuldigungen erbracht habe, einstimmig bejaht, worauf natürlich die Freisprechung sofort erfolgte. Die Geschworenen brauchten für ihre Beratung wenige Minuten: es war auch nach dem Ergebnis des Prozesses nicht zu beraten, die Schuld des „Anklägers“ stand eigentlich schon vorher fest. Gegen jenen Sviba, der kein gewöhnlicher Abgeordneter, sondern der Obmann der so genannten Nationalsozialen war, seinem bürgerlichen Berufe noch überdies kaiserlich-königlicher Bezirksrichter, hatte das jungtschechische Blatt, wie wohl noch in Erinnerung, die Beschuldigung erhoben, daß er im Dienste der Staatspolizei bei der Prager Polizeidirektion stehe und ihr gegen ein fixes Entgelt von monatlich 800 Kronen über die vertraulichen Beratungen und Beschlüsse der tschechischen Parteien regelmäßigen Bericht erstatte. Es war alsich verdaulich, wie sich der so schwer Beschuldigte danach benahm: außer einer gestammelten Ablehnung wußte er nichts Stichthaltiges vorzubringen. Vielmehr schickte er sich nach Triest, ließ die Klage vorerst ganz im Stich und legte auch sein Reichstagsmandat nieder. Kurz er benahm sich keineswegs so, wie sich ein zu Unrecht Beschuldigter benehmen würde. Daß er sich am Schlusse doch in den Gerichtssaal traute, scheint eigentlich unbegreiflich, denn der Tatbestand konnte er selbst nicht leugnen und seine Verteidigung war nur die Ausrede, daß er nichts „verraten“ habe. Das wird sogar mehr oder minder wahr sein, weil wirklich nur die verderbte Phantasie von „Staatspolizisten“ auf den Gedanken kommen kann, daß aus einer parlamentarisch-politischen Partei irgendwelche erschreckliche Geheimnisse herausgeholt werden könnten. Bieleicht meinte er, daß die Gegner nicht über ausreichende Beweismittel verfügen und daß er aus Mangel an Beweisen entweichen werden können. Aber mit Geschworenen ist in solchen Dingen nicht zu spaßen, und so ist ihm einstimmig bestätigt worden, daß er ein Lump ist.

Aber daß sich einer ihrer ersten politischen Leute, der vielleicht, wenn er nicht erwählt worden wäre, bald Minister geworden wäre — „einer unserer Konfidenten“ wird vielleicht Minister werden —, meinte der Polizeimeister, der ihn geworben —, als ein derartiger Jämmerling entpuppt hat, mag die Tschechen zum Nachdenken veranlassen; was die Welt außerhalb Böhmens interessiert, ist die Verleumdung der Polizei, die sich da in ebenso dumme wie schamzüger Weise manifestiert hat. Schon der Einfall, einen Abgeordneten, ein Mitglied des gesetzgebenden Körpers, mit Geld zu einem Judasdienste zu verfabren, einen aktiven Richter, der im Namen des Kaisers Recht spricht, schon das zeigt eine Verkommenheit an, die über alles Maß reicht. Dabei das alle Doppelziel: im Abgeordnetenhaus macht die Regierung diesen selben Nationalsozialen, die sie bespizeln läßt, den Hof, und der Ministerpräsident hatte mit dem Sviba einige Wochen vor dessen Entlarvung noch eine wichtige Konferenz! Und es ist auch ganz bestimmt so, daß von der Spitzeltätigkeit des Sviba sowohl die böhmische Statthalterei wie die Wiener Regierung Kenntnis gehabt hat! Haben aber nicht geschwänkt, dem Lumpen die Hand zu reichen und mit ihm freundschaftlich zu verkehren! Und wie sich die dummen Teufel aufgeführt haben! Sie mieten sich einen Spion dieser Art, und eine Mädchenzimmerfrau kann ihr ganzes Geheimnis aufdecken! Die saubere Sache ist nämlich schon vor drei Jahren herausgekommen, von den Jungtschechen aber, die damals gerade mit den Nationalsozialen ein Wahlkartell geschlossen hatten, aus politischen Gründen aufs Eis gelegt worden. Herausgekommen ist sie durch eine Frau, die in der Staatspolizei als Hilfskraft angestellt war und ohne besondere Anstrengung hinter das ganze Geheimnis gekommen ist. Sie hat es ihrem Sohn anvertraut, dieser einem anderen Studenten, und dieser Student hat nun die „Geheimpolizei“ in Untersuchung genommen und hatte alljollig alles heraus. Er konnte ohne jedes Hindernis die

Antkammer der „Scheimpolizei“ betreten, sich dort stundenlang aufhalten, in all die Geheimnisse Einblick nehmen, Aktenstücke an sich nehmen, sie photographieren oder auch im Original behalten. Diese „Scheimpolizisten“ sehen nichts und bemerken nichts! Zu dem Bild dieser Verwilderung einer Partei, mit der die Regierung unausgesetzt verhandelt, zu dieser Miene eines Abgeordneten und Richters zum Spigel, dazu paßt als notwendige Ergänzung die recht österrische Schlamperie — wo die geheimste Behörde von einer Maschinenreiberin und von einem Studenten nach Herzenslust ausplünderiert wird! Wie die dummen Teufel da überlistet wurden!

Bemerkenswert ist auch die Dickhäutigkeit, die die österrische Verwaltung hier zeigt. Hat man doch keinem der betroffenen Beamten erlaubt, im Gerichtssaal zu erscheinen: für alle wurde das „Dienstgeheimnis“ geltend gemacht! Sogar die Maschinenreiberin durfte nicht ausfragen — obwohl die ganze Sache mit ihrer Aussage stand und fiel; man hatte also nur ihr Zeugnis, das sie vor der jung-österrischen Untersuchungskommission abgelegt hatte. Wohl fürchterlich; diese Aufspiegelung von nichtigem parlamentarischen Klatsch macht mehr den Eindruck von kindischer Wichtigkeit, als sie Schauer erregt. Aber man sieht doch, wie da nach „Material“ geschmüffelt wird, das dann auf allerlei Hintertreppen den „Maggebenden“, deren Urteilsprüche ja bekannt, serviert und zur Erzeugung von „Stimmungen“ verwendet werden kann. Man sieht in diese schwarze Welt mit ihrer absoluten Unempfindlichkeit für die Gebote der Moral und Ehre hinein, mit ihrer naive-unverschämten Verachtung von Gesetz und Anstand. Welche Wirkungen bis zuhöchst hinauf würde eine solche Skandal-affäre anderswo nach sich ziehen! Aber diese zweifelhaften Ehrenmänner dücken sich, lassen sich beschimpfen und warten, bis die österrische Vergesslichkeit die peinliche Geschichte der Verurteilungen hat. Das Urteil über die schwarzgelbe Herrlichkeit wird man also nun ganz kurz fassen können; es lautet: **Wai Teufel!**

Politische Uebersicht.

Das Dementi als Beschäftigung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verliert heute die Ausführungen in unserer Montagsausgabe über die Ursachen des Rücktritts des früheren Präsidenten des kaiserlichen Reichstags für Privatversicherung, Bruner, zu bestreiten. Es sei nicht richtig, daß Herr Bruner wegen Anfeindungen aus dem Kreise der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten aus seinem Amte geschieden sei. Erzellenz Bruner sei vielmehr aus Gesundheitsrückichten genötigt gewesen, seine Versetzung in den Ruhestand zu beantragen.

Trotz dieses Dementis bleibt die Tatsache bestehen, daß Bruner gerade in dem Moment ausschied, als seine Differenzen mit dem Begründer der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten Kapp, — deren Existenz die „Norddeutsche“ auch keineswegs zu bestreiten wagt — ihm seine Amtstätigkeit verweigerten. Dadurch, daß die „Norddeutsche“ auf alle übrigen Feststellungen unsererseits nicht eingeht, bestätigt sie unsere Mitteilungen über die Unstimmigkeiten zwischen der preussischen und der Reichsregierung in der Frage der Volksversicherung und die offene und geheime Bekämpfung der von der Reichsregierung unterstützten „Deutschen Volksfürsorge“ durch Kapps vom Landwirtschaftsminister befürwortetes Unternehmen.

Der Greis, der sich nicht zu helfen weiß.

Die „Freisinnige Zeitung“ widmet der Rettung des unglückseligen Präsidenten, der je auf dem Präsidentenstuhl des Reichstages gesessen, einen ganzen Leitartikel. Um sein unsägliches und läppisches Verhalten zu rechtfertigen, beruft sie sich auf die „Kost- und Kreuz-Zeitung“. Das ist äusserst unvorsichtig. Denn gerade diese Blätter haben ja deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie den „Reichstag rechts“, den Scheidemann eher zu glimpflich als zu schroffe Zurückweisung des präsidialen Ueberlebens gelte als für unvorzüglich hielten, weil Herr Kaempf ja so eheulich bemüht sei, durch seine präsidiale Geschäftsführung den Dank der reaktionären Parteien zu verdienen. Nicht dem objektiven, nicht dem totalen Präsidenten gilt der Entschuldigungsbeifer dieser reaktionären Blätter, sondern dem ängstlich vor der Kritik der junckerlich-reaktionären Sippe bangenden und deshalb zu allen Entgleisungen fähigen Bergewaltiger der Redefreiheit!

Wenn sich schon die „Freisinnige Zeitung“ auch auf die rechts-kehende Presse beruft, sollte sie sich auf die „National-Zeitung“ berufen, die in ihrer Nummer 116 von ihm sagt:

„Man liebt Herrn Dr. Kaempf nicht, man haßt ihn nicht, man ist seiner einfach überdrüssig. Seine Vorherrschaft und Unparteilichkeit in Ehren — aber ein Reichstagspräsident muß neben anderen positiven Gaben noch eine nicht abwägbar, sondern nur in ihrer Wirkung zu fühlende Gabe besitzen: er muß durch seine Person, durch eine gewisse, ihm innewohnende männliche Kapazität imponieren können. Dazu ist vor allem nötig, daß der Präsident sicher aufstehe. Ohne nach rechts und nach links zu schauen muß er im Vertrauen auf die eigene Autorität seines Amtes walten. Herrn Dr. Kaempf fehlt diese Sicherheit. Er bangt stets davor, daß ihm, dem Fortschrittler, der Vorwurf gemacht werden könne, die Linksparteien unbewußt zu begünstigen, und deshalb er päpstlicher als der Papst, er mißt sozialdemokratische Redner mit größerer Strenge, als es etwa ein konservativer Reichstagspräsident täte. Er tut dies niemandem zu Gefallen. Die Redner der Linksparteien haben bei seiner Geschäftsführung sehr oft Unerschrockenheit zu gewärtigen, den konservativen hinwiederum kann ein Präsident, der, obgleich er politischer Gegner ist, sich ihnen so kindlich unterwirft, keine besondere Achtung abnötigen.“

Wir haben dieser nationalliberalen Kritik des fortschrittlichen Reichstagspräsidenten kein Wort hinzuzufügen.

Der Duala Din wegen Hochverrats verhaftet.

Die bürgerliche Presse teilt jetzt mit, daß die so auffällige Verhaftung des Duala Din wegen Verdachts des Hochverrats erfolgt sei! Die Kolonialbehörden des Duala hätten telegraphisch die Verhaftung verlangt, da der Verdacht vorliege, daß Din gleich Rudolf Bell den Versuch unternommen habe, mit England gegen die deutsche Kolonialverwaltung und das Deutsche Reich zu intrigieren.

War schon der gegen den Duala Bell erhobene Vorwurf unsäglich lächerlich, so übertrifft ihn der angebliche Verdacht gegen Din noch bei weitem. Din ist seit Dezember 1913 in Deutschland. Er ist gerade gekommen, um die Interessen seines Stammes bei dem Deutschen Reichstage gegen die koloniale Regierung vertreten zu helfen. Und dieser

Mann soll hochverräterische Bettelungen dadurch eingegangen sein, daß er sich mit England wegen einer Annexion Kameruns in Verbindung gesetzt haben soll.

Die Geschichte ist zu albern, als daß man auf sie überhaupt eingehen könnte. Aber doch nicht albern genug, um nicht von der Kolonialverwaltung als Vorwand genommen zu werden, den Din abermals zu verhaften. Auch hat man dem Rechtsanwalt Salbert bisher die Möglichkeit verweigert, sich mit dem Verhafteten zum Zwecke seiner Verteidigung in Verbindung zu setzen. Ein Rechtschutz für afrikanische Eingeborene existiert offenbar nicht! Sie sind aller Willkür der Behörden preisgegeben. Wenn etwas Derartiges schon einem Din, der doch seinen Rechtsvertreter besitzt und als anständiger und völlig harmloser Mensch weiten parlamentarischen Kreisen bekannt geworden ist, passieren kann, wie mag man dann erst mit den Eingeborenen umgehen, die ohne Rechtsbeistand und ohne alle Hilfe der Willkür eines rücksichtslosen Kolonialregiments preisgegeben sind!

Nur Unteroffiziere.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich mit der Frage, ob auf Bezirkskommandos und an ähnlichen Verwaltungsposten nicht albediente Unteroffiziere mit einem neuen „gehobenen“ Titel und als Gehaltsempfänger zu verwenden seien, die sich durch jahrzehntelanges Verweilen in ihrer Stellung eine besonders nützliche Erfahrung erwerben könnten. Sie kommt aber über ihrem Vorschlag zu folgender Warnung:

„Andererseits muß man sich hüten, diese „gehobenen“ Unteroffiziere in Stellen zu verwenden, wo große und gefährliche Verpfichtungen an sie herantraten können. Es ist bei der ehrenhaften Gesinnung unseres Unteroffizierstandes kein Zweifel, daß weitauß die Mehrzahl derselben hier standhalten würde. Wie aber der Krupp-Prozess gezeigt hat, sind Urteil, Ehrlichkeit und Ueberlegung doch bei einer ganzen Anzahl so wenig geübt, daß ein geschickter Agent ihnen alles mögliche zu entlocken vermag. Aus demselben Grunde ist doch sehr zu überlegen, ob man ihnen den Titel Offizier, wenn auch mit der Einschränkung Verwaltungsoffizier, zugeht. Mit welcher Freude hat das Ausland von der Verfehlung preussischer „Offiziere“ im Krupp-Prozess Kenntnis genommen. Dabei waren es Zeug-Offiziere, d. h. Verwaltungsbeamte, denen nur durch die geschichtliche Entwicklung der Titel Offizier und die Uniform geblieben war. Vielleicht wäre, wie oben erwähnt, die jetzt schon sehr ehrenvolle Bezeichnung Feldwebel-Leutnant am Platze.“

In diesen unverschämten Zeilen offenbart sich der ganze geistlose Kostenhochmut jener Kreise, denen das Agrarierblatt als tägliches Lesefutter dient. Wer aus den bestlosen Schichten des Volkes hervorgeht, und sei es selbst ein algebierter Unteroffizier, der ist ohne weiteres jeder Lumperei und Schurkerei verdächtig und muß sorgfältig von Stellen ferngehalten werden, wo große und gefährliche Verpfichtungen an ihn herantraten können. Wer aber den besitzenden Volksschichten oder gar der Junkerkaste entstammt, der ist ein Ehrenmann von vornherein, und selbst wenn er ein Spieler ist, ein Schuldenmacher und Betrüger, darf man ihn den größten und gefährlichsten Verpfichtungen aussetzen. Es hat ja noch nie ein preussischer Offizier Wechsel gefürchtet, sich im Kaiserreich auszeichnete oder Jubaltdienste geleistet, sondern das waren immer „nur“ Zeugoffiziere, nicht wahr? Und auch der Oberst Redel in unserem verbündeten Nachbarstaat Österreich, der in ersten Zeiten vollständig das Vaterland an den voraussetzlichen Gegner verriet, gehörte dem Unteroffizierstand an, nicht wahr?

Und kann es freilich recht sein, wenn die herrschenden Schichten sich so mit fäultem Hohn über die „ehrenhafte Gesinnung“ unseres Unteroffizierstandes auslassen. Um so eher wird es auch in den Kreisen der Treffenträger Licht werden.

Klerikale Knüppelhelden.

Nicht weit von Tachen liegt das Gebiet Moresnet, das zum Teil zu Preußen gehört, zum Teil neutral ist und zu einem weiteren Teil unter belgischer Herrschaft steht. In dem deutschsprachigen belgischen Zipfel, der Rodrabenschwarz ist, konnte am 10. Mai zum ersten Male eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Das in dem Flecken Aubel erscheinende klerikale Blatt „Die fliegende Taube“ widmete dem Ereignis unter anderem diese Worte:

„Soll man es für möglich halten, daß wir vorigen Sonntag eine sozialistische Versammlung gehabt haben? Da sind vier Herren gekommen, welche den Leuten vorgelesen haben, daß, wenn die Sozialisten obenauß wären, man nicht mehr zu arbeiten brauche. Dann würde geteilt und jeder einer würde Herr und Meister seines Anteils. . . . Und wenn wir gewußt hätten, daß der Herr die Freiheit besitzt, hier in die deutsche Gegend unter und Deutsche zu kommen, dann wären wir hingegangen und hätten ihn auf den Buckel geschlagen. Dann hätten wir ihm bewiesen, daß hier in Moresnet die Leute den einseitigen Vagel nicht nötig haben und daß sie wissen, daß die Sozialisten Heuchler sind, die alles, was wir glauben, unter die Füße treten und verhöhnen. Leute von Moresnet und Umgebung! Wenn der seine Advokat aus Berviers sich nochmal getraut hierher zu kommen, dann die Knüppel bereit gehalten und ihn heimgejagt!“

„Die fliegende Taube“ scheint uns von christlicher Sanftmut weit entfernt zu sein!

Das Neueste von der Kölner Polizei.

Aus dem Dienst der Kölner Polizei ist plötzlich ein Kriminalschumann entlassen worden, gegen den eine ganze Reihe von Verurteilungen schwebt, darunter eine wegen Meineids. Diese Entlassung und ihre Gründe sind deshalb besonders interessant, weil dieser Beamte an der Voruntersuchung im Deuser Landfriedensbruch mitbeteiligt war. Er hatte in Gemeinschaft mit dem verurteilten Robert Hauptmann das Material besorgt, das zur Verurteilung in diesem Prozeß führte. Damit ist das schwache Fundament des empörenden Urteils an einer neuen Stelle zusammengebracht. Auch die Badischschaffäre scheint eine weitere Fortsetzung zu bringen. Von einem Vorbestizter, der durch die strengen Vorschriften des neuen Polizeipräsidenten über die frühe Polizeistunde benachteiligt ist, sind eine Anzahl mittlerer Polizeibeamten schwer beschuldigt worden. Auch sonst scheint der Kampf des neuen Polizeipräsidenten gegen die Nachlassene sonderbare Wirkungen zu haben. Die Vorbestizte, die in Köln schon im Zurückgehen begriffen waren, erfreuen sich seitdem, wie die Interessenten berichten, wieder eines sehr lebhaften Zuspruchs.

Der mexikanische Konflikt.

Abdankung Huertas?

Washington, 18. Mai. Depeschen aus maßgebender diplomatischer Quelle aus der Stadt Mexiko an die hiesigen ausländischen Vertreter erklären, Huerta habe die mexikanischen Delegierten ermächtigt, seine Abdankung zu unterbreiten, falls dies im Interesse der Friedensverhandlungen notwendig erscheint. Dies befähigt die Abordnungen, welche Freunde der Delegierten gestern hier mochten.

Von dem mexikanischen Vertreter bei der Friedensvermittlungskonferenz, August Rodriguez, wird allerdings entschieden in Abrede gestellt, daß Huerta sich zur Abdankung bereit erklärt habe.

Protest gegen den mexikanischen Krieg.

Unsere nordamerikanischen Genossen haben gegen das mexikanische Abenteuer der Wilsonschen Regierung folgenden Protestaufruf erlassen:

„Das amerikanische Volk ist soeben durch diejenigen, welchen der Krieg Profit bringt, in einen Krieg hineingerissen worden. Die Lamoure des Kapitalismus rühren die Trommeln, seine Kriegstrompeten ertönen und seine Kräfte sammeln sich, so daß die Nation in den Krieg geschleppt wird und die Arbeiter sich bereit finden sollen, zu töten und getötet zu werden.“

Durch Jahrhunderte hindurch hat man die großen Hilfsmittel Mexikos in Ruhe gelassen. Jetzt, von dem magischen Zauberstab des Kapitalismus herüber, tritt dieses Land von nun ab auf die verhängnisvolle Bahn der kapitalistischen Ausbeutung und wird von ihm gegen das reaktionäre Feudalsystem ausgespielt. Neunzig Prozent des mexikanischen Volkes haben weder Land noch Eigentum. Sie haben seit über 100 Jahren unter fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gekämpft und sind zuletzt immer wieder von Tyrannen regiert und ruiniert worden. Während eines Jahrhunderts hat sich das mexikanische Volk immer wieder gegen die Tatsache ausgelehnt, daß seine große Mehrheit sich in einem Zustande der Sklaverei befindet. Beraubt des Grund und Bodens in einem Agrarlande, hat dieses Volk wenig und nichts davon geholt, daß die spanische Herrschaft abgeschüttelt und die unabhängige Republik errichtet wurde. Solange die wirtschaftliche Anrechtenschaft bestehen wird, solange wird ein Zustand den anderen ablösen. Es war erfolglos, daß das mexikanische Volk Huertas zum Präsidenten erhoben hat. Die Hoffnung, daß man seine Rechte anerkennen und daß man Grund und Boden ihm zurückgeben werde, hat sich nicht erfüllt. Es kämpft heute noch dafür, daß Mexiko den Mexikanern gehöre.

In der Sonora Durango und in Chihuahua, wo die Revolutionäre im Besitze der Macht sind, ist das Volk in den Besitz des Grund und Bodens gelangt. Und in dieser Stunde, wo die Revolutionäre vor dem Siege stehen, unterwirft sich die große amerikanische Republik den unheilvollen Interessen des Kapitalismus und sendet ohne Kriegserklärung seine bewaffnete Macht auf den mexikanischen Boden. Nicht eine Nation hat in der neueren Zeit Feindseligkeiten begannen unter einem so hollöten Vorwand, wie diesem Fohrenzwischenfall von Tampico. Der Krieg wird unfehlbar alle mexikanischen Parteien gegen die Einbringlinge zusammenschweißen. Ihr Widerstand gegen die Kräfte der Vereinigten Staaten wird vielleicht ein vergeblicher sein; aber er wird sicher Tausenden das Leben kosten, dahingerafft durch die Kugel, das Bajonett und durch Krankheiten.

Um Mexiko zu besetzen, wird die amerikanische Armee das ganze Land durchziehen müssen. Unsere Armee wird hinter sich die Spur der Verzweiflung, zerstörter Häuser und des Todes lassen. Und wenn endlich die amerikanischen Waffen triumphieren sollten — wer wird der Sieger sein? Weder das amerikanische Volk noch das mexikanische. Die deutschen, englischen und amerikanischen Kapitalisten, im Gefolge unserer Armee erscheinend, werden fortfahren, Mexiko und das mexikanische Volk auszubeuten, wie der Kapitalismus zu allen Zeiten und an allen Orten das Volk der Arbeitenden fertig ausgebeutet hat.

Andererseits wird der Krieg für unser Land die verheerendsten Folgen haben. Der Krieg stürzt alle Kräfte, die der Zivilisation feindlich sind, die auch feindlich sind der Arbeit, in den Krieg. Die ganze soziale Beschöpfung wird zum Stillstand kommen. Alle Mittel werden verwendet, um menschlichen Wesen den Tod zu bringen, so daß es auf Generationen hinaus unmöglich sein wird, Alterspensionen zu zahlen und Versicherungen gegen Unfälle, Krankheit und Arbeitslosigkeit für die amerikanischen Arbeiter einzuführen. Alle Deutemächte werden die günstige Gelegenheit ergreifen, wie Piraten über unser Volk herzufallen, und der ausbeuterische Kapitalismus wird jeden Anlaß zur Blünderung willkommen heißen.

Erinnert Euch, daß die kapitalistische Klasse, die gegenwärtig in Colorado amerikanische Arbeiter, die um bessere Lebensbedingungen im Kampfe stehen, mit Maschinengewehren niedermacht, dieselbe Klasse ist, die in Mexiko zu regieren sucht!

Die sozialistische Partei ist im Prinzip gegen jeden Angriffskrieg. Wir glauben, daß der Krieg sich nur dann rechtfertigt, wenn es um die Freiheit geht. Unsere Freiheit ist durch die Mexikaner nicht bedroht. Es gibt für die amerikanischen Arbeiter keinen Grund, ihre Heimat und ihre Familien zu verlassen und ihr Leben auf den Schlachtfeldern von Mexiko zu lassen.

Im Namen von zwei Millionen amerikanischer Sozialisten, im Namen von 30 Millionen Sozialisten der ganzen Welt, im Namen der Menschlichkeit und der Zivilisation protestieren wir gegen den Krieg!

Im Auftrag des Nationalkomitees der sozialistischen Partei: Viktor L. Berger, Adolf Germer, Georg S. Maurer, J. Stitt Wilson, Walter Konserstel, Sekretär.

Letzte Nachrichten.

Ein Hochverratsprozeß.

Kolmar i. E., 18. Mai. (B. Z. V.) Das hiesige Landgericht verhandelte heute in mehrstündiger Sitzung gegen den Reichner J. J. Walk alias Hansi wegen seines Buches „Mon village“. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Das Gericht erklärte sich für unzuständig, da das Buch hochverräterische Tendenzen aufweise, und verwies den Fall an das Reichsgericht. Daraushin wurde Hansi, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, wegen Fluhtverdachts verhaftet.

Eine stürmische Sitzung der Skupština.

Besgrab, 18. Mai. (B. Z. V.) In der heutigen Abend Sitzung der Skupština kam es infolge eines Wortwechfels zwischen dem Justizminister Djuritschitsch und einem junggradikalen Abgeordneten zu einem stürmischen Protest der Junggradikalen. Die Sitzung mußte zweimal unterbrochen werden, und da die Junggradikalen eine obstruktionsistische Haltung einnahmen, wurde die Sitzung unter großem Lärm geschlossen.

Die Anklage gegen Frau Gailaux.

Paris, 18. Mai. Der Untersuchungsrichter Voucard hat entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts Frau Gailaux unter der Beschuldigung des geistlichen, mit Vorbedacht begangenen Totschlags vor die Anklagekammer verwiesen.

Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. 110-112

Verkauf 9 bis 1 Uhr, 3 $\frac{1}{2}$ bis 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr

Fortsetzung des Konkursmassen-Ausverkaufs

zu den am Sonntag angezeigten, ganz erheblich herabgesetzten Preisen

Heute: Restbestände der Damen-Konfektion

Kostüme

Serie I jetzt **16⁵⁰** früher 40 bis 56 M.
 Serie II jetzt **22⁵⁰** früher 56 bis 70 M.
 Serie III jetzt **32⁵⁰** früher 70 bis 100 M.

Musselin-Kleider

Serie I jetzt **12⁵⁰** früher 30 bis 36 M.
 Serie II jetzt **18⁵⁰** früher 36 bis 45 M.
 Serie III jetzt **24⁵⁰** früher 45 bis 65 M.

Seidene Kleider

Serie I jetzt **24⁵⁰** früher 50 bis 80 M.
 Serie II jetzt **45⁰⁰** früher 80 bis 120 M.
 Serie III jetzt **65⁰⁰** früher 120 bis 190 M.

Wollkrepp-Blusen

Serie I .. jetzt **1⁹⁰** früher 4.50 bis 6.75 M. | Serie II jetzt **2⁹⁰** früher 6.75 bis 8.50 M. | Serie III jetzt **3⁹⁰** früher 8.50 bis 11.00 M.

Weißer Batist-Blusen

Serie I .. jetzt **65** früh. 90 Pf. bis 2.75 M. | Serie II ... jetzt **1²⁵** früher 2.75 bis 5.50 M. | Serie III .. jetzt **1⁹⁰** früher 5.50 bis 7.00 M. | Serie IV .. jetzt **2⁷⁵** früher 7.00 bis 10.00 M.

Weißer Batist-Kleider

Serie I jetzt **6⁵⁰** früher 15—24 M.
 Serie II jetzt **12⁵⁰** früher 24—40 M.

Seidene Blusen

jetzt **6⁵⁰** früher bis 18 Mark

Der Konkursverwalter.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 19. Mai 1914.
 Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Varieté.
 Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Eines Nollendorf-Theater.
 Histoire d'un Pierrot.
 Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
 Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Deutsches. Was ihr wollt.
 Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
 in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Elektra.
Irania. Zum Hörsen der Jungfrau.
Deutsches Opernhaus. Die Land.
 Vesung. Vogelmusik.
Kammertheater. Scheiterhaufen.
Deutsches Künstler-Theater.
 Schneider Bibbel.
Berliner. Die einst im Mai.
Königgrätzer Straße. Mr. Wu.
Komödienhaus.
 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
 „Kammermusik“.
Berliner Theater.
 8 Uhr:
 Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasoo: Nollendorf 1383.
 Dienstag, 8 Uhr:
Schneider Bibbel.
 Mittwoch, 8 Uhr:
 Der Raub der Sabinerinnen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Die Förster-Christl.
EVA.
 ERSTE
 VARIETE
 AUSSTELLUNG
 BERLIN-POSSUMPTIV
 AUSSTELLUNGSPALAST
 AM ZOO

Schiller-Theater O. Ballner-
 Theater.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.
Schiller-Theater Charlotten-
 burg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Compagnon.
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
Theater in der Königgrätzer Straße
 Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
 „Kammermusik“.
Berliner Theater.
 8 Uhr:
 Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasoo: Nollendorf 1383.
 Dienstag, 8 Uhr:
Schneider Bibbel.
 Mittwoch, 8 Uhr:
 Der Raub der Sabinerinnen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Die Förster-Christl.

Zirkus Busch.
 Gastspiel des
 Deutschen Theaters
 Direktion: Max Reinhardt.
 68/19⁴
**Das
 Mirakel**
 Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 Vorverkauf an der Kasse des
 Deutschen Theaters, Zirkus
 Busch und A. Wertheim.
 Preise der Plätze von 1—10 M.
Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr:
Der Juxbaron.
Kochkunstausstellung
 „Die Küche im Mai“
 Heute: **Letzter Tag.**
 Eintritt 50 Pf. Hervorragende Neuheiten.
Brauerei Friedrichshain.
 Mittwoch, den 20. Mai 1914, abends 8 Uhr:
Vokal- und Sinfonie-Konzert
 des Gesang-Kreuzberger Harmonie-Mitgl. des
 vereins D. A. S. B.
 und Mitwirkung des
Blüthner-Orchesters
 Dirigent (Chor und Orchester): **Franz Bothe.**
 Einlaßkarten im Vorverkauf 30 Pf. bei d. „Vorwärts“-
 Spediteuren Zucht, Immanuelkirchestr. 12, und Hanisch,
 Ackerstr. 174.

Residenz-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Jeannettes Dunkelkammer
 Schwan in 3 Akten von
 Benedikt Sachmann.
 Morgen und folgende Tage:
Jeannettes Dunkelkammer.
Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20.
 Täglich abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Herr Direktor Kuhlke
 Burleske von
 Kiesel.
 Anfang 8 Uhr,
 Sonntag
 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Clou

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
**Zum Hochfirt der
 Jungfrau.**
ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich ab 4 Uhr:
**Großes Militär-
 Doppel-Konzert.**
 Eintrittspreise:
 Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Aquar. 1 M., v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo
 Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
 Neu: **AQUARIUM**
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
WINTER GARTEN
 Neues Programm!
Radjah
 in ihren Tänzen
 Johnson u. Doan Jeannette Donarber
 Ragtime mit ihrem
 Sextett Ballon
 und eine Auslese
 hervorragender Kunstkräfte!
 Entreeplatz wochentags
 M. 0.60.
 — Rauchen gestattet! —
Apollo-Theater.
 8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
 u. das übrige Mai-Variete-programm.
 Rauchen gestattet!

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Die Kino-Königin.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Die Kino-Königin.
Metropol-Theater.
 Abends 7 Uhr 55 prächtig:
**Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.**
Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Folies Caprice.
 Täglich 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Der Luftturner.
**Das Karnekel.
 Das Erdbeben.**
Admiralspalast.
Eis-Arena.
 Die
 Novität „Im Tangoklub“
 und das effektvolle Eisballott
 „Die lustige Puppe“.
 Bis 6 Uhr und ab 10 $\frac{1}{2}$ Uhr
 halbe Kassenpreise.
 Wein- und Bier-Abteilung.
Passage-Panoptikum.
 Lebend:
**Die letzten
 weiblichen
 Azteken!**
 Der unfesselbare Rappo,
 der König der Ausbrecher,
 Aga, die schwebende Jungfrau,
 Buddhas Geisterstafel.
 Alles ohne Extra-Entree!
 Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverträge in der Holzindustrie.

Während in den meisten Gewerben, in welchen die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen eine größere Bedeutung erlangt hat, der Reichstarif die Grundlage der Abmachungen für die einzelnen Orte ist, verfolgt die Tarifpolitik in der Holzindustrie andere Bahnen.

Der Arbeitgeber-Schnitzverband für das deutsche Holzgewerbe, der wichtigste, aber keineswegs der einzige Gegenkontrahent der Tarifverträge in der Holzindustrie, hätte zwar sehr gern einen sich über das ganze Reich erstreckenden Vertrag abgeschlossen, aber nicht, um eine größere Gleichmäßigkeit der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, sondern um beim gleichzeitigen Ablauf aller Verträge einen stärkeren Druck auf die Arbeiter ausüben zu können.

Hierbei läßt sich der Holzarbeiterverband vornehmlich von dem Gedanken leiten, daß es nicht in erster Linie darauf ankommen kann, viele Verträge abzuschließen, sein Hauptaugenmerk ist darauf gerichtet, gute Verträge zustande zu bringen, die den Arbeitern auch Vorteile bieten.

Im Laufe des Jahres 1913 waren 242 Verträge für 5629 Betriebe und 63561 Arbeiter abgelaufen. Von diesen wurden 156 Verträge für 5648 Betriebe mit 60427 Arbeiter erneuert, wobei eine größere Zahl von Verträgen mit Einzelfirmen mit dem betreffenden Ortsverband verbunden wurden.

triebe mit 40380 Arbeitern. Im Durchschnitt kommen hier auf jeden Vertrag 5047,5 und auf jeden Betrieb 10,6 Arbeiter.

In welchem Maße der Holzarbeiterverband durch seine Vertragspolitik für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirkt, ergibt sich aus der folgenden Tabelle, welche die Entwicklung der vertraglichen Arbeitszeit seit dem Jahre 1907 zeigt:

Table with columns: Wöchentliche Arbeitszeit (Stunden), Zahl der Personen in den Jahren (1907-1913). Rows include 48 bis 51, über 51, 54, 57, 60, Insgesamt, and a section for 'Von je 100 Personen'.

Rehr als zwei Drittel der den Verträgen unterliegenden Arbeiter haben schon eine Arbeitszeit von höchstens 54 Stunden pro Woche. Auch der Achtstundentag ist in den Verträgen der Holzindustrie nicht mehr unbekannt.

Auch die Löhne haben eine wesentliche Steigerung erfahren. In den Verträgen sind teils Mindest-, teils Durchschnittslöhne oft in verschiedenen Abstufungen festgelegt.

Table with columns: Pfennig, Vertraglicher Mindestlohn, Vertraglicher Durchschnittslohn. Rows include 81 bis 86, 86 bis 91, 91 bis 96, 96 bis 101, 101 bis 106, 106 bis 111, 111 bis 116, 116 bis 121, 121 bis 126, 126 bis 131, 131 bis 136, 136 bis 141, 141 bis 146, 146 bis 151, 151 bis 156, 156 bis 161, 161 bis 166, 166 bis 171, 171 bis 176, 176 bis 181, 181 bis 186, 186 bis 191, 191 bis 196, 196 bis 201, 201 bis 206, 206 bis 211, 211 bis 216, 216 bis 221, 221 bis 226, 226 bis 231, 231 bis 236, 236 bis 241, 241 bis 246, 246 bis 251, 251 bis 256, 256 bis 261, 261 bis 266, 266 bis 271, 271 bis 276, 276 bis 281, 281 bis 286, 286 bis 291, 291 bis 296, 296 bis 301, 301 bis 306, 306 bis 311, 311 bis 316, 316 bis 321, 321 bis 326, 326 bis 331, 331 bis 336, 336 bis 341, 341 bis 346, 346 bis 351, 351 bis 356, 356 bis 361, 361 bis 366, 366 bis 371, 371 bis 376, 376 bis 381, 381 bis 386, 386 bis 391, 391 bis 396, 396 bis 401, 401 bis 406, 406 bis 411, 411 bis 416, 416 bis 421, 421 bis 426, 426 bis 431, 431 bis 436, 436 bis 441, 441 bis 446, 446 bis 451, 451 bis 456, 456 bis 461, 461 bis 466, 466 bis 471, 471 bis 476, 476 bis 481, 481 bis 486, 486 bis 491, 491 bis 496, 496 bis 501, 501 bis 506, 506 bis 511, 511 bis 516, 516 bis 521, 521 bis 526, 526 bis 531, 531 bis 536, 536 bis 541, 541 bis 546, 546 bis 551, 551 bis 556, 556 bis 561, 561 bis 566, 566 bis 571, 571 bis 576, 576 bis 581, 581 bis 586, 586 bis 591, 591 bis 596, 596 bis 601, 601 bis 606, 606 bis 611, 611 bis 616, 616 bis 621, 621 bis 626, 626 bis 631, 631 bis 636, 636 bis 641, 641 bis 646, 646 bis 651, 651 bis 656, 656 bis 661, 661 bis 666, 666 bis 671, 671 bis 676, 676 bis 681, 681 bis 686, 686 bis 691, 691 bis 696, 696 bis 701, 701 bis 706, 706 bis 711, 711 bis 716, 716 bis 721, 721 bis 726, 726 bis 731, 731 bis 736, 736 bis 741, 741 bis 746, 746 bis 751, 751 bis 756, 756 bis 761, 761 bis 766, 766 bis 771, 771 bis 776, 776 bis 781, 781 bis 786, 786 bis 791, 791 bis 796, 796 bis 801, 801 bis 806, 806 bis 811, 811 bis 816, 816 bis 821, 821 bis 826, 826 bis 831, 831 bis 836, 836 bis 841, 841 bis 846, 846 bis 851, 851 bis 856, 856 bis 861, 861 bis 866, 866 bis 871, 871 bis 876, 876 bis 881, 881 bis 886, 886 bis 891, 891 bis 896, 896 bis 901, 901 bis 906, 906 bis 911, 911 bis 916, 916 bis 921, 921 bis 926, 926 bis 931, 931 bis 936, 936 bis 941, 941 bis 946, 946 bis 951, 951 bis 956, 956 bis 961, 961 bis 966, 966 bis 971, 971 bis 976, 976 bis 981, 981 bis 986, 986 bis 991, 991 bis 996, 996 bis 1001, 1001 bis 1006, 1006 bis 1011, 1011 bis 1016, 1016 bis 1021, 1021 bis 1026, 1026 bis 1031, 1031 bis 1036, 1036 bis 1041, 1041 bis 1046, 1046 bis 1051, 1051 bis 1056, 1056 bis 1061, 1061 bis 1066, 1066 bis 1071, 1071 bis 1076, 1076 bis 1081, 1081 bis 1086, 1086 bis 1091, 1091 bis 1096, 1096 bis 1101, 1101 bis 1106, 1106 bis 1111, 1111 bis 1116, 1116 bis 1121, 1121 bis 1126, 1126 bis 1131, 1131 bis 1136, 1136 bis 1141, 1141 bis 1146, 1146 bis 1151, 1151 bis 1156, 1156 bis 1161, 1161 bis 1166, 1166 bis 1171, 1171 bis 1176, 1176 bis 1181, 1181 bis 1186, 1186 bis 1191, 1191 bis 1196, 1196 bis 1201, 1201 bis 1206, 1206 bis 1211, 1211 bis 1216, 1216 bis 1221, 1221 bis 1226, 1226 bis 1231, 1231 bis 1236, 1236 bis 1241, 1241 bis 1246, 1246 bis 1251, 1251 bis 1256, 1256 bis 1261, 1261 bis 1266, 1266 bis 1271, 1271 bis 1276, 1276 bis 1281, 1281 bis 1286, 1286 bis 1291, 1291 bis 1296, 1296 bis 1301, 1301 bis 1306, 1306 bis 1311, 1311 bis 1316, 1316 bis 1321, 1321 bis 1326, 1326 bis 1331, 1331 bis 1336, 1336 bis 1341, 1341 bis 1346, 1346 bis 1351, 1351 bis 1356, 1356 bis 1361, 1361 bis 1366, 1366 bis 1371, 1371 bis 1376, 1376 bis 1381, 1381 bis 1386, 1386 bis 1391, 1391 bis 1396, 1396 bis 1401, 1401 bis 1406, 1406 bis 1411, 1411 bis 1416, 1416 bis 1421, 1421 bis 1426, 1426 bis 1431, 1431 bis 1436, 1436 bis 1441, 1441 bis 1446, 1446 bis 1451, 1451 bis 1456, 1456 bis 1461, 1461 bis 1466, 1466 bis 1471, 1471 bis 1476, 1476 bis 1481, 1481 bis 1486, 1486 bis 1491, 1491 bis 1496, 1496 bis 1501, 1501 bis 1506, 1506 bis 1511, 1511 bis 1516, 1516 bis 1521, 1521 bis 1526, 1526 bis 1531, 1531 bis 1536, 1536 bis 1541, 1541 bis 1546, 1546 bis 1551, 1551 bis 1556, 1556 bis 1561, 1561 bis 1566, 1566 bis 1571, 1571 bis 1576, 1576 bis 1581, 1581 bis 1586, 1586 bis 1591, 1591 bis 1596, 1596 bis 1601, 1601 bis 1606, 1606 bis 1611, 1611 bis 1616, 1616 bis 1621, 1621 bis 1626, 1626 bis 1631, 1631 bis 1636, 1636 bis 1641, 1641 bis 1646, 1646 bis 1651, 1651 bis 1656, 1656 bis 1661, 1661 bis 1666, 1666 bis 1671, 1671 bis 1676, 1676 bis 1681, 1681 bis 1686, 1686 bis 1691, 1691 bis 1696, 1696 bis 1701, 1701 bis 1706, 1706 bis 1711, 1711 bis 1716, 1716 bis 1721, 1721 bis 1726, 1726 bis 1731, 1731 bis 1736, 1736 bis 1741, 1741 bis 1746, 1746 bis 1751, 1751 bis 1756, 1756 bis 1761, 1761 bis 1766, 1766 bis 1771, 1771 bis 1776, 1776 bis 1781, 1781 bis 1786, 1786 bis 1791, 1791 bis 1796, 1796 bis 1801, 1801 bis 1806, 1806 bis 1811, 1811 bis 1816, 1816 bis 1821, 1821 bis 1826, 1826 bis 1831, 1831 bis 1836, 1836 bis 1841, 1841 bis 1846, 1846 bis 1851, 1851 bis 1856, 1856 bis 1861, 1861 bis 1866, 1866 bis 1871, 1871 bis 1876, 1876 bis 1881, 1881 bis 1886, 1886 bis 1891, 1891 bis 1896, 1896 bis 1901, 1901 bis 1906, 1906 bis 1911, 1911 bis 1916, 1916 bis 1921, 1921 bis 1926, 1926 bis 1931, 1931 bis 1936, 1936 bis 1941, 1941 bis 1946, 1946 bis 1951, 1951 bis 1956, 1956 bis 1961, 1961 bis 1966, 1966 bis 1971, 1971 bis 1976, 1976 bis 1981, 1981 bis 1986, 1986 bis 1991, 1991 bis 1996, 1996 bis 2001, 2001 bis 2006, 2006 bis 2011, 2011 bis 2016, 2016 bis 2021, 2021 bis 2026, 2026 bis 2031, 2031 bis 2036, 2036 bis 2041, 2041 bis 2046, 2046 bis 2051, 2051 bis 2056, 2056 bis 2061, 2061 bis 2066, 2066 bis 2071, 2071 bis 2076, 2076 bis 2081, 2081 bis 2086, 2086 bis 2091, 2091 bis 2096, 2096 bis 2101, 2101 bis 2106, 2106 bis 2111, 2111 bis 2116, 2116 bis 2121, 2121 bis 2126, 2126 bis 2131, 2131 bis 2136, 2136 bis 2141, 2141 bis 2146, 2146 bis 2151, 2151 bis 2156, 2156 bis 2161, 2161 bis 2166, 2166 bis 2171, 2171 bis 2176, 2176 bis 2181, 2181 bis 2186, 2186 bis 2191, 2191 bis 2196, 2196 bis 2201, 2201 bis 2206, 2206 bis 2211, 2211 bis 2216, 2216 bis 2221, 2221 bis 2226, 2226 bis 2231, 2231 bis 2236, 2236 bis 2241, 2241 bis 2246, 2246 bis 2251, 2251 bis 2256, 2256 bis 2261, 2261 bis 2266, 2266 bis 2271, 2271 bis 2276, 2276 bis 2281, 2281 bis 2286, 2286 bis 2291, 2291 bis 2296, 2296 bis 2301, 2301 bis 2306, 2306 bis 2311, 2311 bis 2316, 2316 bis 2321, 2321 bis 2326, 2326 bis 2331, 2331 bis 2336, 2336 bis 2341, 2341 bis 2346, 2346 bis 2351, 2351 bis 2356, 2356 bis 2361, 2361 bis 2366, 2366 bis 2371, 2371 bis 2376, 2376 bis 2381, 2381 bis 2386, 2386 bis 2391, 2391 bis 2396, 2396 bis 2401, 2401 bis 2406, 2406 bis 2411, 2411 bis 2416, 2416 bis 2421, 2421 bis 2426, 2426 bis 2431, 2431 bis 2436, 2436 bis 2441, 2441 bis 2446, 2446 bis 2451, 2451 bis 2456, 2456 bis 2461, 2461 bis 2466, 2466 bis 2471, 2471 bis 2476, 2476 bis 2481, 2481 bis 2486, 2486 bis 2491, 2491 bis 2496, 2496 bis 2501, 2501 bis 2506, 2506 bis 2511, 2511 bis 2516, 2516 bis 2521, 2521 bis 2526, 2526 bis 2531, 2531 bis 2536, 2536 bis 2541, 2541 bis 2546, 2546 bis 2551, 2551 bis 2556, 2556 bis 2561, 2561 bis 2566, 2566 bis 2571, 2571 bis 2576, 2576 bis 2581, 2581 bis 2586, 2586 bis 2591, 2591 bis 2596, 2596 bis 2601, 2601 bis 2606, 2606 bis 2611, 2611 bis 2616, 2616 bis 2621, 2621 bis 2626, 2626 bis 2631, 2631 bis 2636, 2636 bis 2641, 2641 bis 2646, 2646 bis 2651, 2651 bis 2656, 2656 bis 2661, 2661 bis 2666, 2666 bis 2671, 2671 bis 2676, 2676 bis 2681, 2681 bis 2686, 2686 bis 2691, 2691 bis 2696, 2696 bis 2701, 2701 bis 2706, 2706 bis 2711, 2711 bis 2716, 2716 bis 2721, 2721 bis 2726, 2726 bis 2731, 2731 bis 2736, 2736 bis 2741, 2741 bis 2746, 2746 bis 2751, 2751 bis 2756, 2756 bis 2761, 2761 bis 2766, 2766 bis 2771, 2771 bis 2776, 2776 bis 2781, 2781 bis 2786, 2786 bis 2791, 2791 bis 2796, 2796 bis 2801, 2801 bis 2806, 2806 bis 2811, 2811 bis 2816, 2816 bis 2821, 2821 bis 2826, 2826 bis 2831, 2831 bis 2836, 2836 bis 2841, 2841 bis 2846, 2846 bis 2851, 2851 bis 2856, 2856 bis 2861, 2861 bis 2866, 2866 bis 2871, 2871 bis 2876, 2876 bis 2881, 2881 bis 2886, 2886 bis 2891, 2891 bis 2896, 2896 bis 2901, 2901 bis 2906, 2906 bis 2911, 2911 bis 2916, 2916 bis 2921, 2921 bis 2926, 2926 bis 2931, 2931 bis 2936, 2936 bis 2941, 2941 bis 2946, 2946 bis 2951, 2951 bis 2956, 2956 bis 2961, 2961 bis 2966, 2966 bis 2971, 2971 bis 2976, 2976 bis 2981, 2981 bis 2986, 2986 bis 2991, 2991 bis 2996, 2996 bis 3001, 3001 bis 3006, 3006 bis 3011, 3011 bis 3016, 3016 bis 3021, 3021 bis 3026, 3026 bis 3031, 3031 bis 3036, 3036 bis 3041, 3041 bis 3046, 3046 bis 3051, 3051 bis 3056, 3056 bis 3061, 3061 bis 3066, 3066 bis 3071, 3071 bis 3076, 3076 bis 3081, 3081 bis 3086, 3086 bis 3091, 3091 bis 3096, 3096 bis 3101, 3101 bis 3106, 3106 bis 3111, 3111 bis 3116, 3116 bis 3121, 3121 bis 3126, 3126 bis 3131, 3131 bis 3136, 3136 bis 3141, 3141 bis 3146, 3146 bis 3151, 3151 bis 3156, 3156 bis 3161, 3161 bis 3166, 3166 bis 3171, 3171 bis 3176, 3176 bis 3181, 3181 bis 3186, 3186 bis 3191, 3191 bis 3196, 3196 bis 3201, 3201 bis 3206, 3206 bis 3211, 3211 bis 3216, 3216 bis 3221, 3221 bis 3226, 3226 bis 3231, 3231 bis 3236, 3236 bis 3241, 3241 bis 3246, 3246 bis 3251, 3251 bis 3256, 3256 bis 3261, 3261 bis 3266, 3266 bis 3271, 3271 bis 3276, 3276 bis 3281, 3281 bis 3286, 3286 bis 3291, 3291 bis 3296, 3296 bis 3301, 3301 bis 3306, 3306 bis 3311, 3311 bis 3316, 3316 bis 3321, 3321 bis 3326, 3326 bis 3331, 3331 bis 3336, 3336 bis 3341, 3341 bis 3346, 3346 bis 3351, 3351 bis 3356, 3356 bis 3361, 3361 bis 3366, 3366 bis 3371, 3371 bis 3376, 3376 bis 3381, 3381 bis 3386, 3386 bis 3391, 3391 bis 3396, 3396 bis 3401, 3401 bis 3406, 3406 bis 3411, 3411 bis 3416, 3416 bis 3421, 3421 bis 3426, 3426 bis 3431, 3431 bis 3436, 3436 bis 3441, 3441 bis 3446, 3446 bis 3451, 3451 bis 3456, 3456 bis 3461, 3461 bis 3466, 3466 bis 3471, 3471 bis 3476, 3476 bis 3481, 3481 bis 3486, 3486 bis 3491, 3491 bis 3496, 3496 bis 3501, 3501 bis 3506, 3506 bis 3511, 3511 bis 3516, 3516 bis 3521, 3521 bis 3526, 3526 bis 3531, 3531 bis 3536, 3536 bis 3541, 3541 bis 3546, 3546 bis 3551, 3551 bis 3556, 3556 bis 3561, 3561 bis 3566, 3566 bis 3571, 3571 bis 3576, 3576 bis 3581, 3581 bis 3586, 3586 bis 3591, 3591 bis 3596, 3596 bis 3601, 3601 bis 3606, 3606 bis 3611, 3611 bis 3616, 3616 bis 3621, 3621 bis 3626, 3626 bis 3631, 3631 bis 3636, 3636 bis 3641, 3641 bis 3646, 3646 bis 3651, 3651 bis 3656, 3656 bis 3661, 3661 bis 3666, 3666 bis 3671, 3671 bis 3676, 3676 bis 3681, 3681 bis 3686, 3686 bis 3691, 3691 bis 3696, 3696 bis 3701, 3701 bis 3706, 3706 bis 3711, 3711 bis 3716, 3716 bis 3721, 3721 bis 3726, 3726 bis 3731, 3731 bis 3736, 3736 bis 3741, 3741 bis 3746, 3746 bis 3751, 3751 bis 3756, 3756 bis 3761, 3761 bis 3766, 3766 bis 3771, 3771 bis 3776, 3776 bis 3781, 3781 bis 3786, 3786 bis 3791, 3791 bis 3796, 3796 bis 3801, 3801 bis 3806, 3806 bis 3811, 3811 bis 3816, 3816 bis 3821, 3821 bis 3826, 3826 bis 3831, 3831 bis 3836, 3836 bis 3841, 3841 bis 3846, 3846 bis 3851, 3851 bis 3856, 3856 bis 3861, 3861 bis 3866, 3866 bis 3871, 3871 bis 3876, 3876 bis 3881, 3881 bis 3886, 3886 bis 3891, 3891 bis 3896, 3896 bis 3901, 3901 bis 3906, 3906 bis 3911, 3911 bis 3916, 3916 bis 3921, 3921 bis 3926, 3926 bis 3931, 3931 bis 3936, 3936 bis 3941, 3941 bis 3946, 3946 bis 3951, 3951 bis 3956, 3956 bis 3961, 3961 bis 3966, 3966 bis 3971, 3971 bis 3976, 3976 bis 3981, 3981 bis 3986, 3986 bis 3991, 3991 bis 3996, 3996 bis 4001, 4001 bis 4006, 4006 bis 4011, 4011 bis 4016, 4016 bis 4021, 4021 bis 4026, 4026 bis 4031, 4031 bis 4036, 4036 bis 4041, 4041 bis 4046, 4046 bis 4051, 4051 bis 4056, 4056 bis 4061, 4061 bis 4066, 4066 bis 4071, 4071 bis 4076, 4076 bis 4081, 4081 bis 4086, 4086 bis 4091, 4091 bis 4096, 4096 bis 4101, 4101 bis 4106, 4106 bis 4111, 4111 bis 4116, 4116 bis 4121, 4121 bis 4126, 4126 bis 4131, 4131 bis 4136, 4136 bis 4141, 4141 bis 4146, 4146 bis 4151, 4151 bis 4156, 4156 bis 4161, 4161 bis 4166, 4166 bis 4171, 4171 bis 4176, 4176 bis 4181, 4181 bis 4186, 4186 bis 4191, 4191 bis 4196, 4196 bis 4201, 4201 bis 4206, 4206 bis 4211, 4211 bis 4216, 4216 bis 4221, 4221 bis 4226, 4226 bis 4231, 4231 bis 4236, 4236 bis 4241, 4241 bis 4246, 4246 bis 4251, 4251 bis 4256, 4256 bis 4261, 4261 bis 4266, 4266 bis 4271, 4271 bis 4276, 4276 bis 4281, 4281 bis 4286, 4286 bis 4291, 4291 bis 4296, 4296 bis 4301, 4301 bis 4306, 4306 bis 4311, 4311 bis 4316, 4316 bis 4321, 4321 bis 4326, 4326 bis 4331, 4331 bis 4336, 4336 bis 4341, 4341 bis 4346, 4346 bis 4351, 4351 bis 4356, 4356 bis 4361, 4361 bis 4366, 4366 bis 4371, 4371 bis 4376, 4376 bis 4381, 4381 bis 4386, 4386 bis 4391, 4391 bis 4396, 4396 bis 4401, 4401 bis 4406, 4406 bis 4411, 4411 bis 4416, 4416 bis 4421, 4421 bis 4426, 4426 bis 4431, 4431 bis 4436, 4436 bis 4441, 4441 bis 4446, 4446 bis 4451, 4451 bis 4456, 4456 bis 4461, 4461 bis 4466, 4466 bis 4471, 4471 bis 4476, 4476 bis 4481, 4481 bis 4486, 4486 bis 4491, 4491 bis 4496, 4496 bis 4501, 4501 bis 4506, 4506 bis 4511, 4511 bis 4516, 4516 bis 4521, 4521 bis 4526, 4526 bis 4531, 4531 bis 4536, 4536 bis 4541, 4541 bis 4546, 4546 bis 4551, 4551 bis 4556, 4556 bis 4561, 4561 bis 4566, 4566 bis 4571, 4571 bis 4576, 4576 bis 4581, 4581 bis 4586, 4586 bis 4591, 4591 bis 4596, 4596 bis 4601, 4601 bis 4606, 4606 bis 4611, 4611 bis 4616, 4616 bis 4621, 4621 bis 4626, 4626 bis 4631, 4631 bis 4636, 4636 bis 4641, 4641 bis 4646, 4646 bis 4651, 4651 bis 4656, 4656 bis 4661, 4661 bis 4666, 4666 bis 4671, 4671 bis 4676, 4676 bis 4681, 4681 bis 4686, 4686 bis 4691, 4691 bis 4696, 4696 bis 4701, 4701 bis 4706, 4706 bis 4711, 4711 bis 4716, 4716 bis 4721, 4721 bis 4726, 4726 bis 4731, 4731 bis 4736, 4736 bis 4741, 4741 bis 4746, 4746 bis 4751, 4751 bis 4756, 4756 bis 4761, 4761 bis 4766, 4766 bis 4771, 4771 bis 4776, 4776 bis 4781, 4781 bis 4786, 4786 bis 4791, 4791 bis 4796, 4796 bis 4801, 4801 bis 4806, 4806 bis 4811, 4811 bis 4816, 4816 bis 4821, 4821 bis 4826, 4826 bis 4831, 4831 bis 4836, 4836 bis 4841, 4841 bis 4846, 4846 bis 4851, 4851 bis 4856, 4856 bis 4861, 4861 bis 4866, 4866 bis 4871, 4871 bis 4876, 4876 bis 4881, 4881 bis 4886, 4886 bis 4891, 4891 bis 4896, 4896 bis 4901, 4901 bis 4906, 4906 bis 4911, 4911 bis 4916, 4916 bis 4921, 4921 bis 4926, 4926 bis 4931, 4931 bis 4936, 4936 bis 4

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Betriebe in Treptow sind für Organisationszwecke: „Hauptrestaurant Bierhaus 8“ (Inhaber Kammla), „Stechbierhalle am Paradiesgarten“ (Inhaber Gangberg). Die Inhaber dieser Lokale lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab und beschließen, gelbes Gelbes. Herr Kammla sowie Herr Gangberg erklären, auf keinen Fall zu bewilligen und drohen mit Hausfriedensbruchklagen für diejenigen, welche die Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe unterstützen wollen.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß das Restaurant „Meines Bierhäuschen“ (Inhaber Führer) nicht mit dem „Hauptrestaurant Bierhaus 8“ (Inhaber Kammla) identisch ist.

Verband der Gastwirtsgehilfen Berlin I.

Deutsches Reich.

Zum Kampf in der Solinger Waffenindustrie.

Kneuerdings versucht Herr Oberbürgermeister Dide von Solingen eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Bis jetzt sind die Versuche jedoch ohne Erfolg geblieben. Die Arbeiter haben die Erklärung abgegeben, auf folgender Grundlage mit den Fabrikanten zu verhandeln:

Die Fabrikanten verpflichten sich, die tariflichen Löhne auch für die Arbeit zu zahlen, die sie nach auswärtigen Aufträgen geben. Es darf aber so lange keine Arbeit nach auswärtig vergeben werden, als Arbeitskräfte in genügender Zahl in Solingen vorhanden sind.

Oberbürgermeister Dide verspricht in diesem Sinne beim Unternehmerverband zu wirken. Es dürfte dies um so leichter möglich sein, als vor dem Streit alle Fabrikanten bereits ähnliche Vereinbarungen mit den Organisationen abgeschlossen hatten. Die Fabrikanten haben sich zu diesem Vorschlag noch nicht geäußert, jedoch haben sie wiederholt erklärt, daß sie an den bestehenden Preisverhältnissen nicht rütteln wollen.

Die Futtermittel der Försterschen Dampfabrik in Altenburg, 130 an der Zahl, stellen am 13. Mai die Arbeit ein. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen schlechter Behandlung der Arbeiterinnen durch die Direktion. Die Erklärung der Arbeiterinnen, künftig nicht mehr mit der Direktion zusammenarbeiten zu wollen, beantwortete die Firma mit der Aussperrung des übrigen Personals. Gegen 400 Personen, zur Hälfte Arbeiterinnen, stehen im Kampfe. Als Schlichter ohne Wirkung — der Betrieb hätte fortgesetzt werden müssen — hat die Firma die Fabrik bis auf weiteres geschlossen. Anscheinend will der Unternehmerverband eine besondere Aktion einleiten. Zugang von Gutarbeitern und Arbeiterinnen ist ferngehalten.

Tischlerstreik auf der Danziger Schiffsbauwerft.

Am Sonnabend haben auf der Danziger Schiffsbauwerft 160 Tischler die Arbeit eingestellt, weil die Direktion eine geforderte Lohnzulage ablehnte. Bisher beträgt der Einstellungslohn für Tischler im Danziger Betriebe 22 M. wöchentlich. Auf der Werft arbeiten insgesamt 200 Tischler.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund hat im vorigen Jahre seinen Betrieb um ein Drahtwalzwerk erweitert. Die Arbeitsverhältnisse sind so miserabel, daß etwa 90 Drahtwalzwerkarbeiter ordnungsgemäß gekündigt haben und nunmehr ausgespart sind. Nachdem dies geschehen, hat das Werk selbst noch weitere 15 Arbeiter (Weizer, Lagerarbeiter usw.) gekündigt. Diese werden also ausgespart. Die ausländischen Drahtzieher sind sämtlich organisiert.

Zu den Massenverhaftungen Streikender in Monheim.

Die verhaftete Streikleitung und die verhafteten Streikenden, etwa 40 Personen, die sich eines Vergehens wegen Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollten, sind jetzt wieder freigelassen worden. Nur ein Arbeiter ist noch in Haft. Aber auch dieser hat sich nicht das geringste zuschulden kommen lassen, und dürfte seine Freilassung in den nächsten Tagen erfolgen. Ueber die Behandlung, die den Verhafteten zuteil geworden ist, wird von ihnen lebhaft Klage geführt. Sie wurden in der Haft längere Zeit ohne Nahrung gelassen. Wegen dieser Hungerkur haben die Arbeiter Beschwerden erhoben. — In den letzten Tagen wurden sämtliche Straßen und Wege, die zum „Rhenanawerk“ führen, von der Gendarmerie abgesperrt, obgleich es sich um öffentliche Wege handelt. Reisende, die zur Haltestelle der Straßenbahn wollten, mußten sich erst legitimieren, ehe sie durchgelassen wurden. Die streikenden Arbeiter verhalten sich ruhig; es finden sich fast keine Streikbrecher. Der Kampf dürfte zu ihren Gunsten ausfallen. Vor Zugang nach den Rhenanawerken in Monheim wird gewarnt.

Vom proletarischen Klassenkampf. Die ausgesparten Einkassierer der Münchener Warenredit-Gesellschaft haben sich zu einer Einkaufsgesellschaft G. m. b. H. zusammengeschlossen. Der Einkauf der Waren aller Art erfolgt durch die Genossenschaft, dagegen arbeitet jeder Genosse auf eigenes Risiko. Die Waren werden gegen kleine Monatszahlungen an die Kunden abgegeben. Diese Gründung ist den Kreditgeschäftsinhabern natürlich sehr unangenehm.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Verbandserneuerungen in der westdeutschen Schwerindustrie.

Die Verschlechterung der Konjunktur in der westdeutschen Schwerindustrie macht es verständlich, daß sich bei den Werken ein besonderes Bedürfnis nach der Erneuerung oder Neubildung von monopolistischen Verbänden (Kartellen und Syndikaten) zeigt, um durch die Ausschaltung der Konkurrenz die Preise zu halten und sich nicht völlig vom Absatzmarkt verdrängen zu lassen. Der Wunsch nach baldiger Verlängerung des Kohlenhandels, das Ende 1915 abläuft, und nach Neugründung von Verbänden für Eisenfabrikate ist daher zurzeit besonders reger. Aber obgleich gerade jetzt, wo die Preise gedrückt und die Absatzschwierigkeiten groß sind, die strikte Organisation am notwendigsten erscheint, unterliegt der Abschluß neuer Verträge größeren Schwierigkeiten als zur Zeit einer Hochkonjunktur, wo eine Vereinbarung über Preise und Höhe der Produktion den voll beschäftigten Werken keine Einschränkungen auferlegt. So führen die Bestrebungen auf Verbandsverlängerung und Verbandsneubildung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depressionsperiode viel schwerer zum Ziel, als es angesichts der „Kontingenz“ im Sinne der beteiligten Werke und hinter ihnen stehenden Finanzgruppen scheinen könnte. In der bürgerlichen Presse werden die Ursachen dieser Schwierigkeiten aber völlig verkannt, wenn von einer Abschaffung der „Zee“ der Kartellverbände in neuerer Zeit gesprochen wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach Ueberwindung des Tiefpunktes der Depressions die Bestrebungen auf Verbandsbildungen rasch zum Ziele führen werden. Heute, wo der Gesamtabsatz der beteiligten Industrien gering ist, will keines der Werke sich mit einer Beteiligungsgesellschaft begnügen, die unter der vollen Leistungsfähigkeit bleiben möchte. Der Kampf um die Quote wird viel erbitterter geführt und ein Friedensvertrag ist schwieriger zu erzielen, als wenn günstige Konjunkturverhältnisse den einzelnen von vornherein eine höhere Quote sichern.

Im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat wurde bereits im Mai 1910 ein Ausschuss zur Aufstellung eines neuen Vertragsentwurfs (der alte Vertrag läuft Ende 1915 ab) eingesetzt. Ende 1913 war der neue Vertrag fertig und im

Februar dieses Jahres beschäftigte sich eine Zechenbesitzerversammlung des Kohlenyndikats zum erstenmal ernsthaft mit dem Entwurf. Die Gegenstände traten aber so stark zutage, daß der „Vater“ des Syndikats Emil Kirdorf den Vorschlag niederlegte, und man überließ sich von einem Scheitern der Verhandlungen sprach. Ende April d. J. hat erneut eine Mitgliederversammlung über den Entwurf beraten, dessen neueste Fassung vor wenigen Tagen bekannt geworden ist. Allerdings ist die Quotenfrage noch gar nicht im einzelnen behandelt worden. Im Kohlenyndikat hindern die inneren Gegenstände zwischen reinen Kohlenzechen und gemischten Werken (d. h. solchen, die in ihrem Betrieb Kohlenbergbau und Eisenschmelzwerke vereinigen; daher auch Hüttenzechen genannt) eine Verständigung noch mehr als die Differenzen bei der Vermessung der Beteiligunganteile. Die technisch und wirtschaftlich überlegeneren Hüttenwerke haben ihre Ansprüche, die unter dem früheren Vertrag von den reinen Zechen bestritten wurden, jetzt zum größten Teile durchgesetzt und zum Syndikats-Gesetz erhoben. Neben dem Verkaufsabsatz, der an das Syndikat abzuliefern ist, bleibt ihnen noch ein Selbstverbrauch für den Betrieb ihrer Hüttenwerke (zur Speisung der Hochofen, als Heizmaterial für Maschinen usw.). Diese zugebilligten Selbstverbrauchsmengen gewinnen für die gemischten Werke besonderen Wert dadurch, daß sie keiner Produktionsbeschränkung unterliegen. Auch darf die Verbrauchsbeteiligung für Kohlen in Koks oder Brilleits umgewandelt werden, so daß die Hüttenzechen in Hochkonjunkturzeiten genügend Koks für ihren Hüttenbetrieb zur Verfügung haben und nur auf den Kauf der billigeren Kohle angewiesen sind. Außerdem bleibt ihnen das Recht noch Kohlen hinzuzukaufen und in Koks umzuwandeln, sobald ihr Selbstverbrauch bereits zu Koks verarbeitet worden ist. Diese Bestimmungen geben den Hüttenzechen die Möglichkeit, sich im Koksbezug, der in Hochkonjunkturzeiten steigt, völlig zu emanzipieren und damit den reinen Zechen wesentlichen Schaden zuzufügen, deren Hauptgewinn gerade in der Kokerlei, dem Abzug von Koks und der noch wichtigeren Koksnebenprodukte liegt.

Die Festlegung dieser Vorzugstellung von Hüttenzechen soll für die reinen Zechen dadurch etwas verflücht werden, daß die Hüttenzechen in Zukunft auch mit ihrem Selbstverbrauch zu den Umlagen (Abgabe an das Syndikat) mit 8 Proz. vom Erlös pro Tonne herangezogen werden. Die Umlagen dienen zur Bestreitung der Geschäftskosten des Syndikats, weiter der Exportprämien, Kosten beim Kampf gegen Außenleiter usw. Diese Neubestimmung macht für Werke mit großem Selbstverbrauch immerhin etwas aus; so hat Krupp eine Verkaufsbeteiligung von 775 400 Tonnen, dagegen einen Anspruch auf Selbstverbrauch in Höhe von 2,965 Millionen Tonnen. Nach dem Vertragsentwurf darf indessen der Selbstverbrauch nur bis zu 3 Proz. herangezogen werden. Die Umlagen für Koks betragen nun aber stets mehr als 3 Proz., die Höchstziffer 12 Proz. Durch die Umlagebegrenzung bleibt also die Vorzugstellung der Hüttenzechen auch in diesem Punkte erhalten.

Daß die Schwierigkeiten einer Einigung größer sind, zeigt sich auch darin, daß man diesmal die Dauer des Syndikats nur auf 6 Jahre (bis 1921) bemessen will, während die Verlängerung im Jahre 1908 auf doppelt so lange Zeit beschlossen wurde. Die Hineinziehung der Soargzechen und des preußischen Bergbaus spielt bei dieser Begrenzung der Syndikatsdauer wohl am meisten mit. Ohne den Beitritt der bisherigen Außenleiter ist eine Erneuerung aber schwer durchzuführen; denn der Anteil der Außenleiter an der Kohlenproduktion Rheinland-Westfalens ist von 1,9 Proz. im Jahre 1908 auf 11,1 Proz. im Jahre 1913 gestiegen.

Die Erneuerung des Kohlenyndikats ist nun in der letzten Zechenbesitzerversammlung (vom Ende April) auf eine neue große Schwierigkeit gestoßen. Die rheinischen Stahlwerke fordern in einem Antrag als Bedingung für ihre Zustimmung:

„Es muß gleichzeitig mit dem Abschluß des neuen Syndikatsvertrages, spätestens jedoch zum 1. Januar 1915, auch die Verlängerung bezw. die Neubildung der Verbände der Eisenindustrie, und zwar ebenfalls auf die Zeitdauer bis zum 31. März 1921 sichergestellt sein.“

Dieser Forderung einer gleichzeitigen Erneuerung und Ausbaus des Stahlwerksverbandes schließt sich u. a. auch die Firma de Wendel an, deren Einfluß bei einer jährlichen Kohlenproduktion von 2,7 Millionen Tonnen nicht zu unterschätzen ist. Der Grund für diese Forderung, die Erneuerung des Kohlenyndikats mit dem Ausbau des Stahlwerksverbandes zu verknüpfen, liegt darin, daß die kleineren Stahlwerke, die großen gemischten Werke werden das Interesse an dem Ausbau des Stahlwerksverbandes verlieren, wenn ihnen das Kohlenyndikat die Vorzugstellung eingeräumt und damit eine sichere Position gegenüber den Kohlenzechen und Stahlwerken gewährt hat.

Im Mai 1912 wurde der Stahlwerksverband bekanntlich nur in der Form verlängert, daß die A-Produkte (Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen) der Syndizierung unterworfen wurden, während die B-Produkte (Fertigfabrikate: Welle, Röhren, Stabeisen, Walzdraht) der freien Produktion und dem freien Verkauf überlassen blieben. Die großen Werke waren an dieser Lösung interessiert, weil sie gerade in den letzten Jahren ihre Betriebe auf die Fertigfabrikation ausgedehnt haben. Die Bindung ihrer A-Produkte können sie jetzt durch eine Erhöhung der Produktion von B-Produkten je nach der Konjunkturlage ausgleichen. Es ist charakteristisch, daß bald nach der Freigabe der B-Produkte durch den Stahlwerksverband gerade die Rheinischen Stahlwerke, die jetzt für die Syndizierung der B-Produkte eintreten, sich sehr günstig über die Auffhebung ausgesprochen. Der „Waren-Courier“ veröffentlichte damals folgende Antwort der Rheinischen Stahlwerke auf eine entsprechende Anfrage:

„Wir haben nur günstige Rückwirkungen von der Aufhebung der Kontingenzierung der B-Produkte beobachtet.“

Jetzt ist die gleiche Gesellschaft die treibende Kraft bei der Erneuerung des Stahlwerksverbandes in der alten Form. Und wenn auch die großen gemischten Werke allerlei Bedenken gegen eine derartige Verbindung von Stahlwerks- und Kohlenyndikat äußern, werden sie doch wohl nachgeben müssen. Jedenfalls ist der Ausbau des Stahlwerksverbandes in ein neues Stadium getreten; ganz waren die Versuche, auch die B-Produkte zu syndizieren, nie aufgegeben worden. Kommt es nicht zu einem Ausbau des Stahlwerksverbandes, dessen jetziger Vertrag bis 30. Juni 1917 gilt, so werden doch wahrscheinlich Einzelverbände für B-Produkte bis zum 1. Januar 1915 entstanden sein. In der vergangenen Woche ist der Walzdrahtverband erneuert worden. Zugleich wurde von den beteiligten Werken in neue Verhandlungen über die Syndizierung der B-Produkte überhaupt eingetreten und nach den bisherigen Mitteilungen scheint die Neubildung von Verbänden für Welle, Röhren und Stabeisen geringeren Schwierigkeiten zu begegnen als bisher.

8. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Hamburg, den 16. Mai 1914.

Nach einem Bericht der Besonderekommission über vorliegende Beschwerden, Protesten gegen Ausschluß usw. berichtet Boeckh über das internationale Sekretariat, das er nach Abgang Baummeisters provisorisch übernommen hat. Aus seinem Bericht geht hervor, daß die Bewegung der gastwirtschaftlichen Angestellten, soweit sie der modernen Arbeiterbewegung angehört, im Ausland noch

sehr gering ist. Es bestehen freie Gewerkschaften der Gastwirtsgehilfen in Dänemark, Holland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, England, Italien, Frankreich und Argentinien. Aber von einigen wenigen abgesehen, sind es überall in der Hauptsache nur Anfänge. Auf der letzten internationalen Konferenz war dem internationalen Sekretär der Auftrag erteilt, das Statut für eine feste internationale Organisation vorzulegen. Der Referent schlägt vor, diesem Antrag nicht stattzugeben. Es sei verfrüht, schon jetzt eine derartige Organisation zu schaffen. Dagegen sollte im Laufe des nächsten Winters eine internationale Konferenz einberufen werden, um auf neue zu versuchen, die internationalen Beziehungen von neuem wieder aufzubauen. Baummeister Berlin hofft, daß mit Hilfe des Ueberzeugungsbureaus vom internationalen Gewerkschaftsbund (Generalkommission) in Zukunft mehr Nachrichten aus dem Ausland und in das Ausland vermittelt werden können. Dem deutschen Verbands liegt die Aufgabe ob, die Organisationen der ausländischen Kollegen zu fördern. Das beste Mittel in dieser Beziehung sei, einen deutschen Kollegen zur Vertretung nach den ausländischen Kongressen zu senden, um dort über die deutschen Gewerkschaftsmethoden aufzuklären. Hieraus wird beschlossen, eine internationale Konferenz nach in diesem Jahre einzuberufen, die Vorlage eines Statuts zur Gründung einer internationalen Organisation aber abzulehnen.

Mit der

Bekämpfung der Beamtengehälter

hat sich eine besondere Kommission beschäftigt, für die Ordnung Berlin berichtet. Nach den Vorschlägen der Kommission wird die dritte und vierte Gehaltsklasse für die Beamten der Hauptverwaltung und für die Gauleiter aufgehoben. Dafür wird folgendes bestimmt:

Das Anfangsgehalt für die Gauleiter und für die Beamten der Hauptverwaltung beträgt 2100 M., steigend in den vier Jahren um je 100 M. und weiteren vier Jahren je 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2700 M. Die neue Stala tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft, für alle nach dem 1. Juli fällig werdenden Gehaltssteigerungen tritt der auf das Eintrittsdatum folgende nächste Quartalstermin in Kraft.

Sendet die Hauptverwaltung Beamte in eine Verwaltungsstelle als Lokalbeamte, so befindet sich bisher Hauptverwaltung und Ausschuss von Fall zu Fall über die Höhe des zu zahlenden Gehaltes.

Eine der Gehaltsgruppen entsprechende Erhöhung der ersten und zweiten Klasse in ihren Endgehältern hielt die Kommission in Anbetracht des Umstandes, daß sich der nächste Verbandstag wieder damit beschäftigen muß, noch nicht für erforderlich. Die Kommission beantragt aber, den der ersten und zweiten Gehaltsklasse zugeordneten befristeten Mitgliedern der Hauptverwaltung, bis zur anderweitigen Regelung, ebenfalls eine einmalige jährliche Entschädigung von 100 M. zu zahlen.

Die Spesenfähre der Gauleiter werden um etwas erhöht. Bei Verhinderung der Dienstleistung durch Krankheit ist den Beamten innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten das Gehalt für ein halbes Jahr zu gewähren. Bezüge aus Krankenkassen werden angerechnet. Diese Vorschläge finden Annahme. Es folgt die Statutenberatung.

Einige Anträge fordern die Beitragsbefreiung im Falle der Krankheit in den Fällen, wo das betreffende Mitglied Unterstützung vom Verband nicht erhält. Viele Delegierte aber haben weitergehende Wünsche, sie fordern die Befreiung auch bei Arbeitslosigkeit. Das Komitee wird abgelehnt, das erstere angenommen. Die beantragte Abschaffung der Delegiertensteuer wird abgelehnt.

Ein Antrag, die Unterstützungsätze zu heffeln, wird der Hauptverwaltung überwiesen, sie soll den nächsten Gaukonferenzen eine diesbezügliche Vorlage unterbreiten. Zugestimmt wird einem Vorschlag der Hauptverwaltung, eine Erhöhung der Unterstützung unter der Hauptverwaltung eintreten zu lassen, so daß in Zukunft die Klasse I 2 M. pro Tag, die Klasse II 1,75 M., die Klasse III 1,50 M. pro Tag zu erhalten hat. Zur Arbeitslosenunterstützung liegen ebenfalls eine Reihe von Anträgen vor, die eine Erweiterung derselben wünschen. Im Verband der Gastwirtsgehilfen besteht die Arbeitslosenunterstützung nur in den Wintermonaten. Es wird verlangt, sie auf das ganze Jahr auszudehnen. Andere Wünsche gehen dahin, eine Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Alle diese Anträge werden, nachdem Ströbinger von der Hauptverwaltung dagegen gesprochen, abgelehnt. Angenommen wird der Vorschlag der Hauptverwaltung, eine Erleichterung der Kontrolle der Arbeitslosen eintreten zu lassen, sobald eine kleine Erweiterung insofern, daß die Unterstützung bereits am 1. Oktober ausbezahlt werden kann (bisher konnte dies, da eine achtstägige Karenzzeit vorgeschrieben war, erst am 8. Oktober geschehen).

Das Wahlsystem wird dahin abgeändert, daß in Zukunft Kreisverbänden von 75 Mitgliedern ab bis zu 150 den ersten Delegierten senden können. Die Anträge, die eine Wahl nach Wahlkreisen fordern, werden von Ströbinger als verfrüht bekämpft und danach abgelehnt. Bei Versammlung der verschiedenen Branchen an einem Orte sollen bei Wahlen zu dem Verbandstage usw. Rücksicht auf die einzelnen Branchen genommen werden. Allen soll nach Möglichkeit eine entsprechende Vertretung zugeteilt werden.

In einer besonderen Kommission war die Frage der

Doppelorganisation

beraten worden. Von dieser wird folgende Erklärung als das Resultat der Beratung des Verbandstages unterbreitet und von diesem angenommen. Diese Erklärung lautet:

„Die zur Prüfung der Anträge zu § 31 eingesetzte Kommission ist überzeugt, daß der § 31 nicht geschaffen wurde, die Doppelorganisationen als minderwertig zu bezeichnen, sondern einem Beschluß der Zentralverbände vom 22. bis 23. März 1900 entspricht, in dem u. a. gesagt wird:

„Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbesuch von Unterstützungen.“

Durch diesen Zentralverbändebeschluß betrachtet die Kommission die zu § 31 gestellten Anträge als erledigt und ersucht den Vorstandstag, einen Zusatz zu § 31 dahingehend anzufügen, wonach die im § 31 organisierten Kollegen während der Dauer der Krankheit von der Beitragszahlung befreit sind.“

Damit fallen alle zu diesem Punkt gestellten Anträge. Nach Erledigung verschiedener Anträge von geringerer Bedeutung wird beschlossen, den Sitz der Hauptverwaltung wieder nach Berlin, den des Ausschusses wieder nach Hamburg zu legen. Aus der Wahl der Hauptverwaltung gehen hervor: 1. Vorsitzender Zeiske, 2. Vorsitzender Dieking, Kassierer Ströbinger. In der Redaktion bleibt das bisherige Verhältnis bestehen. Als Delegierter zum internationalen Gewerkschaftskongress wird Zeiske gewählt. Zum Gewerkschaftskongress werden gewählt: Zeiske, Müller, Billmann, Evers, Boeckh, Hegewald. — Hieraus wird der Verbandstag durch den Vorsitzenden Billmann geschlossen, worauf die Delegierten unter Abfinden der Ratifikanten sich trennen.

Verbandstag der Steinarbeiter.

Dresden, den 18. Mai 1914.

In der Woche vom 18. bis 22. Mai tagt hier der sechste Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, der eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hat. Nach Entgegennahme der Geschäftsberichte wird der Verbandstag zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung nehmen. Nachdem der Bauarbeiterverband die Einführung dieses Unterstützungsweiges beschlossen hat, ist diese Frage besonders bei den ihm verwandten Organisationen aktuell geworden. Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes schlägt der Generalversammlung vor, die Arbeitslosenunterstützung bei einer Beitragsbefreiung von 10 Pf. pro Woche und bei ständiger Beitragsleistung im Jahr ein-

Arbeiterschutz in gewerblichen Betrieben.

Die Gewerbebehörde gibt öffentlich bekannt: Gemäß § 120a und ff. der Gewerbeordnung sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebs- einrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Inbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftstrom und Luftwechsel, Beseitigung des beim Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Verührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, für die Geschlechter getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Das Polizeipräsidium, welchem die Pflicht obliegt, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und namentlich dafür zu sorgen, daß die oben angeführten Forderungen in neu zu errichtenden Anlagen berücksichtigt werden, bringt deshalb die bezüglichen Bestimmungen in Erinnerung.

Da bauliche Änderungen, wenn sie während des Betriebes vorgenommen werden müssen, in der Regel unliebsame Störungen und einen größeren Kostenaufwand verursachen, so liegt es im Interesse der Gewerbeunternehmer, den gesetzlichen Forderungen bei der Neueinrichtung ihrer Anlagen Rechnung zu tragen. Die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten geben darüber bereitwillig eingehende Auskunft.

Zu diesem Zwecke sowie zur Auskunfterteilung über alle anderen, die Gewerbeaufsicht betreffenden Angelegenheiten sind die Gewerbeaufsichtsbeamten in den unten bezeichneten Dienstlokalen und zu den nachbenannten Zeiten zu sprechen:

A. Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.

B. Für Arbeiter allgemein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am ersten Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.

C. Für Arbeiterinnen halten außerdem bis auf weiteres die Gewerbeinspektionsassistentinnen: Fräulein Reichert in der Gewerbeinspektion C., Fräulein Koopmann in der Gewerbeinspektion D., Fräulein Conradt in der Gewerbeinspektion R., Fräulein Specht in der Gewerbeinspektion O., Fräulein Herrmann in der Gewerbeinspektion S., Fräulein Matthes in der Gewerbeinspektion M., Frau Klatt in der Gewerbeinspektion N., Fräulein Schaffan in der Gewerbeinspektion Berlin-Luisenstadt und Fräulein Kummert in der Gewerbeinspektion Charlottenburg Sprechstunden zu den unter B. angegebenen Zeiten.

Außerdem sind zur Auskunfterteilung über alle die Gewerbeaufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbeaufsichtsbeamte in den Diensträumen der Gewerbeinspektionen anwesend.

Die Bezirke der Gewerbeinspektionen im Landespolizeibezirk Berlin, umfassend die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau, sind wie folgt abgegrenzt:

- 1. Gewerbeinspektion Berlin C. Umfassend die Polizeireviere: 1, 2, 12-16, 19-21, 27, 38 und 40. Bureau: NO. 18, Elisabethstr. 50/51. Fernsprecher: Amt Rpt. 12 921. Gewerbeinspektor: Fischer. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Reichert.
2. Gewerbeinspektion Berlin D. Umfassend die Polizeireviere: 22-24, 44, 45, 52, 65, 66, 99-106, 102, 103, 108, 110, 111 und 116. Bureau: C. 34, Bromberger Str. 6. Fernsprecher: Amt Rpt. 7220. Gewerbeinspektor: Bloße. Gewerbeinspektor: Gutmacher. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Specht.
3. Gewerbeinspektion Berlin E. Umfassend die Polizeireviere: 25, 43, 49, 53, 54, 70, 79, 86 und 87. Bureau: SO. 28, Mariannenplatz 21. Fernsprecher: Amt Rpt. 8003. Gewerbeinspektor: Willner. Gewerbeinspektor: Schicht. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Koopmann.
4. Gewerbeinspektion Berlin F. Umfassend die Polizeireviere: 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 83. Bureau: E. 33, Göttdamer Str. 110. Fernsprecher: Amt Rpt. 7588. Gewerbeinspektor: Diekmann. Gewerbeinspektor: Kuhl. Gewerbeinspektor: Andrejzen. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Herrmann.
5. Gewerbeinspektion Berlin-Luisenstadt. Umfassend die Polizeireviere: 26, 29 und 35. Bureau: SO. 16, Michaelstr. 4. Fernsprecher: Amt Rpt. 2561. Gewerbeinspektor: Grabemann. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Schaffan.
6. Gewerbeinspektion Berlin G. Umfassend die Polizeireviere: 3, 31-37, 39, 56, 63, 71, 73 und 77. Bureau: W. 57, Palowstr. 98. Fernsprecher: Amt Lützow 4087. Gewerbeinspektor: Hesse. Gewerbeinspektor: Gutmann.
7. Gewerbeinspektion Berlin H. Umfassend die Polizeireviere: 4, 64, 74-76, 83, 84, 100, 104 und 115. Bureau: NW. 21, Bundesplatzufer 2. Fernsprecher: Amt Rpt. 3970. Gewerbeinspektor: Kraus.
8. Gewerbeinspektion Berlin I. Umfassend die Polizeireviere: 5-8, 57, 58, 69, 82, 91, 101, 107, 112 und 117. Bureau: N. 4, Invalidenstr. 36/37. Fernsprecher: Amt Rpt. 3145. Gewerbeinspektor: Dr. Ing. Hesse. Gewerbeinspektor: Hansmann. Gewerbeinspektionsassistentin: Frau Klatt.
9. Gewerbeinspektion Berlin K. Umfassend die Polizeireviere: 9-11, 17, 46, 50, 59-62, 89-90, 97, 99, 109, 114 und 115. Bureau: N. 20, Prinzenallee 53. Fernsprecher: Amt Rpt. 4087. Gewerbeinspektor: Dr. Kuhnau. Gewerbeinspektor: Loch. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Conradt.
10. Gewerbeinspektion Berlin M. Umfassend die Polizeireviere: 18, 51, 68, 80, 81, 92, 98, 105, 108 und 113. Bureau: NO. 58, Aufsehlstr. 11. Fernsprecher: Amt Rpt. 12 846. Gewerbeinspektor: Blatter. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Matthes.
11. Gewerbeinspektion Charlottenburg. Umfassend den Stadtkreis Charlottenburg. Bureau: Charlottenburg, Windscheidstr. 15. Fernsprecher: Amt Wilt. 3321. Gewerbeinspektor: Dr. Bender. Gewerbeinspektor: Böse. Gewerbeinspektionsassistentin: Fräulein Kummert.
12. Gewerbeinspektion Neukölln. Umfassend den Stadtkreis,

- Neukölln. Bureau: Neukölln, Hermannstr. 71. Fernsprecher: Amt Neukölln 9659. Gewerbeinspektor: Fortmann.
13. Gewerbeinspektion Schöneberg-Wilmersdorf. Umfassend die Stadtkreise Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf. Bureau: Berlin-Wilmersdorf, Am Seepark 81. Fernsprecher: Amt Pflanzburg 6430. Gewerbeinspektor: Diefelmann.
14. Gewerbeinspektion Lichtenberg. Umfassend den Stadtkreis Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau. Bureau: Berlin-Lichtenberg, Müggelstr. 21a. Fernsprecher: Amt Rpt. 13 605. Gewerbeinspektor: Schmitt.

Volksvorstellung im Deutschen Opernhaus.

Die lustigen Weiber von Windsor. Oper in 3 Akten von Nicolai. Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr. Kartenverkauf in folgenden Geschäften: Zigarrengeschäft von Schröder, SW, Hagelberger-Str. 53/54. Zigarrengeschäft Horst, Engelstr. 15. Zigarrengeschäft Baumann, Rungelstr. 30. Bureau des vierten Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr. Expedition des „Vorwärts“, Petersburger Platz 4. Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstr. 30. Restauration Diebler, Brunnstr. 150. Von 9-1 und 5-7 Uhr. Restauration von Paersch, Oldenburger Str. 10. Preis des Platzes inkl. Garderobe und Zettel 1.30 M. Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin.

Parteiangelegenheiten.

Die Lokalliste. Der heutige Nummer liegt die Lokalliste bei. Unsere Genossen tun gut, diese Liste auszubewahren und bei Ausfällen ständig bei sich zu tragen. Wer dies beherzigt, kann nie im Zweifel sein, wo er etwa Naht machen soll. Durch stricte Beachtung der Lokalliste unterstützen unsere Genossen unsere Freunde vor den Toren Berlins, die noch immer einen schweren Kampf um ihr Versammlungsrecht führen müssen. Wer uns sonst nicht zu ernstlichen Beratungen haben will, braucht uns auch nicht bei geselligen Veranstaltungen. Insbesondere sollten alle Vereinsvorstände, Vergnügungskomitees, Vertretungsvertrauensleute die Lokalliste sich genau ansehen, ehe sie Vergnügungen arrangieren. Durch strenge Beachtung der Lokalliste wird der Kampf um Versammlungsräume erleichtert, ohne daß unsere Genossen Opfer zu bringen brauchen.

Jugendabteilung 2. Kreis. Am Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von C. Dabel, Hermannstr. 6, eine Versammlung statt. Vortrag des Genossen A. Müller über: „Land und Leute in Amerika“.

Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag): Wanderung, Fahrt nach Spindlersfeld über Köpenick-Müggelberge-Forthaus Fahrenberg-Kroftensee-Eichwalde. Treffpunkt 9 1/7 Uhr vor dem Götlicher Bahnhof. Ab 10 Uhr 7 1/2. Fahrpreis insgesamt 50 Pf.

Abgehenden findet eine zwei- bis dreitägige Wanderung nach dem Schlaubetal statt. (Kosten 5 bis 7 M. Näheres auf der Versammlung.) Gäste sind willkommen!

Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Bortich, Hermannstr. 48/49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Geschäftsbericht, Resolutions- und Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, eine Wahlvereinsmitgliederversammlung statt, in der Genossin Rosa Luxemburg über „Imperialismus“ sprechen wird. Ferner wird zur Verbandsgeneralversammlung Stellung genommen und die Delegierten hierzu gewählt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Charlottenburg. Die Jugendsektion veranstaltet am Himmelfahrtstag einen Ausflug nach Baumwerder. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr am Wilhelmplatz. (Wadeanzug mitbringen.) Gäste willkommen.

Treptow-Baumschönweg. Heute Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Kasernenbericht, Wahl des 2. Vorsitzenden und eines Revisors. Vortrag des Genossen Redakteurs Karl Wermuth über: Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Mittwoch, den 20. Mai: Flugblattverbreitung.

Lichtenberg. Jugendsektion. Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Widenhagen, Schamweberstraße: Versammlung aller Parteigenossen und Genossinnen von 18-21 Jahren. Tagesordnung: Festlegung des Monatsprogramms für Mai/Juni. Verschiedenes. Gäste willkommen. Wir erwarten das vollständige und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder.

Steglitz. Heute abend in den Bezirken 1 bis 7 Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl. Die Genossen der Bezirke 3 bis 13 sind zur Unterstützung verpflichtet und werden gebeten, sich zwischen 7 und 8 Uhr bei Clement, Dippelstr. 7, einzufinden.

Köpenick. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Stadt-Theater: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Eichhorn über „Die Einführung in den Sozialismus“. Diskussion. Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung und Verschiedenes.

Weißensee. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Charlottenburger Str. 150: Mitgliederversammlung. Bericht an der Gemeindevertretung. Diskussion. Bezirksangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Überschoneide. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Büchelmannshof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Bericht des Vereins Arbeiterjugendheim. Wahl der Jugendkommission und des Ausschusses. Diskussion und Verschiedenes.

Bezirk Waldmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins für den Monat Mai fällt aus.

Röntgenial-Perennid-Buch. Am Mittwoch, abends 7 Uhr, findet in Buch, vom Lokal von Alex Piotrowski aus, Bahnhofsstr. eine Profikundenbesprechung statt. Die Genossen aus Röntgenial-Perennid werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Potsdam. Am Mittwochabend in allen Bezirkslokale Wahlabend. Im Bezirkslokal Hausmann Vortrag über die Grundzüge der Politik.

Berliner Nachrichten.

Der konfessionelle Sportplatz. Das! wird der Leser ausrufen: Wodurch es auch so was? Jawohl! Zwar ist die Bezeichnung eigentlich ein sprachlicher

Unsinn, aber was wird heute noch mit Sinn und Verstand gearbeitet, wenn es der Rettung der Jugend gilt.

Am Sonntag hat der Kreisverband Berlin der evangelischen Männer- und Junglingsvereine und Christlicher Vereine junger Männer in Nieder-Schönhausen einen zwölfstündigen großen Spiel- und Sportplatz eingeweiht. Alles war anwesend, was einer solchen Veranstaltung die nötige Würze giebt: Der Vertreter des Kultusministeriums, Vertreter von Behörden, Generalinspektor und eine Anzahl Pfarrer.

Nach einem Festbericht im frommen „Reichsboten“ habe unter den Junglingsvertretern ein frisch-fröhlich-fromm-freier Geist geherrscht. Mit dem frommen mag es vielleicht stimmen, aber mit dem freien Geist nicht. Das verträgt sich nicht untereinander.

Die Bluttat in der Weberstraße.

Der Mord an der 70jährigen Witwe Julie Kahler im Hause Weberstraße 15a ist noch nicht weiter aufgeklärt. Die Kriminalpolizei steht auf dem Standpunkt, daß nur ein mit den Verhältnissen im Hause genau vertrauter Eindringling als Täter in Frage kommen kann. Nach dem Ergebnis der Obduktion ist der Tod bei der Greisin erst durch das Erhängen herbeigeführt worden. Die Bürgemeister am Hofe denken darauf hin, daß der Täter die alte gebrechliche Frau zunächst zu erwürgen verucht hat, daß er aber dann, um einen Selbstmord vorzutäuschen, Frau Kahler an dem Strick aufgehängt hat, den sie selbst am Fußende des Bettes befestigt hatte, um sich, wenn sie neben dem Bette kniete, daran aufrichten zu können, und erst durch das Erhängen ist die Frau ums Leben gekommen.

Ob der Eindringling von der alten Frau überrascht worden ist oder ob er von vornherein einen Raubmord geplant hat, ist jetzt nicht mehr festzustellen. Wahrscheinlicher ist der von vornherein beabsichtigte Raubmord. Frau Julie Kahler war Almosenempfängerin, aber der Täter muß wohl angenommen haben, daß die Frau, die äußerst sparsam lebte, doch einiges Geld geparkt und verhehrt habe. Er hat den hölzernen Kasten, in dem die Frau ihr Geld aufzubewahren pflegte, aufgebrochen und ausgeraubt. Auch zwei Staats wurden aufgebrochen im Zimmer gefunden. Die Kriminalpolizei fand in der Wohnung noch 10 M. in Gold.

Die Mordkommission vernahm gestern mehrere Bewohner des Hauses über ihre Wahrnehmungen während der kritischen Zeit. Die Angaben der Zeugen haben aber bisher die Ermittlungen nicht wesentlich gefördert.

Seinen Bruder erstochen.

Zu dem verhängnisvollen Bruderzwist in der Prenzlauer Allee erfahren wir noch, daß der verhaftete 19jährige Alex Casper in der vergangenen Nacht noch ein Schändnis abgelegt hat. Hiernach geriet er mit seinem jüngeren Bruder Franz darüber in Streit, daß dieser ihm kein Geld geben wollte. Beide waren betrunken. Als der ältere Bruder im Ringkampf unterlag, wurde ihm, wie er weiter sagt, vor Herger und Blut schwarz vor den Augen. Er griff zum Messer und nach blindlings auf den jüngeren Bruder ein. Gleich der erste Stich traf den Gegner ins Herz. Das Messer ist auch nachträglich von der Kriminalpolizei gefunden worden. Der Täter hatte es zwischen Lumpen aller Art versteckt. Alex Casper wurde gestern vormittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Heber das Familiendrama in der Grünhaldenstr. in dem der 28 Jahre alte Hausdiener Erich Kosted seinen Vater erschloß, ist der junge Mann im Laufe der vergangenen Nacht auf der Revierwache noch weiter verhört worden. Kosted wird sich jetzt der schweren Folgen seines unseligen Schrittes immer mehr bewußt und ist ganz gebrochen. Die Nachwirkung des schrecklichen Vorganges greift ihn so an, daß er wahrscheinlich dauernd einen seelischen Schaden erleiden wird. Die Vernehmung mußte zuletzt abgebrochen werden, weil der junge Mensch nicht mehr fähig war, noch irgendeine Befragung zu machen.

Die weiteren Vernehmungen der Hausbewohner und anderer Leute bestätigen, daß der junge Kosted ein sehr ordentlicher Mensch ist. Er war seit sechs Jahren ohne Unterbrechung in einem Konfektionsgeschäft angestellt. Doch sein Vater die Mutter, den Sohn und die 20jährige Tochter, die von allen Seiten auch ein gutes Zeugnis erhält, in der Trunksucht fortgerissen unheimlich mißhandelt hat, belanden alle Hausgenossen, die vernommen wurden. Als Kosted am Sonntag wieder unbarmherzig auf seine Frau einschlug, hat ihn der Sohn tränenden Auges, doch von seiner Mutter abzulassen. Er erreichte damit aber nur, daß der Betrunkenen sie erst recht mißhandelte und sich nun auch gegen ihn wandte. So kam es, daß er in der Notwehr zum Revolver griff.

Bürokratie im Krankenkassenwesen.

Neben anderen „Erregungsfaktoren“ hat die neue Reichsversicherungsordnung besonders die Bezirke erheblich mit Schreibarbeiten belastet. Ein Arzt sagt uns: Nicht genug, daß jede Klasse — und was sie noch so klein sein — ihre besonderen, endlosen Geschäftsangelegenheiten und Instruktionen herausgibt, die stets voneinander abweichend jedes Einzelne vernichten lassen und daher auch so oft übertritten werden, lassen auch oft die Kassenbeamten selbst es an der strengen Durchführung des üblichen schriftlichen Verkehrs fehlen, so daß der Arzt durch Ausfüllen nicht ordnungsgemäß ausgegebener Scheine, durch Eintragungen usw. so viel kostbare Zeit verliert, daß für eine Untersuchung des Patienten oft selbst bei bestem Willen absolute keine Zeit mehr übrig bleibt.

Und nun haben noch die Kassenverwaltungen, allerdings auf behördliche Anweisung hin — um nur ein Beispiel anzuführen —, verschiedene Farben der Bezirke der Bezirke und Verordnungsformulare eingeführt; so gibt es zum Beispiel bei den Berliner Innungen acht verschiedene Farben: für männliche und weibliche Mitglieder, für Dragen und Apotheken, für Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte usw. immer eine andere, besondere Farbe. Und nun stelle man sich vor, wie bei dieser Vermählung von dem Schreibstrome zum Zwecke der Eintragung dem schon ohnehin genug belasteten Kassenersten zu Rate sein muß, wenn er, nachdem er sich glücklich durch alle formalistischen Hindernisse hindurchgeschlagen, jetzt noch den Patienten untersuchen soll; es ist ihm schon richtig „müde“ geworden und eine allgemeine Verärgerung — unter welcher der arme Patient natürlich am meisten zu leiden hat — ist die Folge dieser und ähnlicher „finnenreichen“ am grünen Tisch „erbaute“ Maßnahmen. Das Angeführte betrifft nur einige wenige herausgegriffene Beispiele; deren Zahl ist Legion. Der Zweck dieser Ausführungen ist nur der, jedem Beteiligten zu zeigen, wo mit Rechtigkeit der Hebel zur Besserung auf diesem viele Tausende von Menschen angehenden Gebiet anzusetzen wäre. Vor allem wäre im Interesse der Allgemeinheit — der Kassenmitglieder sowohl wie der Bezirke — eine Vereinheitlichung aller Geschäftsformulare, aller Kassenformulare usw. anzustreben; und

dann sollten sich die Rassenverwaltungen angelegen sein lassen, die unerschöpfliche Schreiarbeit und Scharnerien für den Arzt aufzuheben oder doch auf das denkbar notwendigste Mindestmaß herabzubringen; dann dürfte auch der Arzt in der Rassenpraxis — ebenso wie in seiner sich viel einfacher, schneller abwickelnden Privatpraxis — Zeit und Mühe zur Untersuchung und eingehenden Behandlung finden, auf die auch der ärmste Kranke ein gutes Recht hat."

Selbstmord eines Kanoniers.

Aus Furcht vor kriegsgerichtlicher Bestrafung hat der Kanonier Wilhelm Grabe von der 2. Batterie des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments Selbstmord verübt. G. wurde vor acht Tagen fahnenflüchtig. Er verließ heimlich das Kasernement in der Kruppstraße und irrte einige Tage in der Umgebung Berlins umher. Sonntag nachmittag wurde bei Pögnitzsee eine Leiche aus dem Schiffahrtskanal gefischt, in der man den Defektor erkannte. Aus Furcht vor Bestrafung hatte sich G. in selbstmörderischer Absicht in den Kanal gestürzt und auch den gesuchten Tod gefunden. Die Leiche des Lebensmüden wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/2 8 Uhr in der Potsdamer Straße. Dort wollte der 58jährige Webermeister Franz Prokka aus Rowawes, der in geschäftlichen Angelegenheiten nach Berlin gekommen war, den Fährdamm überqueren, um nach der Eichhornstraße zu gelangen. Dabei überfuhr er ganz das Herannahen eines Automobilbusses der Linie 8; er wurde von dem Kraftwagen umgerissen und geriet unter das Auto, dessen Vorderräder ihm über beide Beine hinweggingen. Dem P. wurden die Unterschenkel buchstäblich zermalmt. Von der nahen Unfallstation in der Eichhornstraße, wo dem Verunglückten die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde, wurde P. nach der Charité gebracht, dort mußten sofort beide Beine bis zum Knie amputiert werden.

Ein aufsehender Vorgang spielte sich gestern nachmittag an der Grünstraße ab. Dort fürchte sich die 28 Jahre alte Frau Hedwig Semlowki vor den Augen zahlreicher Passanten in die Syree. Mehrere Augenzeugen der Tat unternahmen sofort mittels des Rettungsdienstes Rettungsversuche und vermochten die Lebensmüde bald den Fluten zu entreißen. Die S. erhielt auf der Unfallstation am Spittelmarkt die erste ärztliche Hilfe und wurde von dort nach einem Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Ein heftiger Straßenbahnzusammenstoß, bei dem zwar keine Verletzungen schwerer Verletzungen wurden, aber ein großer Materialschaden und eine zeitweise Verkehrsstockung entstand, ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 10 Uhr in der Lindenstraße, an der Ecke der Hollmannstraße. Ein Wagen der Linie 42 hatte die Weiche überfahren und fuhr einem Wagen der Linie 39 mit voller Schnelligkeit in die Flanke. Beide Wagen wurden aus den Schienen gehoben und arg beschädigt. Die Insassen kamen mit leichten Verletzungen und dem großen Schrecken davon, nur ein Mädchen, das auf der vorderen Plattform des Wagens der Linie 42 stand, wurde im Gesicht etwas schwerer verletzt.

Eine Revolverfehde in einer Damenkneipe erregte gestern mittag in der Wuttmannstraße einiges Aufsehen. In der Wuttmannstraße 11 belegenen Damenkneipe erschien gegen mittag eine Frau Michaelis, die sich in Gegenwart ihres dort anwesenden Ehemannes zu erschließen versuchte. Der Ehemann war früher Inhaber der Kneipe und wollte sich die ihm zustehende Restkauffumme abholen, um ohne Frau nach Amerika zu dampfen. Das wußte die Frau; sie kam in das Lokal, aber ihr Selbstmordversuch wurde vereitelt, wobei der jetzige Inhaber der Kneipe von einem Streifschuss leicht verletzt wurde. Die Frau wurde festgenommen, aber bald wieder entlassen. Der Vorfall hatte in der Straße erhebliches Aufsehen gemacht.

Drei Feuerwehrleute verunglückt. Sonntag abend wurde die Feuerwehr nach der Hollmannstr. 82 gerufen, wo sich in einer Wirtshauskneipe ein größeres Quantum Phosphor entzündet hatte, und infolgedessen der ganze Fabrikraum mit starkem Phosphordampf angefüllt war. Um in den Raum vordringen zu können, mußten von der Feuerwehr ein Feuerlöschanzug und ein Sauerstoffschutzhelm in Benutzung genommen werden. Die beiden Feuerwehrmänner Reumann und Vorobsky erkrankten infolge der Einatmung der Dämpfe auf der Brandstelle so schwer, daß sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußten. Der Feuerwehrmann Wolowd jog sich Brandwunden leichter Grades an der rechten Hand zu und wurde in seine Wohnung entlassen. Die Abkämpfung des Feuers erfolgte mit einer Schlauchleitung.

Verloren worden ist am gestrigen Montag früh in der Nähe des Kottbuser Lods (an der Reichenberger oder Dresdener Straße) ein Portemonnaie mit Inhalt (etwa 85 R. Arbeitslohn, eine Raabfaharte um). Der ehrliche Finder wird gebeten, das Portemonnaie Reichenberger Straße 10 I, bei Scholz, abzugeben.

Vorortnachrichten.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse des Kreises Teltow-Beeskow.

tagte am Sonntag, den 17. Mai, in Berlin in den „Kempinallen“. Vertreten waren 19 Bildungsausschüsse durch 23 Delegierte und ein Wahlverein durch einen Delegierten. Außerdem war der Kreisbildungsausschuß durch drei Mitglieder, der Kreisbildungsausschuß Niederbarnim durch zwei Mitglieder und der Bezirksbildungsausschuß durch ein Mitglied vertreten. Genosse Piel gab zunächst einen Überblick über die Tätigkeit der Ausschüsse im verflochtenen Jahre. Danach bestanden 28 Bildungsausschüsse für 89 Orte. In 16 Orten wurden 20 Kurse mit 81 Vorträgen und einer Teilnehmerzahl von 2108 veranstaltet. Einer Einnahme von 896,95 R. stand eine Ausgabe von 1513,30 R. gegenüber. 11 Orten wurde Zuschuß im Gesamtbetrag von 380 R. gewährt. In 16 Orten fanden 26 Einzelvorträge mit einer Teilnehmerzahl von 5523 statt. Hierfür wurden 1176,70 R. eingenommen, 1201 R. ausgegeben. Künstlerische Veranstaltungen fanden in 16 Orten 35 statt mit einer Teilnehmerzahl von 10.608. Hierbei stand einer Einnahme von 2861,80 R. eine Ausgabe von 3224,60 R. gegenüber. Außerdem veranstalteten mehrere Orte Theaterveranstaltungen, die einen guten Besuch aufzuweisen hatten. Aus 19 Orten konnte über eine Gesamteinnahme von 17.437,71 R. berichtet werden, der eine Ausgabe von 16.803,35 R. gegenübersteht. Aus dem Vorliegenden sei zu ersehen, daß es mit unserer Bildungsarbeit im Kreise vorwärts geht. Hierauf referierte Genosse Seidel über: „Der Arbeitsplan des kommenden Geschäftsjahres“. Redner betonte, daß seit Bestehen des Bezirksbildungsausschusses die Aufgaben der Bildungsausschüsse Groß-Berlins bedeutend gewachsen seien. Natürlich dürfe nicht schabloniert, sondern die Anregungen, die der Bezirksbildungsausschuß gebe, müßten je nach den Verhältnissen der einzelnen Orte verwendet werden. Der Bezirksbildungsausschuß habe im vorigen Jahre einen Leitfaden herausgegeben, der durch einen in diesem Jahre herausgegebenen ergänzt werde. Hieraus könnten die Bildungsausschüsse eine Fülle von Material für ihre Arbeiten schöpfen. Redner besprach dann die Neueinrichtung der Arbeiter-Bildungsschule. Es sei Pflicht der Parteigenossen, diese Einrichtung der Partei in jeder Weise zu fördern. Was die Arbeiten der einzelnen Ausschüsse anbetreffe, so kommen für kleinere Orte Kurse weniger in Frage; diese Orte müßten sich mehr auf Einzelvorträge beschränken. In größeren Orten müßten selbstverständlich Kurse das Rückgrat der Arbeiten der Ausschüsse sein. Für die Veranstaltung von Ausflügen müßte auf den Leitfaden verwiesen werden, dort müßten sich die Ausschüsse dafür für sie passende herausfinden. Der Kreis-Bildungs-

Ausschuß habe ein Ensemble von jungen Künstlern zusammengestellt, wovon jeder kleine Ort Gebrauch machen könne, da dieses verhältnismäßig billig sei. In der äußerst lebhaften Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß ein großer Teil der Parteigenossen den Arbeiten der Bildungsausschüsse oftmals sehr wenig Verständnis entgegenbringe. Ebenso wurde über den Mangel an geeigneten Räumlichkeiten in den kleineren Orten für die Veranstaltungen der Bildungsausschüsse gellagt. Gewünscht wurde, daß sich näher zusammenliegende Orte für größere Veranstaltungen zusammenschließen. Lebhaft beifolwortet wurde die Anregung, Vertreter sämtlicher am Ort tagender Arbeitervereine in die Bildungsausschüsse mit aufzunehmen. — Ueber Wander-Bücherausstellungen und Jugendschriften-Ausgaben berichtete Genosse Piel. Die Wander-ausstellungen hätten gute Resultate gezeitigt, und es sei zu hoffen, daß in diesem Jahre möglichst alle Orte Ausstellungen guter Bücher veranstalten. Diese wie die Errichtung von Ausgabestellen für gute und billige Jugendschriften könnten wesentlich zur Bekämpfung der Schundliteratur beitragen. In der Diskussion wurde gewünscht, daß der Kreis- resp. Bezirks-Bildungsausschuß bemüht sein möge, einen Verlag ausfindig zu machen, der in der Lage sei, gute und billige Bilderbücher herzustellen. Die jetzt vorgelegten seien zu teuer. — Ueber „Bibliothekstouren“ hielt Genosse Basalwial einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Redner empfahl den Anwesenden, eine Zentralkommission des Bibliothekswesens für Groß-Berlin anzustreben. Nach kurzer Debatte wurde die Konferenz geschlossen.

Neukölln.

Reuten gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 28. April, abends zwischen 1/2 5 und 1/2 6 Uhr, Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Reuterstraße, ein achtjähriger Knabe unter eine Autodroschke kam und mit einer Kopferletzung davonlief, werden gebeten, ihre Adresse an Friedrich Arndt, Steinmehstr. 77, Hof 2 Treppen, gelangen zu lassen. Besonders wird diese Bitte an denjenigen Herrn gerichtet, welcher sich die Nummer der betreffenden Straßendroschke notierte.

Steglitz.

Heute keine Gemeindevahl! Dieser etwas merkwürdige Warnungsauf ist für unser Dorf angebracht. In Steglitz werden bei allen Wahlen den Wahlberechtigten amtliche Wahlaussweise zugestellt. Das geschah auch diesmal. Ein großer Teil der Wähler hatte bereits die Karten zu der Wahl am 19. und 20. Mai in Händen, als sich infolge eines Druckfehlers in der amtlichen Veröffentlichung die Verschiebung der Wahl auf Mittwoch, den 27., und Donnerstag, den 28. Mai, nötig machte. Die Eingelung dieser ungültigen Karten resp. die Zustellung der neuen mit dem richtigen Datum scheint nun aber nicht in dem gleichen Tempo zu erfolgen wie die überstürzte Ausschreibung der Wahl. Noch gestern machten wir die Erfahrung, daß Wähler nicht anders wußten, als daß bereits heute und morgen die Wahl stattfindet. Deshalb Vorsicht!

Sichtenberg.

Mit der Gründung eines Frauenchors beschäftigte sich eine vom Sichtenberger Männerchor einberufene Versammlung. Genosse Däumig erläuterte in seinem Referat die Aufgaben der Arbeiter-Sängervereine und wies darauf hin, daß nur große Chöre in der Arbeiterbewegung, als einer Massenbewegung, ihrer Aufgabe gewachsen seien. Zu bedauern sei, daß die beiden Sichtenberger Sängervereine einer Verschmelzung abgeneigt seien. Gründe gegen dieselbe könnten doch nur nebensächlicher Natur sein. — Der Charlottenburger Frauenchor zeigte durch Vortrag einiger Lieder, daß die Frauenchöre besonders geeignet sind, Arbeiterfeste verschönern zu helfen. Dann wurde die Gründung eines Frauenchors beschlossen. Gegen 60 Frauen und Mädchen meldeten sich zur Aufnahme. Die Uebungsstunden finden jeden Donnerstag abends 9 Uhr in Kerns Festsaal, Türschmidt, Ecke Goethestraße statt, die nächste Uebungsstunde des Himmelfahrtstages wegen am Mittwoch, den 20. Mai, nämlich 9 Uhr. Frauen und Mädchen, die gewillt sind dem Chor beizutreten, sind in den Uebungsstunden willkommen.

Charlottenburg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich in der Nacht zum gestrigen Montag in der Berliner Straße ereignet. Als dort gegen 1 Uhr der 41jährige Arbeiter Wilhelm Lohmann auf seinem Zweirade entlang fuhr, wurde er von einer aus entgegengesetzter Richtung kommenden Automobilroschke angefahren und umgestoßen. L. lag in wettem Wogen auf das Straßenpflaster und erlitt eine flache Kopfwunde, einen Bruch des linken Schläffelbeines und eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte erhielt auf der nahen Unfallstation Notverbände und wurde auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung, Jagowstr. 20, gebracht.

Nieder-Schönhausen.

Die Briefbestellungen an den Wochentagen werden vom 2. Juni ab um eine vermehrt, dadurch wird dem schon seit längerer Zeit unbehaltbaren Zustande abgeholfen, wonach die fünfständige Pause zwischen 12 Uhr bis 5 Uhr nachmittags wegfällt. Die Bestellungen finden dann wie folgt statt: 1. Bestellung 7 1/2—9 Uhr vormittags, zweite 10 1/2—12 1/2 Uhr, dritte 2—3 1/2, vierte 4 1/2—6 Uhr nachmittags und fünfte 7—8 1/2 Uhr abends.

Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte zu Delegierten zum Städtetag nach Guben die Stadtverordneten H. Schulze, Ewert und den Genossen Seljmann. Alsdann wurde zur Kenntnis gegeben, daß die Löhne für ausgeführte Rohhandarbeiten 417,38 R. betragen haben. Die Pfasterarbeiten des Bürgermeisters in der Viktorienstraße wurden dem mindestfordernden Steinmeister Gurlich zum Preise von 423,63 R. übertragen. Ferner bewilligte die Versammlung 2700 R. zur Ergänzung und Neuanschaffung von Wäsche für das städtische Krankenhaus. Gegen die acht Stimmen unserer Genossen wurde dem landwirtschaftlichen Verein für Bernau und Umgebung der frühere Fußballplatz zur Abhaltung einer Kohlenschau überlassen. Unsere Genossen waren der Ansicht, daß der Platz am Ballterium für derartige Zwecke benutzt werden könne, daß aber inmitten der Stadt Plätze dazu nicht herzugeben seien. Der hiesige Reiterverein hatte beim Magistrat zu seinem Beitreten um einen Ehrenpreis nachgehakt, worauf der Magistrat einen solchen von 50 R. der Verammlung zur Annahme empfahl. Derselbe wurde aber, nachdem unsere Genossen wie auch einige Bürgerliche sich dagegen ausgesprochen hatten, mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Zossen.

Bezugnehmend auf die in der Nummer vom Donnerstag veröffentlichte Notiz: „Ein Bild des Jammers“ teilt uns der Gutsvorstand von Schenkendorf bei Königswusterhausen mit, daß auf dem zum Gutbezirk Schenkendorf gehörige Gutshof Mariendorf sich ein Fall wie der von uns geschilderte nicht zugetragen habe. Tatsache sei, daß am 30. April d. J. dem auf dem Gutshof beschäftigten Deputanten G. wegen Verweigerung der Arbeit und unerlaubtem Fernbleiben vom Dienste gekündigt worden sei. Der Sohn des G. sei indessen niemals vom Administrator zur Arbeit aufgefordert worden, derselbe habe auch nie auf dem Gutshof gearbeitet. Sämtliche Mitglieder hätten am 4. Mai in voller Gesundheit Mariendorf verlassen und sie hätten sich auch heute noch in Niederlehme bei Königs-Wusterhausen auf.

Oranienburg.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag auf der Chauffee zwischen Oranienburg und Birkenwerder. Dort fuhr der 35 jährige Chauffeur Schierhütter aus Prenzlau mit seinem

Wagen gegen einen Pfeilstein. Er wurde durch den heftigen Anprall vom Bod gefleuret und fiel gegen einen Baum, wo er mit gebrochenem Genick tot liegen blieb. Schierhütter war verheiratet und ist Vater von drei Kindern. Das Auto gehört einem Rentier Graßlow aus Prenzlau.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die unbefol deten Stadträte Lamm, Spitta, Rofius, Krause, Urban und Plage, deren Amtsperiode abläuft, wiedergewählt. — Eine Frau Maria Schulz, Vorsitzende des Potsdamer Frauenvereins, hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in die Armenverwaltung auch eine Frau zu wählen. Die ablehnende Antwort des Magistrats, der keine Veranlassung hierzu sieht, wurde mit Bravo entgegengenommen. Für so etwas haben die Potsdamer Stadtväter kein Verständnis, bei ihnen gehört, mit Ausnahme der Arbeiterfrauen, die Frau ins Haus. — Der Magistrat verlangte einen Jahresbeitrag von 20 R. zum Beitritt zur Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diesen geringfügigen Anlaß benutzte die Stadtväter, um zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht Sache der Kommune sei, das Problem der Arbeitslosigkeit zu ergründen und es schien, als ob ihnen etwas gruselig zu Rate wurde, als sie hörten, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften und der Holzarbeiterverband dieser Gesellschaft angehören. Der Referent dieser Vorlage war der ehemalige Reichstagsabgeordnete Paul, welcher erklärte, daß die Arbeitslosigkeit durch die hohen Produktionskosten herbeigeführt würde. Schuld hieran sei die Herunterdrückung der Arbeitszeit. Auch die Löhne seien zu hoch. Diese Weisheit sagte der schlichte Mann aus der Werkstatt den Potsdamer Stadtverordneten, die ihm auch zujubelten. — Früher wurde in der gewerblichen Fortbildungsschule in Potsdam Sonntagunterricht erteilt. Dieser ist seit einiger Zeit in Wegfall gekommen. Ein Teil der Potsdamer Innungen und die Stadtverordneten mit wenigen Ausnahmen haben nun nichts unversucht gelassen, den Sonntagunterricht wieder einzuführen. Das Kuratorium der Fortbildungsschule hat denn auch den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Sonntagunterricht wieder zur Geltung zu bringen, damit der Lehrling an den Verlagen nach Möglichkeit dem Meister erhalten bleibe. Alleiniger Gegner der Einführung war der Leiter der Fortbildungsschule, der Direktor Schulz, dem man dieserhalb nicht besonders gut in Handwerkerkreisen gesonnen ist. Der Magistrat hat nun fürzlich den Beschluß der Stadtverordneten sowie des Kuratoriums für die Fortbildungsschule dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung eingereicht, worauf eine Antwort eingelaufen ist, die die Stadtväter recht schmerzhaft berührte und in der es heißt, daß am Sonntag lediglich Zeichenunterricht, und zwar nur dann erteilt werden darf, wenn hierfür geeignete Räume an den Wochentagen nicht zur Verfügung stehen. Da diese Voraussetzung für die hiesige Fortbildungsschule nicht zutrifft, und außerdem der Sonntag für die Erbauung und Erholung, nicht aber für den Schulzwang bestimmt ist, so könne nicht damit gerechnet werden, daß die Wiedereinführung des Sonntagunterrichts genehmigt werden würde.

Um aber nicht ganz leer auszugehen, wurde eine Kommission gebildet, die Schritte unternehmen soll, am Sonntag einen freiwilligen Zeichenunterricht einzuführen.

Vor den Augen des Vaters ertrunken. Als gestern morgen der Schiffsteiger Otto Valger aus Strohbedne mit seinem Kahn vor dem Prokiantamt in Potsdam lag, um dort auszuladen, wurde er von einem schmerzlichen Verlust betroffen. Sein 2 1/2 jähriger Knabe, den er zum erstenmal auf der Fahrt mitgenommen hatte, spielte auf dem Deck. Plötzlich fiel er über den Bordrand und stürzte vor den Augen seines Vaters in die Habel. Der Vater sprang dem Kinde nach und es gelang ihm auch, das Söhnchen aus dem Wasser zu holen. Da es keine Lebenszeichen gab, wurde die Feuerwehr mit dem Sauerstoffapparat zur Vornahme von Wiederbelebungsversuchen gerufen. Nach mehrstündigem Bemühen mußten die Versuche als vergeblich eingestellt werden. Das Kind war offenbar bei dem Sturz ins Wasser einem Herzschlag erlegen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wartenberg. Heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Reformvereins, Kaiserstraße 17/20.

Nieder-Schönhausen. Heute, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Baumgarten begann gestern eine umfangreiche Verhandlung wegen Meinenandes. Die Anklage richtet sich gegen den Leinwand-Druckerei-Selbened, den Stukkateur Hans Weide und den Architekt Rudolf Klemke. Der erste Angeklagte wird vom Referendar Dr. Langer, der zweite vom Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der dritte vom Justizrat Bronker verteidigt. Die Anklage wird vom Assessor Dr. Burckhard vertreten.

Unter den zahlreichen Zeugen saß eine Hauptzeugin, Frau Anna Marie Anauer, die geschiedene Ehefrau des Angeklagten Klemke. Sie befindet sich wegen Herzkrankheit und hochgradiger Nervosität zurzeit in Homburg v. d. S. Sie ist auf Anordnung des dortigen Kreisarztes, Geh. Medizinalrats Dr. Jahn, auf ihre Verhandlungsfähigkeit untersucht worden. Nach dem eingegangenen Gutachten ist die Zeugin nicht teils- und behandlungsfähig. Ein von Verteidiger Dr. Langer gestellter Verlegungsantrag wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Es soll erwohnen werden, ob die Möglichkeit vorliegt, die bisherigen richterlichen Aussagen der Zeugin zu verlesen, eventuell sie durch ein Mitglied des Gerichts in Homburg kommunizativ zu vernehmen.

Dem ersten Angeklagten wird zur Last gelegt, in dem Ehescheidungsprozeß des Angeklagten Klemke, den dessen Ehefrau angeklagt hatte, wissenschaftlich einen Meineid geleistet zu haben, indem er eidlich bestritten habe, mit der Ehefrau Klemke ein Liebesverhältnis unterhalten zu haben; auch in einer eidesstattlichen Versicherung soll er diese falsche Angabe gemacht haben. — Dem Angeklagten Weide werden drei Meineide zum Nachteil der Ehefrau Klemke zur Last gelegt. Klemke ist angeklagt, den zweiten Angeklagten zum Meineid angezettelt zu haben, indem er ihn bewegen haben soll, zu seinen Gunsten im Ehescheidungsprozeß gewisse Tatsachen zu verschweigen bzw. anders darzustellen, als sie sich zugetragen haben. Der Angeklagte Anauer-Selbened hat fast vier Monate in dieser Sache in Untersuchungshaft gesessen und ist dann wegen Erkrankung entlassen worden. Der zweite Angeklagte ist gegen 3000 R. aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Er hat vor dem Untersuchungsrichter seinerzeit ein Geständnis abgelegt und erklärte auch im gestrigen Termin auf Befragen des Vorsitzenden, daß er sich schuldig fühle; die beiden anderen bestritten ihre Schuld.

Ueber den Ausgang der Verhandlung werden wir berichten.

Kinderverführung.

Ein gefährlicher Jugendfreund mußte sich in der Person des Kaufmanns Karl Schukg vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verantworten.

Am 10. November v. J. wurde der 13jährige Schüler Otto S. auf dem Wäckerplatz von dem Angeklagten angesprochen und nach einer Straße gefügt. Im Laufe des Gesprächs fragte er dann den Knaben, ob er ihm Gesellschaft leisten wolle, er könne ihm auch schöne Bilder zeigen. Er zeigte dem Jungen dann auch mehrere unzüchtige Photographien und veranlaßte ihn, mit ihm in der Köstige Straße gelegene Wohnung zu kommen, wo er ihm ein Bild schenkte. — Die gemeingefährliche Tat des Angeklagten mußte

Reichstag.

261. Sitzung. Montag, den 18. Mai 1914, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Falkenhahn.

Die Anleihebeschlüsse für die Schutzgebiete und eine Anzahl Rechnungssachen werden erledigt. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes betreffend

Änderung des Militärstrafgesetzbuches.

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Beranlaßt durch die bösen Erfahrungen mit dem Erfurter Notgesetz hat die Heeresverwaltung versucht, ein vom Standpunkt der geistgeberischen Technik einwandfreies Werk zu liefern. Nachdem der Entwurf das Stadium der Kommissionsberatung überstanden hat, erkenne ich das Kind nicht wieder. (Heiterkeit.) Mit Genugtuung aber kann ich feststellen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen als technisch einwandfrei anerkannt werden mußten. Die Vorseitigung des strengen Arrestes würde in manchen Fällen die Verhängung der Gefängnisstrafe mit der Wirkung des Nachdienens zur Folge haben. Ueberhaupt würde die Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu unschätzbaren Rechtszuständen und zu weiteren Unstimmigkeiten in dem schon durch die Reg. Erfurt verurteilten Militärstrafrecht führen. Somit kann die Heeresverwaltung den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen.

Die Folgen des Scheiterns der Vorlage werden die armen Teufel tragen müssen, denen sie Mißbräuche bringen sollte, sowie die Militärjustiz, die mit den durch die Reg. Erfurt geschaffenen Unstimmigkeiten weiter arbeiten muß. Die Kommission hat dem strengen Arrest den Todesstoß versetzen wollen, ohne irgendwas für Ausfüllung der Lücke zu sorgen. Der strenge Arrest ist in keiner Weise gesundheitsgefährlich. Die Betroffenen erhalten eine warme Zelle und Wasser und Brot und haben zwischen durch gute Tage. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir können den strengen Arrest unmöglich entbehren, da für gewisse Elemente der Mittelklasse nicht abschreckend genug ist und wir die Strafe der Verhinderung in Kolonien nicht kennen. Schließlich kann man im Militärdienst doch nicht nach dem Rezept eines Mädchenpensionats verfahren. (Heiterkeit.) Unbedingt ablehnen muß die Heeresverwaltung auch die Änderung der Bestimmungen betreffend die Kontrollversammlungen. Was gleich nach 1871 als notwendig erachtet wurde, kam in der Zeit der antimilitaristischen Wählerereien und Hysterien erst recht nicht entbehrt werden. Vollends unannehmbar sind die sozialdemokratischen Änderungsanträge, die den strengen Arrest völlig beseitigen und die Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nur für ganz schwere Verbrechen zulassen wollen. Völlig unannehmbar ist auch der Antrag Müller-Weinigen, der die Mindeststrafe für so schwere Verbrechen wie Fahnenflucht und Komplott bis auf einen Monat herabsetzen will. Ich bitte dringend, weder die Kommissionsbeschlüsse noch diese Änderungsanträge anzunehmen, sondern die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Im anderen Falle lehnt die Heeresverwaltung alle Verantwortung ab. Sie hat prompt die höchst ansehnliche Reg. Erfurt durchgeführt. Wenn eine Reform des Militärstrafrechts durch die Beschlüsse des Hauses auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden sollte, so kann sich die Heeresverwaltung jeder Schuld ledig sprechen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Rur in ganz bescheidener Weise ist die Kommission über die Vorschläge hinausgegangen, welche die Regierung zur Milderung unersättlicher drakonischer Strafen gemacht hat, aber sofort erklärt der Kriegsminister das Unannehmbar. Dieses Unannehmbar stellt er insbesondere den Anträgen auf Einstellung des strengen Arrestes entgegen. Der strenge Arrest ist aber kein innerhalb der Kultur zulässiges Strafmittel. Rur, wer auf dem Standpunkt steht, daß ihm die ganze Kultur gestohlen werden kann, wenn nicht die andere der strenge Arrest besteht, kann die Vorseitigung und selbst die Milderung dieser Straftat für unannehmbar erklären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat den strengen Arrest und sogar das Wasser und Brot, das darin den Soldaten verabfolgt wird, in lodenden Farben gelblich: viele empfanden ihn geradezu als Bönne. Weckt denn der Kriegsminister nicht, wie ja merkwürdig dann die sozialen Verhältnisse Deutschlands sein müssen,

wie schmächtig dann die Regierung ihre Pflicht versteht hat, für das Wohl des Volkes zu sorgen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der strenge Arrest ist eine geradezu unerträgliche Qualerei. (Zuruf rechts: Sie wissen das wohl aus eigener Erfahrung!) Das gerade nicht. Aber wir kennen die Leute, wenn sie herauskommen, wir kennen die Mißbräuche der Ärzte, wir wissen, daß kein anderer Staat, selbst kein Barbarenstaat, ein derartiges Strafmittel kennt. Der Kriegsminister sagte zur Entschuldigung des strengen Arrestes, die Soldaten würden verhehrt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Die Soldaten werden verhehrt, wenn Unteroffiziere und Offiziere unter Verletzung ihrer Behördenspflicht die Soldaten mißhandeln oder in ihrer Ehre kränken. Unbegreiflich ist nur, daß man dann die in ihrer Ehre oder an ihrem Körper Verletzten in den strengen Arrest steckt, die Quäler aber davor bewahrt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der strenge Arrest wirklich eine solche Bönne ist, warum verbringen denn die Offiziere nicht ihren Ferienurlaub darin. Mit solchen Redensarten macht man uns den strengen Arrest nicht erträglich. Der Kriegsminister tut sich auf diese Vorlage große Stücke zu gute, aber in Wahrheit ist sie gar nicht der Rede wert. Sie entpringt eigentlich nur der Furcht davor, daß unsere mildere Aufstellung bei den Gerichten durchdringt, wonach in den minder schweren Fällen auf die Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nicht erkannt werden darf. Gerade weil die Regierung das fürchtet, brauchen wir ihre Trostungen nicht ernst zu nehmen. Für absolut unannehmbar hat der Kriegsminister erklärt, daß in Sachen der Kontrollversammlungen das Recht wieder auf die Füße gestellt wird. Denn die geltende Rechtsauffassung, daß der Soldat auch nach der Kontrollversammlung den ganzen Tag über unter dem Militärstrafgesetz steht, ist

rechtswidrig und unsinnig.

§ 6 des Militärstrafgesetzbuches bestimmt, daß für die Mannschaften des Verurteiltenstandes die Vorschriften des Militärstrafrechts nur für die Zeit gelten, in welcher sie sich im Dienste befinden. Das heißt ganz klar — und das wurde früher auch von allen Kommentatoren anerkannt — daß sie nur während der Dauer der Kontrollversammlung den Militärstrafgesetzen unterworfen sind. Auch bei der Beratung des Militärstrafgesetzbuches im Jahre 1872 hat kein Mensch etwas anderes gedacht. Diese Auffassung galt bei den Gerichten bis zum 30. Juni 1893. Von da an wurde auf einmal der ganze Tag der Kontrollversammlung dem Militärstrafgesetz unterstellt. Selbst die nationalliberale Erzählung, Reichsanwalt a. D. Hamm, Hauptmann der Landwehr, hat die jetzige Auffassung für unsinnig erklärt. § 15 der Wehrordnung hebt ausdrücklich hervor, daß die Kontrollversammlung nicht Dienst, sondern eben nur Kontrolle ist. Die Referenten und Landwehrlaute machen am Tage der Kontrollversammlung keine Werbung, sondern stellen sich eben nur zur Kontrolle und unterstehen deshalb nur während der Kontrolle

den Militärstrafgesetzen. Die höchste Strafe für disziplinäre Vergehen während der Kontrollversammlung beträgt drei Tage Arrest, aber für Vergehen nach der Kontrollversammlung am gleichen Tage vier bis sechs Wochen Arrest. Solchen Widerspruch kann zwar das Reichsgericht und das Reichsmilitärgericht gutheißen, aber der Gesetzgeber unmöglich gewollt haben. Der Kriegsminister hat gemeint, der Tag der Kontrollversammlung sei ein Feiertag.

ein Feiertag für die Beurteilung.

Der Tag unterscheidet sich für die Referenten von den anderen Tagen dadurch, daß sie ganz leicht für Kappellen ins Gefängnis oder ins Zuchthaus kommen können. Ein herrlicher Feiertag! (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Selbst Hamm hat es für unerträglich erklärt, daß für den Tag der Kontrollversammlung jeder Offizier und Unteroffizier als Vorgesetzter der Referenten gilt, und gefordert, die Vorseitigungsqualität wenigstens auf den Offizier zu beschränken, der die Kontrollversammlung abhält. Der Kriegsminister stellt es so dar, als ob durch die harten Strafandrohungen das Jübel erzogen werden muß. Das ist eine vollkommene Verleumdung und Verletzung des Rechtes der Bürger. Der Bürger ist Soldat für das Vaterland (so sollte es wenigstens sein) und nicht, damit eine Reihe bezahlter Berufssoldaten, die man Offiziere nennt, ihn „erziehen“ können. Gerade diese Gegenüberstellung der Offiziere, der Vorgesetzten, der Halbgötter, oberhalb jeder Kultur — auf der einen Seite als Selbstzweck, um das gemeine Volk auf der anderen Seite zu schürzeln, oder — wie der Kriegsminister ein wenig lebenswürdiger sagt — zu erziehen, natürlich durch den strengen Arrest, ist die härteste Kritik des Militarismus und die beste Rechtfertigung unserer Forderung des Militärsystems. (Widerspruch rechts.) Am liebsten möchten Sie die ganze Zivilbevölkerung doch ständig unter die Militärstrafgesetze stellen, um recht viel Gefängnisstrafen zu „erziehen“. (Lebhafte sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Besonderen Wert legen wir auf die Anträge, die den Referenten bei der Kontrollversammlung das Recht geben sollen, Verleumdungen und Körperverletzungen auf der Stelle straffrei zu erwidern. Das muß für alle Soldaten in den Paragraphen 91 und 92 des Militärstrafgesetzbuches Recht werden. In sich haben ja die Soldaten ein Recht der Notwehr, aber das Reichsmilitärgericht hat es ihnen durch einen komischen Tanz eskamotiert, hat erklärt, es reiche nur bis zu dem Moment, wo verschiedene Grade in Frage kämen. Jetzt aber steht in der neuen Verordnung über den Waffengebrauch des Militärs vom 8. April 1914, daß jede Militärperson die Waffe gebrauchen kann, wenn Leib, Leben, Eigentum oder Ehre durch einen rechtswidrigen Angriff bedroht ist. Danach kann jeder Soldat auf Grund der kaiserlichen Kabinettsorder vom Recht der Notwehr auch gegenüber dem Vorgesetzten Gebrauch machen, im äußersten Falle ihn sogar mit der Waffe niederschlagen. Ein Vorgesetzter, der schimpft oder schlägt, verletzt damit selbst die Disziplin; die Disziplin kann also in seiner Person nicht geschädigt werden. Lehnen Sie diese Anträge ab, so machen Sie die Kontrollversammlung zu einem

Feiertag der Rohlinge.

die wie Hinge-Gardisten zu ihrem Vergnügen prägelten. Unsere Anträge sind nur eine Ausführung der letzten kaiserlichen Kabinettsorder. Wir vertreten in diesem Augenblick die angebliche Kommandogewalt des Kaisers. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Den Reichstag aber mahnen wir, sich vom Kriegsminister nicht fähren zu lassen. Bleiben Sie fest, halten Sie auch einmal Disziplin! (Sehr gut!) Wir den Reichstag zwingen will, gegen seine bessere Ueberzeugung zurückzuweichen, brüt und wer zu dem schmächtlichen Umfall drängt, ist der Oberheger. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Folgen Sie ihm nicht! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stupp (3.):

Der strenge Arrest ist eine inhumane Strafform, die dem zivilisierten Empfinden widerstrebt. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Daran ändern alle Verschönerungsversuche des Kriegsministers nichts. (Erneute Zustimmung.) Es ist eine fürchterliche Grausamkeit, einen Menschen auf vier Wochen in eine dunkle Zelle zu sperren. Bei dem heutigen Bildungszustande ist der Militärarrest eine Strafe von völlig ausreichender Schwere. Wir müssen also den strengen Arrest aus dem Bereich der Disziplinarstrafen streichen. — Was die Kontrollversammlungen betrifft, so genügt es völlig, wenn die Militärstrafgesetze für die Dauer der Versammlungen gelten. Die Geltungsdauer für den ganzen Tag führt zu Ungeheuerlichkeiten. Die Frage des Militärstrafrechts wird direkt vereinfacht, wenn die Anwendung auf die Referenten, wie die Kommissionsfassung will, auf die Dauer der Kontrollversammlung selbst eingeschränkt wird. Wir halten also an den Beschlüssen der Kommission fest und müssen dem Kriegsminister die Verantwortung dafür überlassen, wenn die Vorlage hieran scheitert. — Der vom Kriegsminister so schroff zurückgewiesene Antrag Müller-Weinigen betr. Herabsetzung der Mindeststrafe für Fahnenflucht auf einen Monat ist im Grunde nur eine Konsequenz der Regierungsvorlage. (Hört! hört!) Jeder Praktiker und namentlich auch jeder Vahner weiß, daß es sehr milde Fälle der Fahnenflucht — zum Beispiel unbegreifliches Heimweh — gibt. Geradezu unbegreiflich ist die Haltung der Nationalliberalen, die kurzweg die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, bei der Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Falkenhahn

bestreitet, daß Geistesranke wegen Fahnenflucht bestraft werden, und erklärt, daß die Dunkelzellen für den strengen Arrest täglich gut gelüftet werden.

Abg. van Calker (natl.):

Abg. Stupp wundert sich über die Haltung der Nationalliberalen (Abg. Stadthagen ruft: Er ist wohl der einzige, der sich darüber wundert! Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, große Heiterkeit im Hause.) — Ganz gewiß ist das Militärstrafrecht äußerst reformbedürftig. Aber eine durchgreifende Reform kann nicht auf dem Wege eines Gelegenheitsgesetzes vorgenommen werden. Wir müssen später suchen, weitere Verbesserungen zu erreichen. Vorläufig müssen wir uns mit dem Begünstigen, was die Regierung bietet. Sonst treiben wir nicht praktische Politik, sondern Demonstrationspolitik! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Kriegsminister v. Falkenhahn

bezeichnet nochmals die Kommissionsbeschlüsse als unannehmbar.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Rp.):

Die Annahme der Anträge Calker würde die glatte Unterwerfung des Parlaments unter den Willen der Regierung, die Abdankung des Reichstages bedeuten. (Sehr wahr! links.) Vom Scheitern der Vorlage würde nur die äußerste Linke Vorteil haben. Geradezu unbegreiflich ist der Starrsinn der Regierung und der Heeresverwaltung. — Vorseitigt werden muß gegen die Art und Weise, wie der Kriegsminister diese hochwichtige Angelegenheit behandelt. (Lebhafte Zustimmung links.) Er sprach da von Mädchenpensionaten usw. Mit solchen Scherzworten glaubt er über eine Straftat hinweggehen zu können, die von Leuten wie Hoyerbed, Windthorst und Calker als barbarisch bezeichnet worden ist. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Protestiert werden muß auch gegen die Bezeichnung der wehrfähigen Söhne unseres Volkes als Jungen. (Erneute lebhaftige Zustimmung links, Zwischenrufe rechts.) Die äußerste Rechte hat freilich für solche Dinge kein Verständnis (Sehr wahr! links); aber sonst sind

sich alle Parteien in der Beurteilung der Barbareien des strengen Arrestes einig und hoffentlich finden sich auch die Nationalliberalen ein, wenn für den Fall des Scheiterns dieser Vorlage durch einen Initiativantrag diese Materie wieder aufgenommen wird. — Ich würde bei alledem das Scheitern der Vorlage bedauern. Vielleicht ist doch noch eine Verständigung möglich, namentlich, wenn die Nationalliberalen wenigstens an einem Teil der Kommissionsvorschläge festhalten wollten. (Beifall bei der Volkspartei.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:

Mein Standpunkt ist nicht der Ausfluß einer Starrsinn- oder Prestigepolitik, sondern der Politik der gesunden Vernunft. (Beifall rechts, Lachen links.) Ich stehe zu jedem Worte, das ich gesagt habe. (Hört! hört!) Was meinen Ausdruck betrifft, so bitte ich zu bedenken, daß ich kein Parlamentarier bin. (Ironische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Debatte ist — auch von Dr. Müller-Weinigen — mehrfach zugegeben worden, daß im Rahmen dieser Novelle eine Abschaffung des strengen Arrestes nicht möglich ist. Damit erübrigt sich alles, was hier gegen den strengen Arrest gesagt wird.

Abg. v. Voehn (L.):

Wir halten, wie wir schon bei der ersten Lesung erklärt haben, an der Regierungsvorlage fest und gehen nicht darüber hinaus. — Was tut es, wenn mal ein sozialdemokratischer Redakteur, der Referent ist, einen Tag seinen Artikel schreiben darf? In dieser Hinsicht möchte ich sogar wünschen, daß jeden Tag Kontrollversammlung ist. (Große Heiterkeit.) Ich bin zwar ein parlamentarischer Reuling (Zuruf: Das merkt man!), aber ich muß doch sagen, ich verstehe nicht, daß man so gegen den strengen Arrest ist. Ich habe selbst schon drin gefessen und es ist mir ganz gut bekommen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Mertin (Rp.):

Die Regierung tut Recht, daß sie nicht vor dem angeblichen Prestige des Reichstages niederkniet. Der Reichstag ist, wie Fabern bewies, Suggestionen zugänglich. Wir wollen durch strenge Strafen die Kultur gegen ihre Feinde schützen. Strenge, aber kurze Strafen. (Beifall rechts.)

Abg. Stücken (Soz.):

Für den Abg. v. Voehn wird der Arrest wohl ein fideles Gefängnis gewesen sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Da glauben wir gern, daß er gefesselt herausgekommen ist. Der Kriegsminister meinte, er treibe Vernunftpolitik. Sind wir alle seiner Meinung nach unvernünftig? Dann kann uns seine ganze Vernunft gestohlen bleiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen sind natürlich wieder einmal umgefallen, sie wollen uns auf die allgemeine Reform des Militärstrafgesetzbuchs verstoßen. Aber die dauert vielleicht noch zehn Jahre, und wer weiß, was dann herauskommt. Alle Militärverhältnisse entschuldigt der Kriegsminister mit der Verhegung der Soldaten. Wo sind seine Beweise dafür? Wir sagen den Soldaten stets, daß sie sich

der Disziplin fügen

müssen; nur raten wir ihnen, sich keine Ungerechtigkeiten gefallen zu lassen. Soll das Verhegung sein? Der Kriegsminister tut jedenfalls zur Bekämpfung der Mißstände im Heere nichts anderes, als daß er Strafanträge in Massen stellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Gerichte werden schon verurteilen, aber damit ist wirklich gar nichts geändert. Nach dem Kriegsminister beruht die Disziplin der Armee lediglich auf dem strengen Arrest; eine solche Erklärung von dieser Stelle wird man im Ausland nicht überhören. Andere große Körper, wie die Unterbeamtenschaft, kommen ohne barbarische Strafmittel aus und halten doch Disziplin. Genau dieselben Einwendungen wie jetzt gegen die Vorseitigung des strengen Arrestes hat man seinerzeit gegen die Abschaffung der Prügelstrafe erhoben und doch will sie heute niemand wieder einführen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Außer Dorte!) Der Kriegsminister meinte, daß jeder Soldat vor Vollstreckung des strengen Arrestes ärztlich untersucht würde. Ja militärärztlich! Ob da wohl schon einmal jemand für hartnäckig erklärt worden ist? Keulich wurde in der Marine ein Epileptiker kurz vor seiner Entlassung wegen Krankheit zu 28 Tagen Mittelarrest verurteilt. Er mochte darin zum Scheit ab und kam halb tot heraus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie viele Schwachsinnige halten die Militärärzte für verstorbt, für hochst und lassen sie monatelang quälen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Solche Barbareien zu beseitigen, ist einfach Menschenpflicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat bestritten, daß der strenge Arrest gesundheitsgefährlich sei. Im selben Atemzuge verweigert er uns jede Statistik über Anwendung und Folgen des strengen Arrestes. Danach müssen wir dabei bleiben, daß der Aufenthalt in den Dunkelzellen und kalten Zellen, in denen die Stunden zur Ewigkeit werden, selbst eiserne Ketten ruiniert. Die Vorseitigung dieser Barbarei ist ohne jede Gefährdung der Armeedisziplin möglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausdehnung der Militärstrafgesetze auf den ganzen Tag der Kontrollversammlung ist einfach unsinnig. Selbst der Kriegsminister hat zugegeben, daß praktisch ja durchaus gar nicht alle Folgerungen gezogen werden können, ohne das bürgerliche Leben zu gefährden. Aber wir wollen Sicherheit dagegen, daß der Kriegsminister oder sonst eine Militärinstanz im Einzelfalle die Konsequenzen der herrschenden formaljuristischen Auffassung bis ins äußerste zieht. Soll der Tag der Kontrollversammlung heilig sein, so nehmen Sie die Referenten für den ganzen Tag in die Kaserne, verpflichten sie dort und geben ihnen Löhnung — dann mag das Militärstrafgesetz für den ganzen Tag gelten. Wollen und können Sie das aber nicht, dann beschränken Sie auch die Militärstrafgesetze auf die Dauer der Kontrollversammlung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung droht freilich, dann die ganze Vorlage scheitern zu lassen. Aber darf es sich der Reichstag gefallen lassen, daß die Regierung ihm einfach diktiert: Unsere Vorlage unverändert oder gar nicht! Dann können wir uns ja künstlich die Nähe der Kommissionsberatung sparen und unsere Zeit besseren Dingen widmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind es der Würde des Parlaments schuldig, fest zu bleiben und der Militärverwaltung die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes zu überlassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fehrenbach (3.):

Unsere Situation zeigt wieder einmal, wie schwierig und unfruchtbar gesetzgeberische Mitarbeit ist. Unsere Forderungen auf Einschränkung des strengen Arrestes und der Militärgerichtsbarkeit über den Tag der Kontrollversammlung sind vollaus berechtigt, aber was sollen wir tun? Die Militärverwaltung läßt uns die ganze Vorlage scheitern und sperrt uns einfach die jungen Leute nach dem geltenden noch barbarischen Gesetz ein. Das können wir nicht verantworten und so gehen wir auf die Regierungsvorlage zurück. Kennen Sie (zu den Sozialdemokraten) das feige Zurückweichen, wir halten es für nächsterne Denkart. (Waboo! im Zentrum.) Dringend bitten möchte ich den Kriegsminister zu erwägen, ob es nicht genügt, wenn bei der Fahnenflucht auf Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt werden kann, zumal doch als sicher gelten darf, daß in schweren Fällen diese Verletzung tatsächlich herabgehängt werden wird.

Abg. Waldstein (Rp.):

Wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß von der Reg. Erfurt als von einem Abenteuer gesprochen wird. Mit wenig Aus-

nahmen haben auch die Konserbativen für dies Gesetz ge-
stimmt. (Hört! hört!) Sider hat der Reichstag schon schlechtere
Gesetze gemacht. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) —
Wer denkt denn in Berlin höher von der Armee, der, der meint,
dass sich ihre Disziplin auch ohne das barbarische Mittel des
strengen Arrests aufrecht erhalten lasse, oder der, der an keine
Disziplin ohne diese grausame Strafe glaubt? (Lebhaftes Sehr
gut! links.) Die Art und Weise, wie der Kriegsminister gegen die
Ausführungen meines Freundes Müller-Weinigen polemisierte,
muss ich entschieden zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung links.) —
Die heutigen Verhandlungen zeigen, dass die wahren Freunde der
Armee nicht auf der rechten, sondern auf der linken Seite des
Hauses sitzen. (Lebhafte Beifall links.)

Kriegsminister v. Falkenhayn

polemisiert gegen die Ausführungen des Vordredners. Es ist er-
wogen worden, in den Widerungen weiterzugeben; es hat sich
aber herausgestellt, dass das von der allgemeinen Reform des
Militärstrafrechts nicht möglich ist, ohne das barbarische Mittel und Un-
stimmigkeiten zu kommen. — Es ist auch nicht möglich, zurzeit
auf eine Herabsetzung der Mindeststrafe für Komplott und Fahnen-
flucht einzugehen.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Rp.):

Die Art des Auftretens des Kriegsministers kompliziert ganz
außerordentlich die Schwierigkeit der Lage. Die schroffe Zurück-
weisung auch der kleinsten Konzeption seitens des Kriegsministers
macht es uns schwerer, und schließlich doch vorerst mit dem zu be-
gähnen, was die Regierungsvorlage bietet. — Energisch weisen wir
die Unterstellung zurück, dass unsere Anträge auf eine Lockerung der
Deeresdisziplin hingen. Wir können uns von dem Vorbringen
vernünftiger Gründe nicht dadurch abbringen lassen, dass der Kriegs-
minister sich Vernunftgründen unzugänglich zeigt. (Leb-
haftes Sehr gut! links.)

Abg. v. Brochhausen (L.):

Am Sonnabend wurde über die langen Reden geklagt und heute
haben nun schon wieder drei Redner der fortschrittlichen Volks-
partei gesprochen. (Unruhe links. Zuruf: Und nun kommen Sie
noch. Große Heiterkeit.) Die Frage der Kontrollverfassungen ist
überhaupt nicht im Rahmen dieser Novelle zu lösen. Ebenso verhält
es sich mit dem strengen Arrest.

Abg. Gräber (Rp.) beantragt in Gemeinschaft mit dem Abg.
Dr. Müller-Weinigen (Rp.) Abiegung des Gegenstandes von der
Tagesordnung, da die heutige Beratung die Frage nicht geklärt
habe, sondern nur noch schwieriger gestaltet habe.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Wir schließen uns dem Antrage an, erweitern ihn aber dahin,
dass wir Zurückverweisung an die Kommission beantragen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich möchte auch aus dem Grunde um Vertagung bitten, damit
der Herr Kriegsminister Zeit gewinnt, die Praxis, wie sie tatsächlich
bis 1888 in Preußen bestanden hat, sowie die Erlasse des preussischen
Generalauditorats, auf die schon in der Kommission Bezug ge-
nommen wurde, kennen zu lernen. Diese nahmen bis 1888
die von uns vertretene Anschauung ein, dass die Militärstrafen nur
während der eigentlichen Kontrolle der Militärstrafgesetzgebung unter-
worfen sind.

Abg. Dove (Rp.)

bittet, es beim Antrage auf Abiegung von der Tagesordnung zu be-
lassen, dagegen von der Zurückverweisung an die Kommission ab-
zusehen.

Abg. Dr. Frank (Soz.)

zieht seinen Antrag auf Zurückverweisung zugunsten des Antrages
Gräber-Müller zurück.

Der Antrag Müller-Gräber wird gegen die Stimmen der Rechten
angenommen und die zweite Lesung der Novelle zum Militär-
strafgesetzbuch von der Tagesordnung abgelegt.

Es folgt die zweite Lesung der

Novelle zur Zeugen- und Sachverständigenordnung.

Abg. Fischer-Hannover (Soz.):

Was die Novelle bietet, ist völlig unzureichend. Aus Sparam-
teitsgründen weigert sich die Regierung, eine den veränderten Lebens-
verhältnissen wirklich entsprechende Erhöhung der Gebühren der Zeugen
und Sachverständigen einzutreten zu lassen. In anderen Dingen,
namentlich in Bezug auf alles, was Militär- und Marine betrifft, ist
diese Sparjamkeit in keiner Weise vorhanden. (Sehr wahr!
bei den Sozialdemokraten.) Wir bitten wenigstens unseren Antrag
anzunehmen, der die Mindestsätze für Zeugengebühren von 20 auf
30 Pf. pro Stunde erhöht. Das Reich wird dadurch nicht bankrott
werden. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein vom Abg. Haas
(Rp.) begründeter und vom Staatssekretär Dr. Lisco bekämpfter
Antrag, dort, wo übliche Preise für die Leistungen der Sachverständigen
bestehen, mindestens diese zu gewähren.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.):

Wir beantragen, den Zeugen auch eine Entschädigung für
übermäßige Wartezeit zu gewähren. Jeder, der die Ver-
hältnisse bei den großen Gerichten, speziell in Berlin kennt, wird die
Notwendigkeit unseres Antrags anerkennen müssen. Das lange
Warten hat bisweilen die allerschwersten wirtschaftlichen Nachteile im
Gefolge.

Abg. Dr. Haas (Rp.)

lehnt den Antrag als unannehmlich ab. Dagegen sollte die Ver-
waltung ihrerseits sich bemühen, dem in dem Antrag enthaltenen
gefunden Kern Rechnung zu tragen.

Der Antrag wird abgelehnt. § 14 regelt die Voraus-
setzungen, unter denen öffentliche Beamte, die als Zeugen oder Sach-
verständige zugezogen werden, Tagegelde und Reisekosten erhalten.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.):

Wir beantragen die Streichung des ganzen Paragraphen.
Für die Beamten müssen die allgemeinen Bestimmungen für Zeugen
und Sachverständige genügen, und es hat keinen Zweck, ihnen be-
sondere Privilegien zuzubilligen. Es hat sogar recht verhängnisvolle
Folgen. Glaubhaft ist mir versichert worden, dass die Kriminalität
der einzelnen Landesteile in einem gewissen Zusammenhange steht
mit der Höhe der Nebeneinnahmen, den die betreffenden Beamten
— Gendarmen usw. — aus ihrer Tätigkeit vor Gericht ziehen. Die
Zeugengebühren für Gendarmen usw. verleiten direkt zu An-
gehörigkeiten. Wenn wir den § 14 streichen, so verstoßen wir eine
recht erhebliche Lücke der Kriminalität. (Lebhafte Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Abg. Liff-Elzingen (natl.)

protestiert gegen die Ausführungen des Vordredners. Man könne doch
nicht so allgemein einen Zusammenhang zwischen der Kriminalität
und den Zeugengebühren der Beamten konstatieren.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.):

Die Sache ist doch nicht so harmlos, wie der Kollege Liff
glaubt. Machen Sie doch mit uns den Versuch und streichen Sie
den § 14 und Sie werden sofort eine Abnahme der betreffenden
Kriminalitätsziffern bemerken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-
kraten.)

Abg. Dr. Haas (Rp.)

schließt sich den Ausführungen des Abg. Liff-Elzingen an.

Der Antrag Abrecht wird abgelehnt. Der Rest des Ge-
setzes wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.)

beantragt eine Resolution, durch die die Verbündeten Re-
gierungen ersucht werden, dafür zu sorgen, dass möglichst in jedem

Gerichtsgebäude den Zeugen, den Prozeßbeteiligten usw. Gelegenheit
gegeben wird, sich durch einfache Speisen und alkoholfreie Getränke
zu erfrischen. — In der Kommission wurde unserer Anregung zu-
gestimmt und auch von der Regierung wurde wohlwollende
Erwägung zugelegt. Es dürfte sich aber auf alle Fälle
empfehlen, den allgemeinen Wunsch in einem ausdrücklichen Reichs-
tagsbeschluss niedergulegen.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betreffend die
Dampfersubventionen.

Die Kommission beantragt, die Australienlinie bis zum 31. März
1917 aufrecht zu erhalten.

Abg. Henke (Soz.):

Der Hauptgrund der vom Abg. Dr. Spahn seinerzeit beantragten
Verweisung der Vorlage an die Kommission ist, wie sich jetzt klarlich
ergibt, die Absicht, jenes Provisorium zu schaffen, das die Kom-
mission uns jetzt vorschlägt. Hätten wir dies vorausgesehen, so
hätten wir bei der ersten Lesung nicht in den Verzicht auf die General-
debatte eingewilligt. — Wir haben zwei Tatsachen zu konstatieren:
einerseits ein Wachsen der Zahl der Staaten, die Dampfer-
subventionen gewähren, andererseits der wachsende Wider-
stand gegen diese Subventionen bei den Reedern selbst.
Die Entwicklung der Schifffahrt nach den südamerikanischen
Häfen beweist die völlige Entbehrlichkeit der Subventionen.
Besonders ist Wallin auch ein Gegner der Subventionen, weil er
mit Recht antritt, dass eine vernünftige kaufmännische Wirtschaft
dadurch verhindert wird. Die Subventionen können eine volks-
wirtschaftliche Rentabilität niemals sichern. Gerade für die Austral-
ienlinie fehlt jeder Nachweis, dass die Subventionen den Verkehr und
den deutschen Handel fördern werden. Frankreich und die
Vereinigten Staaten zahlen ungeheure Subventionen und
haben ihre Schifffahrt doch nicht entwickeln können. Darum
fort mit den Subventionen! Wenn aber selbst Kämpfer, die sonst
Gegner der Subventionen sind, für die Australienlinie eine Ausnahme
machen, so geschieht das

aus rein imperialistischen Gründen.

Aus postalischen und handelspolitischen Gründen war diese
Subvention nicht im mindesten nötig. Der Inhalt der Subventions-
verträge ist bis in die jüngste Zeit agrarisch verfasst ge-
wesen, so dass der Norddeutsche Lloyd darunter nur gelitten hat.
Wenn Sie sich jetzt den Anschein geben, großmütig auf das Verbot
der Beförderung gekorenen Fleisches zu verzichten, so nur deshalb,
weil sie des agrarischen Charakters der Regierung sicherer sind als
je und wissen, dass sie ganz gewiss kein gekorenes Fleisch nach
Deutschland hineinlassen wird. Jedenfalls ist es unerhört, dass alle
bürgerlichen Parteien hier schweigend der Regierung eine Plankom-
mission für die Subvention der Australienlinie gegeben haben.
(Vizepräsident. Dove: Herr Abgeordneter, es ist nicht unerhört, wenn
Mitglieder dieses Hauses schweigen. — Heiterkeit.) Der einzige
gemeldete bürgerliche Redner, Herr v. Rechenberg, hat sich
auch noch streiden lassen. Bei der ersten Lesung haben Sie eine
Debatte überhaupt nicht zugelassen; es ist geradezu beispiellos, wie
Sie mit dieser Vorlage verfahren sind. Ihr Vorgehen ist um so
schlimmer, als diese Subventionen nicht das Ende der Dampfer-
subventionen, sondern den Anfang einer neuen unendlich viel
größeren Subventionspolitik bedeutet. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Die Australienlinie dient zu 90 Proz. nicht deutschen;
trotzdem wollen Sie ihr pro Jahr mehrere Millionen Mark Unter-
stützung mehr geben. Ist das bei der Finanzlage des Reiches zu
verantworten? Können Sie das vor den Wählern rechtfertigen?
Angeblich soll der Lloyd künftig auf seiner Australienlinie bessere
Schiffe einsetzen. In der Tat befährt er jetzt die Linie mit
konkurrenzunfähigen alten Ratten. Aber es wird bei der Lage der
Schiffbauindustrie mindestens 5 Jahre dauern, ehe er seine neuen
Dampfer herausbringt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und
die Konkurrenz wird inzwischen nicht mäßig sein. Unser Verkehr
mit Australien ist seit 1908 nicht gewachsen, es besteht für die
deutsche Australienlinie weder eine Rentabilität noch eine Möglichkeit
der Rentabilität in absehbarer Zeit, zumal der Lloyd selbst seinen
subventionierten Inter Konkurrenz macht und dadurch ihre
Bilanzierung selbst verhindert.

Ein besonderer Grund unserer wohlbegründeten Gegnerschaft
gegen diese Dampfersubventionen ist die

Abiehung jedes Schuges der seemannischen Bevölkerung.

Auf 207 deutschen Dampfern arbeiten Ende 1912 nicht weniger als
8028 farbige, über 11 Prozent der Gesamtzahl. Diese Ratten
werden als billigerer und willigerer Arbeitskräfte, als Lohnrüder und
Arbeitszeitverlängerer von den Reedern geschätzt. In den anderen
europäischen Ländern hat man stets Arbeiterschutz mit Dampfer-
subventionen verbunden.

Ich darf also meine Ausführungen dahin zusammenfassen, dass
die Plankommission der Regierung zur Subvention der Australienlinie,
wenn der Reichstag sie beschließt, ein Skandal wäre. (Lebhafte
Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche:

Der Ausdruck war unzulässig. Das Wort hat der Abgeordnete
Gothein.

Abg. Gothein (Rp.):

Ich verzichte. (Stimmlicher und mehrfach wiederholter Bei-
fall bei den bürgerlichen Parteien.)

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
ohne weitere Debatte angenommen.

Auf Antrag des Abg. Böhlendorf-Kolpin (L) wird
sodort in die dritte Lesung eingetreten und das Gesetz debattelos
endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur

Förderung des Baues von Kleinwohnungen

für Reichs- und Militärbedienstete. Die Kommission beantragt, die
geforderten 25 Millionen Mark zu bewilligen und eine Resolution zu
beschließen, die die Verbündeten Regierungen ersucht, Hypotheken-
bürgschaften für den Bau von Kleinwohnungen durch ent-
sprechende Vorlage auch über den Kreis der Beamten hinaus zu
übernehmen.

Für den Berichterstatter Dr. Jäger bittet Vizepräsident Dr.
Baasche viermal ohne jeden Erfolg um Ruhe. Den Schluss seines
kurzen Referats begrüßen die bürgerlichen Parteien mit stürmischem
Beifall.

Abg. Dr. Krendt (Rp.)

wird von den bürgerlichen Parteien mit lautem Gebrüll nach
Schluss empfangen. Er bittet um Ablehnung der „boden-
reformerischen“ Resolution. Mit den Bodenreformern sei man beim
Wertzunwachssteuerer Gesetz genug hineingefallen.

Abg. Götting (natl.):

Aber wir haben doch ein Kompromiß! Dazu gehört auch die
Resolution. Die Kleinwohnungsnot ist und an der Zuständigkeit
des Reiches ist nicht zu zweifeln.

Abg. Köhler (Soz.):

Die Resolution ist eine Samen- und Frühgeburt der Kommission,
die sie in einer halben Stunde zwischen Tür und Angel angenommen
hat. Nach den Beratungen unserer Wohnungskommission ist ihr
Inhalt ohne weiteres verständlich, sie will das Reich auf der Bahn
der Wohnungsfürsorge vorwärts treiben. Wir Sozialdemokraten
legen keinen großen Wert auf Resolutionen, bitten aber doch um
ihre Zustimmung zu dem Kommissionsantrag. (Bravo! bei den
Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westary (L):

Wir haben formale und materielle Bedenken.
Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird angenommen,
die Resolution abgelehnt. Dafür stimmen nur die Sozial-
demokraten und die Mitglieder der Wohnungskommission.

In der auf Antrag Wendorff (Rp.) hierauf sofort
vorgeschlagenen dritten Lesung wird das Gesetz ein-
stimmig angenommen.

Den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, die Denkschrift
über die Rücklagen der Berufsvereinigungen, be-
antragt der Abg. Meyer-Gelle von der Tagesordnung ab-
zusehen.

Abg. Haase (Soz.)

widerspricht dem Antrag, der jedoch gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten und Fortschrittler angenommen wird.

Es folgt die

dritte Beratung der Besoldungsvorlage.

Reichschatzsekretär Kühn:

Wenn die jegige Vorlage scheitert, so wird die Vorlegung
eines neuen Besoldungsgesetzes voraussichtlich geraume Zeit
in Anspruch nehmen. Die Leidtragenden würden die in der jegigen
Vorlage bedachten Beamten sein. Schwerlich würden die Auf-
besserungen in der neuen Vorlage rückwirkende Kraft erhalten, da
schwerlich die Deckung mit rückwirkender Kraft ausgestattet sein
würde. (Heiterkeit.) Zur Heiterkeit liegt gar kein Grund vor. —
Was nun den Abänderungsantrag betrifft, den verschiedene Par-
teien dieses Hauses eingebracht haben, so hat die Regierung
keine materiellen Bedenken gegen ihn. (Hört! hört!)
Alle über diesen Antrag hinausgehenden Forderungen muß die
Reichsregierung aber ablehnen. (Hört! hört!)

Abg. Ebert (Soz.):

Die Erklärung des Reichschatzsekretärs kann in keiner
Weise uns zu einer Änderung unserer Stellungnahme ver-
anlassen. Die schöne Einmütigkeit des Reichstags, von der bei der
2. Lesung der Abg. Wasseremann sprach, ist durch den kom-
promissliberalen Kompromißantrag zerstört worden. Aus der
Kassare ist eine Chamade geworden. (Hört! hört! bei den
Sozialdemokraten.) Die armen Teufel im Dienst der
Reichsregierungen würden die Hauptleidtragenden der Annahme
des Kompromißantrages sein, während die höheren Eisenbahn-
beamten im Genuß ihrer Ausgleichszulage von 500 M. bleiben.
Das ist schon in der Kommission als ein

Sohn auf jede soziale Gerechtigkeit

bezeichnet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch
die Versprechungen, die der Kompromißantrag für die gehobenen
Unterbeamten enthält, sind in keiner Weise garantiert. Die Re-
gierung hat nachher so gut wie völlig freie Hand, und es ist zu
bedenken, dass sie sich alsdann nach der preussischen Besoldungs-
vorlage richten wird. Und dazu können und werden wir auf
keinen Fall die Hand bieten. (Lebhafte Zustimmung bei den
Sozialdemokraten.)

Wenn von anderen Parteien die Einmütigkeit des Reichstags
durchbrochen wird, so haben wir unsererseits keine Veranlassung,
uns an die Kommissionsbeschlüsse zu halten. (Hört! hört!) Wie
lassen uns auch keineswegs dadurch schrecken, dass der Reichschatz-
sekretär versucht, die armen Landbriefträger gegen uns
auszuspielen. Diese Schichten haben aus den Vorgängen von 1909
gelernt und wissen, wie aus zahlreichen uns zugegangenen Zu-
schriften hervorgeht, sehr wohl die Gründe zu beurteilen, die unsere
Haltung bestimmen. Uebrigens hat es der Reichstag in der Hand,
die Landbriefträger vor Schaden zu bewahren. Er braucht nur
bei der dritten Lesung des Etats einmalige Zulagen für sie ein-
zustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Angelegenheit hat auch eine sehr bedeutsame allgemei-
npolitische Seite. Es handelt sich hier auch darum, dass der Reichs-
tag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung anerkannt wird.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten aus allen
diesen Gründen an den Beschlüssen zweiter Lesung fest. (Leb-
hafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (L):

Die Verbündeten Regierungen versprechen den gehobenen
Unterbeamten Berücksichtigung ihrer Wünsche bis zum Jahre
1916; wenn aber der Reichstag dieses Versprechen im Gesetz fest-
legen will, so droht die Regierung, das ganze Gesetz scheitern zu
lassen. Wir machen da nicht mehr mit. Mag die Regierung,
wenn sie den Mut hat, daran die Vorlage scheitern lassen. (Leb-
hafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kühn:

Wir wollen nicht die gehobenen Unterbeamten befriedigen,
ohne zugleich die anderen Beamten zu berücksichtigen, deren An-
sprüche ebenso begründet sind. Darum sind und bleiben uns die
Kommissionsbeschlüsse unannehmbar.

Abg. Dr. Schiffer (natl.):

Die Kommissionsbeschlüsse sind besser als die Regierungs-
vorlage. Aber das Bessere ist der Feind des Guten. Wie man in
solcher Frage reiten muß, was zu retten ist, hat ja erst heute beim
Militärstrafgesetzbuch der Abg. Reichenbach glänzend auseinande-
gesetzt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Re-
gierung hat eine feste politisch-moralische Verpflichtung über-
nommen, und da brauchen wir keine Daumenschrauben mehr.
(Widerpruch und Unruhe.) Wir lehnen es ab, auf Kosten der
Unterbeamten den starken Mann zu spielen und fallen mit
gutem Gewissen um. (Bravo! bei den Kompromiß-
parteien.)

Abg. Dr. Midlin (L):

Das Benehmen der Regierung ist nicht schön. Die Beamten
werden aber bitter enttäuscht werden, wenn die ganze Vorlage
scheitert. Diese Erwägung veranlaßt mich, auf den Boden des
Kompromißantrags zu treten. — Weitere Ausführungen
des Redners werden durch stürmische Schlussrufe überdeckt. Als er
um 8 Uhr seine ca. 45minütigen Ausführungen schließt, erfolgen
brausende ironische Hochrufe.

Die Diskussion wird geschlossen.
Die Abstimmung über den entscheidenden § 1 des Kom-
promißantrages Schiffer-Payer-Westary bleibt zweifelhaft,
so daß ein Sammel sprung stattfinden muß.

Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung des An-
trags mit 182 gegen 149 Stimmen.

Hierauf wird in einfacher Abstimmung der § 1 der Re-
gierungsvorlage abgelehnt. Die Mehrheit besteht aus
den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Polen. Die Minde-
rheit aus den übrigen Parteien einschließlich der Welfen und
Elsässer.

Die übrigen Teile des Kompromißantrages werden als
gegenstandslos zurückgezogen, die Besoldungsnovelle ist gescheitert.
Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, aber die übrigen
Punkte der Tagesordnung werden nach lebhaften Geschäfts-
ordnungsdebatten abgesetzt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr. (3. Lesung des Kon-
kurrenzklauseleges, des Duellantrags, der Staats usw.)

Auf Antrag der Abg. Reumann-Doser (Rp.) und Haase (Soz.)
gegen die Stimmen der Rechten werden auch die Wahlprüfungen
auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluss: 8 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Montag, den 18. Mai 1914.

Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare, später v. Loebell,
Lenge, v. Trotzu Solz.

Die dritte Lesung des Etats.

Allgemeine Besprechung.

Abg. Dr. Pashute (Rp.)

beslagt das Fehlen einer führenden Hand hier sowohl wie am
Königsplatz und tabelt das geringe Entgegenkommen der Regierung

In der Frage der Reichswehr durch das ganze Land und für die ganze Dauer der Wahlperiode und fälscht die durch die späte Einberufung des Landtags verschuldete Ueberlassung der Abgeordneten. Unter Hinweis auf das schwere Opfer des Wehrbeitrages bekämpft er dann die Abstimmungsagitationen der Generale a. D. und a. U., sowie das Verlangen nach noch höheren Zuschüssen. Der Mittelstandslanal müsse fertiggestellt werden. Dann weist er die Wortführer wegen des Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie zurück, auch andere Parteien haben das getan. Die Konservativen mögen keinen Sozi leiden, aber ihre Stimmen nehmen sie gern! Zum Beweis für die Unabhängigkeit der Volkspartei von der Sozialdemokratie polemisiert dann der Redner scharf gegen die Sozialdemokratie, deren Kampf gegen die Volkspartei seinen Höhepunkt in dem Wortkampf gegen den verdienten Präsidenten Kaempf erreicht habe. Die Sozialdemokratie wolle das Vaterland wehrlos machen. Der Revisionismus, der nicht Umsturz, sondern friedliche Entwicklung zur Sozialisierung will, wird durch die Scharfmacherei der Konservativen in Norddeutschland umgebracht. Schließlich fordert Dr. Baehne die endliche Inangriffnahme der Wahlreform und die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts, wofür im Abgeordnetenhaus zweifellos eine Mehrheit vorhanden sei. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Febr. v. Jedlitz (fl.)

rechtfertigt den Preußenbund und den Wehrverein, die dem Ausland zeigen, daß wir uns vor niemand fürchten. Die Volkspartei hat umständlichen Mandatgenüssen drei Mandate der Sozialdemokratie ausliefert, sie treibt grundlossten Aufschub und Verrat. (Lärm links.) Eine Vorlage auf direktes und geheimes Wahlrecht würde in diesem Hause einen ersten Mißerfolg haben. Unser Wahlrecht muß zwar von den verhältnismäßig geringen Mängeln befreit werden, damit es gegen

ein minderwertiges Wahlrecht,

wie es das Reichstagswahlrecht für Preußen zweifellos sein würde, gefestigt wird, aber das preussische Wahlrecht muß auf dem Gewicht der einzelnen Stimmen beruhen und der Wahlreformplan muß erst völlig ausreifen.

Minister des Innern v. Loebell

gibt zunächst dem Abg. Dr. Baehne Auskunft auf seine angelegliche Frage über die Behandlung der Fremdenlegionverbrüder in Preußen. (Der Minister war zu Beginn der Rede Baehnes nicht anwesend und wird jetzt durch Zurufe der Linken auf seine falsche Information aufmerksam gemacht; er erwidert darauf: Mir ist berichtet worden, daß diese Frage aufgeworfen wurde und wie ich sie beantworte, müssen Sie mir überlassen! — Zur Wahlreformfrage)

Wahlreformfrage

erklärt er, darauf nicht ganz gefaßt gewesen zu sein, denn er sei erst neun Tage im Amt. Dr. Baehne fragt mich, ob ich die geheime und direkte Wahl vorschlagen wolle. Ich kenne Dr. Baehne seit langen Jahren als liebenswürdigen Herrn; da muß ich mir die Gegenfrage erlauben: Herr Dr. Baehne, wodurch habe ich das verdient? (Sehr gut!) rechts. — Erlaunte Zurufe links. — Abg. Dr. Baehne: Man hat doch ein Programm! Damit aber kein Zweifel und keine Mißdeutung möglich ist, will ich diese Frage heute mit Nein beantworten. (Hört! hört! und Unruhe links.) Das Vertrauen, als ob ich ein Minister für Wahlreform wäre, muß ich dankend ablehnen. Die Richtung der Politik in Preußen bestimmt der Ministerpräsident und das Staatsministerium. Der Ministerpräsident hat schon am 13. Januar erklärt, daß die Regierung eine Wahlreform vorlegen werde, sobald der Zeitpunkt geeignet erscheine. Darin ist keine Änderung eingetreten. Als aufmerksamer Beobachter habe ich in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, als ob das Wort Wahlreform eine gewisse Hypothese ausbiete. Auf einer Seite erwartet man von der Wahlreform den Anfang des demokratisch-parlamentarischen Paradieses. Es ist gut, diese Frage nüchtern und objektiv zu betrachten und ihrer Mystik zu entkleiden. Schon Fürst Bälou stellte fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und daß auch die geheime Wahl nicht in Aussicht gestellt werden könnte.

Es ist niemals beabsichtigt worden, eine Verstärkung des Einflusses der Massen, eine Demokratisierung des Wahlrechts vorzunehmen,

sondern der Einfluß des Mittelstandes in Stadt und Land soll gefördert und gehäuft werden. Der Minister schließt sich der Behauptung seines Vorgängers v. Dallwig an, daß die Regierung der Anknüpfung der Ehrenrede vollkommen gerecht geworden sei und schließt damit, daß er die aus seiner Abgeordnetenseit herührenden freundlichen Beziehungen zu allen bürgerlichen Parteien fortzuführen wünsche. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Um diese Rede heute hier zu hören, haben wir einen Ministerwechsel nötig gehabt! Das Auftreten des Ministers war so glänzend wie möglich. (Vizepräsident Dr. Vorsch ruft den Redner zur Ordnung.) Diese Ministerrede bewies wieder, daß ein preussischer Staatsmann nicht über den Parteien stehen kann, sondern daß er seine Aufgabe einfach darin erblickt, ein

Parteilänger der Konservativen

zu sein. Er war überrascht davon, daß Dr. Baehne die Wahlrechtsfrage anschnitt. Wie soll ich die Ueberrassigung kennzeichnen, die uns alle ergriff, als wir aus dem Munde des für die Wahlreform verantwortlichen Ministers hörten, er habe erwartet, daß bei der Staatsberatung die wichtigste und dringendste Frage der preussischen und deutschen inneren Politik nicht erwähnt werden würde! Wir sehen, daß der jetzige Minister nur eine andere Nummer trägt, im Wesen aber dasselbe ist wie Dallwig. Und fast wäre man versucht, zu rufen: „Dallwig lehre zurück, es ist Dir alles vergeben!“ Durch diesen Minister ist Dallwig überdallwig. (Heiterkeit links.) Das unumögliche Scheinende ist Ereignis geworden. Man hätte gedacht, es sei unmöglich, daß der neue Minister an dem hinterwäldnerisch-agrarischen Treiben des Wahlrechts festhalten würde. Wir sehen aber einen Minister, der darüber erschrocken ist, daß man ihm annimmt, heute schon überhaupt eine Ansicht über die preussische Wahlreform zu haben! Es gibt in Deutschland kein Kind von über zehn Jahren, das nicht bereits von der Wahlreform gehört hätte, jeder junge Mann, sobald er sich mit Politik befaßt, bemüht sich bereits, eine Auffassung über die preussische Wahlrechtsfrage zu finden — würde man von einem reiferen Mann und ganz besonders von dem für die Wahlreform verantwortlichen preussischen Minister erwarten können, daß er sich eine bestimmte Auffassung nicht bereits gebildet, sondern daß er keine Ahnung haben könnte über seine Stellung zur Wahlreform? Ist das noch wo anders möglich, als in Preußen?

Aber gleich nachdem sprach der Minister doch eine Auffassung aus — offenbar diejenige des Geheimrats, der ihm sein Manuskript gemacht hat, oder die des Herrn v. Dallwig. Wir haben uns ja bereits gewöhnt, China als das Land des Fortschritts anzusehen und

Preußen als das ärmlichste Land der ganzen Welt. (Unruhe rechts.) Aber das hatte man doch nicht erwartet, daß uns in der Rede des Ministers die versteinerten Geistesbläuen Dallwigs entgegenzutreten würden. Die Tatsache allein, daß der neue Minister auch die Frage, wie es mit dem direkten und geheimen Wahlrecht, mit der Einschränkung der Wirkungen des Besitzes auf die Verteilung in die Wählerklassen werden soll, mit einem glatten Nein geantwortet hat, hat ihn bereits als einen Unterworfenen der deutschen konservativen Wahlrechts- und Volksfeinde entlarvt. (Lärm rechts.) Wir traueten das voraus, denn die liberalen Kronprinzenerhoffnungen haben wir nicht geteilt. Im übrigen hat ja der Minister recht, wenn er sagt, daß nicht der preussische Minister die preussische Politik macht, sondern ganz andere Leute. Er will mir aufrichtig leid, aber offensichtlich fühlt er sich in dieser unwürdigen Stellung wohl, denn er hat sich mit Haut und Haaren den Konservativen verschrieben, in dieser Kasstraktion... (Stürmische Zustimmung rechts.)

Vizepräsident Dr. Vorsch

ruft den Redner zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Dr. Liebknecht

bemerkte, daß die Deutung, die seinen Worten offensichtlich gegeben werde, natürlich Mißverständnis ist und fährt fort: Der heidnische Octavio v. Jedlitz hat sich heute Dr. Baehne gegenüber als Vrediger der politischen Ehrlichkeit und Offenherzigkeit aufgetan. Wenn etwas dazu beitragen könnte, die Sozialdemokratie zu überzeugen, daß sie die Achse der ganzen deutschen Politik sei, so sind es die Ausführungen von den verschiedenen Seiten über die Sozialdemokratie. Mit vollem Recht zieht Dr. Baehne die Scheidelinie zwischen sich und uns. Wir würden es uns schon verbitten, mit der Volkspartei in einen Topf geworfen zu werden, da halten wir uns doch für ganz andere Kerle. Die Sozialdemokratie wird sich mit keiner Partei jemals verbünden, es handelt sich ja nur um das gelegentliche Vorgehen bei Stichwahlen. Und da ist es sehr unvorsichtig, der Volkspartei Vorwürfe zu machen, denn so fest wie der Dom zu Speyer, so fest steht die Tatsache des Wahlbündnisses des Zentrums mit den Sozialdemokraten und nach den jüngsten Erfahrungen in Württemberg und zahlreichen anderen Beispielen sollten auch die Konservativen sich nicht die Finger an der Frage der Stichwahlstil verbrennen! (Abg. v. Pappenheim bestreitet, daß Konservativen sich dieser Sünde schuldig gemacht haben.) Was nun Stendal anlangt, so kennen Sie gewiß alle den Wert sozialdemokratischer Stichwahlhilfe, aber davon, daß diese Herrn Bachhorst de Wente nur um seiner schönen Augen wegen gegeben würde, kann wahrheitsgemäß doch keine Rede sein. (Lachen rechts.) Wenn Herr Bachhorst unsere Unterstützung will, so wird er unsere Bedingungen unterzeichnen müssen und ein geheimnisvolles Lechtelrecht kann es da nicht geben, denn unsere Wähler wollen wissen, ob sie mit Recht oder Unrecht für ihn eintreten sollen.

Da ich die Aufmerksamkeit von der wichtigen Rede des Ministers nicht ablenken möchte, begnüge ich mich damit, Dr. Baehne zu erwidern, daß er doch wissen muß, daß die Sozialdemokratie von einer Schwächung der Wehrkraft des Vaterlandes durchaus nichts wissen will. Das von uns angestrebte Wehrsystem an Stelle des militaristischen besitzt nach unserer und nach der Auffassung maßgebender militärischer Autoritäten mindestens dieselbe Verteidigungskraft wie das gegebene militaristische System. Der

Friedenswille des französischen Volkes

gegenüber Deutschland ist bei den letzten Kammerwahlen in elementarer Weise zum Ausdruck gekommen. Das französische Volk will keine friedensstörenden Torheiten dulden, die gleiche Aufgabe haben wir. Die Aufnahme der Josephslegende von Richard Strauß und die des Kanakredners Prinz Max von Sachsen in Paris sind weitere Symptome für das Bedürfnis nach Solidarisierung der großen Kulturvölker und sie geben uns die allerbeste Zuversicht. Diejenigen, die längst mit Herrn v. Jagow im Reichstag konstatiert haben, daß unser Verhältnis zu Frankreich durch den Ausfall der französischen Wahlen sich günstiger gestaltet hat, haben eine tiefe Verbeugung vor dem internationalen Sozialismus gemacht und seine gewaltige Kraft zur Aufrechterhaltung des Friedens anerkannt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Baehne untercheidet zwischen „Radikalen“ und „Revisionisten“, wovon die letzteren statt des Umsturzes die ruhige Fortentwicklung bis zur Sozialisierung der Gesellschaft wollten. Indessen ist das der Gegensatz zwischen dem utopischen und dem wissenschaftlichen Sozialismus, der auf Grund des Studiums der historischen Entwicklung nicht an einen Umsturz, nicht an die Zertrümmerung vorhandener Werte, sondern an die innere Umgestaltung der Gesellschaft und die Reinführung von Werten der Menschheit denkt. Angesichts der Zunahme der Sozialdemokratie und der fortgesetzten Steigerung ihrer Macht haben die bürgerlichen Parteien und die Regierung nur den einzigen Gedanken, wie sie die Macht der Sozialdemokratie zerbrechen können. Schon die erste Lebensäußerung des jetzigen Reichszanlers war die Sammlungsparole:

„Ausbreiter aller Parteien, vereinigt Euch gegen die Sozialdemokratie!“

Der zunehmende Einfluß der Nationalliberalen, der Scharfmacherischen Geldgeber in der nationalliberalen Partei, läßt Jedlitz, Heydebrand und den vielgewandten Erzberger auf die Sammlung hoffen. Den Jungliberalen wird die Verpflichtung zum Selbstmord gelehrt — der Nationalliberalismus hat die Herrschaft und Führung führt den Nationalliberalismus unwiderleglich in den Sumpf hinein. Wir sind gefaßt auf die Sammlung der bürgerlichen Parteien aus Furcht vor der Sozialdemokratie, gegen sie und die selbständigen Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse. Da wundert uns die Rede des Ministers vor dieser Volksvertretung nicht. Hier ruht die gewaltige Macht der reaktionären Parteien, die außerdem noch die Verwaltung in der Hand haben und mit ihrer Hilfe alle Machtmittel des Staates zur Wiedererwerb des Volkes, wenn es nicht so will, wie Sie wollen, bereit hält. Sie schänden nicht nur auf die Wibel, nicht nur auf eine Allmacht im Jenenseits, sondern vor allem verlassen Sie sich auf die Realität der Bajonette, der Flinten und Kanonen. Sie rechnen darauf, die sozialdemokratischen Volksbefreiungsbestrebungen in einem Meer von Blut zu ertränken.

Wir vergessen die Aufforderung nicht, die Herr v. Heydebrand, als er über die unerträglichen sozialen Lasten klagte, auf unsere Frage, was denn sonst geschehen solle, an uns richtete: „Wenn Sie doch endlich Revolution machen würden!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war das unbezahlbare Eingeständnis, daß Ihre Macht nicht auf idealen Gütern, auf religiösen Prinzipien, auf dem Guten ruht, sondern daß Sie sich lieber an die Bajonette und Gewehre halten! Die Macht dieser Herren läßt eine solche Ministerrede wie die heutige erst möglich erscheinen und wir erkennen daraus, daß wir den Kampf um das Wahlrecht nicht gegen einen einzelnen Minister zu führen haben, sondern gegen die Macht der konservativen Partei hier und draußen und gegen das hinter ihr stehende Zentrum, das bei einer künftigen Wahlrechtsabstimmung genau wieder so seine Leute abkommandieren wird, wie beim letztenmal.

Mit der Verweigerung der Wahlreformvor schlägt die Regierung selbst der Lächerlichkeit ins Gesicht. (Sehr richtig! b. d. Soz., Lärm rechts.) Das Wahlrechtsversprechen des Königs soll mit dem einen gescheiterten Versuch erledigt sein. Wenn es sich um Zuchergasse, um Anhebung der Arbeiterklasse handelt — da sind Sie beharrlicher! Weisheit die Regierung die ernsthafte Absicht, ihr eigenes Programm durchzuführen, sie hätte Mittel und Wege genug. Aber sie hat nicht den Mut dazu, selbst nur das geringfügige Programm jener Ehrenrede auszuführen. Die Regierung will warten, bis die Konstellation in diesem Hause günstiger geworden ist, in diesem Hause, in dem die Parteien herrschen, die die Volksfeindlichkeit auf ihre Fahne geschrieben haben. (Lärm rechts.) Im Namen des preussischen und deutschen Volkes. Die Konservativen protestieren lärmend gegen die Worte „des deutschen Volkes.“ Auch das deutsche Volk außerhalb Preußens empfindet die hier herrschenden Zustände als unvertretbar und unmöglich, es ist nicht gewillt, die heutigen Zustände weiter zu ertragen (Lachen rechts) und eine Regierung zu ertragen, die den Bedürfnissen der Volkswohlfahrt und der Erweiterung der Volksrechte so wenig gerecht wird. Im Interesse des Deutschen Reiches kann dieser Zustand unmöglich fortbestehen. Das preussische Volk will sein Schicksal in die eigene Hand nehmen, es wird den Kampf aufnehmen für die Verdrängung Preußens, damit Deutschland endlich Deutschland sein kann und nicht mehr Preußen-Deutschland sein muß. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

beschwert sich ebenfalls über Unfreundlichkeiten der Regierung gegenüber dem Hause, fordert Steuererleichterung durch Hauptamtliche Steuerkommissare, verteidigt die schreibenden Generale und Admirale,

wenn sie sich in den richtigen Grenzen halten, wünscht an den Schusszöllern festzuhalten, auch an den Einfuhrzöllen und hält dem Zentrum und den Konservativen ihre Wahlabkommen mit Sozialdemokraten und Welfen vor. Eine maßvolle Wahlreform ist nötig. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ist das einzige, das die vorzügliche preussische Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt. Wollte hat die Müllabgabe abgelehnt. Dr. Liebknecht ist heute als Evolutionist aufgetreten, bisher rufen seine Reden nach Petroleum. Auch die Kränklichkeit der Sozialdemokratie wird vom deutschen Volke überwunden werden. (Beifall.)

Abg. v. Teampczynski (Pole)

fordert den endlichen Ausgleich der Schulklassen.

Abg. Graf Rolffe (fl.)

hofft, daß der neue Minister niemals den Beifall Liebknechts erwerben werde. Dr. Liebknecht hat nicht das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Die weitere Polemik des Redners gegen die Sozialdemokratie bleibt unverständlich.

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.)

richtet dem Minister seine Zufriedenheit mit seiner Wahlrechtsklärung aus. In der Haltung der Regierung kam ja in so kurzer Zeit eine Änderung nicht eingetreten sein. An dem letzten und festesten Ball gegen die Demokratie lassen wir nicht rütteln. Sie können lange warten, bis Sie diesen Widerstand besiegen.

Wir warten ab und haben die Hand am Schwerte. (Bravo! rechts.) Der Redner verdammt dann die Volkspartei wegen ihres Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie und verteidigt die anderen Parteien, die mindestens einen so festen Ball nicht geschlossen hätten. Er spricht dabei von dem angeblichen Abkommen im Dom zu Speyer. (Zurufe links: angebliche!) Ich bin nicht dabei gewesen. (Abg. Ad. Hoffmann: Das nächste Mal werden Sie eingeladen! — Stürmische Heiterkeit.) Das Zentrum ist eine selbständige Partei. (Zurufe links: und darf so etwas machen!). Nur vereinzelte Konservative haben sich vergangen und wir haben beschloffen, solche Leute auszuschließen. Der Fall in Württemberg liegt vor unserem Beschluß. Weiß Dr. Baehne nicht, daß die Sozialdemokratie die Revolution will? Für einen solchen Kampf gegen die Sozialdemokratie, daß man ihr Mandate verschafft, danken wir. Die Volkspartei hat einen Vorstoß gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft gemacht. Eine Realpolitik, die die eigne Partei zwischen rechts und links zerreiben läßt, verstehe ich nicht. Wir bedauern aber, daß eine Partei, die bessere Traditionen hatte, jetzt solche Wege geht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Herold (l.)

hat ebenfalls die verheerende Ablehnung des Fabelantrags unliebsam empfunden. Das Zentrum hat mit der Sozialdemokratie nie ein Stichwahlabkommen geschlossen. (Heiterkeit links.) Müller-Halpa schrieb an Bebel im Widerspruch mit der Fraktion. Nicht im Dom zu Speyer, sondern anderswo haben einzelne bayerische Abgeordnete, um eine Wahlformmehrheit zu sichern, ein Abkommen mit Sozialdemokraten geschlossen. Das Zentrum steht intakt da (Gelächter links), die Volkspartei aber nicht. Der Redner ruf dann zur Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie auf, lehnt als praktischer Politiker das Reichstagswahlrecht für Preußen ab, wünscht aber das geheime, Hoffentlich wahrer der Minister Parität bei der Besetzung der Beamtenstellen. (Beifall im Zentrum.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Rugdan (Wp.):

Jetzt haben Sie bewiesen, daß Ihre Angriffe auf uns in sich zusammenfallen. (Lärm rechts. — Beifall links.)

Abg. Dr. Baehne (Wp.):

weist es zurück, daß Abg. v. Heydebrand ihm nachgesagt hat, er hätte behauptet, die Sozialdemokratie diene dem Frieden im Wirtschaftsleben, während er gerade im Gegenteil dies bestritten und nur erwähnt hat, daß die Sozialdemokratie im Sinn des internationalen Friedens wirke.

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist eine beispiellose Unrührlichkeit, und das Wort abzuschneiden, nachdem alle Redner sich gegen uns gewandt haben. Ich bin nun verhindert, die Ausführungen Herolds als Ausflüchte nachzuweisen an der Hand der Wahlabkommen Müller-Halpa, Saueremann, v. Weitzinger, Gronowski und zahlloser anderer. Durch den Schlußantrag ist es mir auch unmöglich gemacht, dem Abg. v. Heydebrand nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie schon viel früher ein Verbot, für die Konservativen zu stimmen, erlassen hat, als umgekehrt seine Partei gegen uns. Der Debattenklub richtet sich gegen die von allen Seiten angegriffene Partei mit der stärksten Wählerzahl, während die Partei mit den wenigsten Wählern zwei Redner hatte. (Sehr wahr! links.) So wird in der für Deutschland und Preußen wichtigsten Frage hier vorgegangen! Wir sitzen manchmal bis 7 Uhr abends hier, heute aber muß um 4 Uhr Schluss sein, weil Sie eine Flugmotorenfabrik besichtigen wollen. Die 20 Autos, die dafür schon bereitliegen, können warten — das preussische Volk aber kann auf das Wahlrecht keine Stunde länger warten. (Lachen rechts.) In einem geradezu historischen Tag haben Sie das Recht des Volkes niedergedrückt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Höhnischer Beifall rechts.)

Abg. v. Pappenheim (l.)

behaupet, daß den Sozialdemokraten gegenüber die Redefreiheit in der lokalsten Weise gehandhabt werde. Hier kommt es nicht auf die Wählerzahl, sondern nur auf die Fraktionsstärke an. (Beifall rechts.)

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Ohne Rücksicht auf das, was die kommenden Redner sagen würden, haben Sie schon um 3 Uhr festgesetzt, daß um 4 Uhr geschlossen wird. So wird in diesem Hause vorgegangen, in dem 20 Personen Gesehe machen können, weil sich die Verschlussfähigkeit nur bei einer namentlichen Abstimmung konstatieren läßt, die von 50 Mitgliedern beantragt sein muß.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

bedauert, daß dem Abg. Ströbel die Gelegenheit abgeschnitten ist, die Behauptung des Grafen Rolffe, Liebknecht sei ein blutiger Revolutionär, und die Dr. Friedbergs, Liebknecht sei ein ganz gemüthlicher Evolutionist, einander gegenüberzustellen. Vielleicht gibt sich ein andermal die Gelegenheit, den Herren eine Spur von Verständnis für das Wesen der Sozialdemokratie beizubringen. Herr v. Heydebrand, der von der Hand am Schwerte sprach, sieht vorläufig in der Angst vor der Sozialdemokratie mit der Hand am — Schlußantrag da.

Abg. Haenisch (Soz.)

bemerkte gegenüber Dr. Baehne, stets auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie gestanden zu haben.

Dienstag, 11 Uhr: Einzelberatung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Internationale Sozialistenkongress.

Wien, 15. Mai.

Am Donnerstag abend fand im großen Saal des Favoritener Arbeiterheims eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensmänner Wiens statt, welche sich mit den Vorbereitungen zum Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress beschäftigten. Die Versammlung

wurde vom Genossen Abgeordneten Dreifschneider eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden Heinrich Beer und Pöjger gewählt. Genosse Dr. Viktor Adler gab einen historischen Rückblick, in dem er ausführlich das Werden und Wirken der alten Internationale, ihre Erfolge und Kämpfe schilderte. Die neue Internationale, deren fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum in diesem Jahre wir begehen, werden wir Ende August in Wien begrüßen können. Daß der Empfang sowohl der Internationale als auch dem österreichischen Proletariat würdig sei, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben.

Für das vorbereitende Komitee erstattete Friedrich Adler das Referat. Er berichtete über die Schwierigkeiten der Lokalfrage. Trotzdem der Kongreß im großen Musikvereinsaal, der zu den größten Sälen Wiens zählt, seine Sitzungen abhalten wird, ist es doch nicht möglich, dem Wunsche aller der Genossen, die als Gäste am Kongreß teilzunehmen wünschen, zu entsprechen. Es ist daher eine Reihe von Veranstaltungen in den Kongreßtagen in Aussicht genommen, welche die Delegierten der Internationale mit den Wiener Arbeitern in Verbindung bringen sollen. Zum Empfang der Internationale wird ein großer Demonstrationzug der Wiener Arbeiterschaft veranstaltet, an den sich Massenversammlungen anschließen, in denen die bedeutendsten Vertreter der sozialistischen Internationale das Wort ergreifen werden. Außerdem sind in der Kongreßwoche eine Reihe Volksversammlungen geplant. Ferner soll ein Wiener Volksfest zu Ehren der Delegierten gegeben werden. Die Arbeiterfängervereine Wiens werden die fremden Gäste mit einer Probe ihrer Kunst in einem großen Konzert erfreuen. Unsere Genossen „Kulturfreunde“ werden dem Kongreßkomitee behilflich sein, um den Delegierten nach dem Abschluß des Kongresses die landschaftlichen Schönheiten der Umgebung Wiens zu zeigen.

Es ist somit eine Reihe von Vorbereitungen im Gange welche sowohl der politischen Demonstration dienen sollen, als andererseits auch für einen möglichst angenehmen Aufenthalt der Delegierten Sorge tragen werden.

Nach der Erstattung dieses Berichtes sprachen noch Abgeordneter Domes für die Gewerkschaften und Abgeordneter Winarsky für die politische Organisation Wiens. Winarsky teilte der Vertrauensmännerversammlung mit, daß der Stadtrat die Ueberlassung der Festhalle des Rathhauses für die Kongreßveranstaltungen verweigert hat. Für die Frauenorganisation sprach die Genossin Pöschel, die auf die Bedeutung der internationalen Frauenkonferenz, die vor dem Kongreß stattfindet, hinwies.

Nach einem Schlußwort Viktor Adlers wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensmänner Wiens vom 14. Mai nimmt den Bericht über die Vorarbeiten über den Internationalen Sozialistenkongreß in Wien zur Kenntnis, bestätigt das vom Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und dem Wiener Vorstand eingeleitete Kongreßkomitee als definitiv, ist einverstanden mit der in Aussicht genommenen Aufstellung der Kongreßkosten auf die Reichspartei, die freien Organisationen der Gewerkschaften und die Organisation Wien und erklärt, daß die Arbeiter Wiens alle Kraft einsetzen werden, um den Empfang der Gäste aus der Internationale zu erhebender Kundgebung der sozialistischen Solidarität zu gestalten.

Es wurden eine Anzahl Komitees eingesetzt.

Alle Zuschriften

in Kongreßangelegenheiten sind an folgende Adresse zu richten: Kongreßkomitee, Wien, V. Rechte Wiengasse Nr. 97.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Kreiswahlverein Greifswald-Ost um 11 Uhr am Sonntag, den 17. Mai, seine Kreisgeneralversammlung in Greifswald ab, zu der Delegierte aus den sechs größeren Orten des Kreises erschienen waren. Es wurde ein Antrag Wolgast angenommen, den Vorort des Wahlkreises von Wolgast nach Greifswald zu verlegen, weil von dort aus eine bessere und bequemere Agitation im Wahlkreis betrieben werden kann. Ferner wurde der Zuschuß für die Bildungsausschüsse von 5 auf 8 Proz. der Einnahmen erhöht. Den größten Raum der Tagung nahm die Besprechung über die bessere Ausgestaltung und Verbreitung des Parteiorgans ein. Gebildet wurde eine viergliedrige Kommission, die mit der Kommission des Wahlkreises Stralsund-Franzburg-Rügen die einleitenden Schritte zur Herausgabe einer Parteizeitung für Vorpommern unternehmen soll.

Der sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise München I und II konnte im Berichtsjahre 1913/14 trotz der wirtschaftlichen Krise eine Mitgliederzunahme von 163 buchen.

Der Mitgliederstand beträgt gegenwärtig 18 348, und zwar 16 200 männliche und 2148 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen 66 371,20 M. Die „Rote Woche“ zeitigte ein zufriedenstellendes Resultat, es wurden 1603 neue Mitglieder für die Partei und 3887 neue Abonnenten für die Parteipresse gewonnen. Der glänzende Verlauf der Frauentage 1913 und 1914 bewies, daß die Frauen selbst beginnen, an dem Befreiungskampfe des Proletariats wirksam mitzuarbeiten. Mit Befriedigung konstatiert der Bericht die Entwicklung der Jugendsektion (18-33jährige). Am 1. Januar 1914 konnte das 25jährige Gründungsjubiläum des Sozialdemokratischen Wahlvereins München begangen werden.

Ein neuer Kämpfer.

Am russischen 1. Mai hat die Petersburger Gerichtskammer laut provisorischen Beschluß die Herausgabe der „Nordischen Arbeiterzeitung“, des Organs des durch das Organisationskomitee vereinigten Teiles der Sozialdemokratie Rußlands, inhibiert. Aber schon am folgenden Tage erschien als Nachfolgerin des unterdrückten Blattes „Unsere Arbeiterzeitung“, die mit frischem Mut für die gefallene Vorgängerin in die Bresche tritt.

Die erste Nummer des neuen Blattes bringt an ihrer Spitze folgenden „Retrospekt“ zum Tode seines Vorgängers: Von 68 Nummern der „Nordischen Arbeiterzeitung“ wurden 18 konfisziert, wobei die Redakteure jedesmal zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurden. 9 Nummern wurden mit einer Strafe von 4200 Rubel oder 25 1/2 Monaten Gefängnis belegt. Jede erschienene Nummer kostete also dem verantwortlichen Redakteur 1 1/2 Tage Gefängnis. Insgesamt verfielen 27 Nummern oder 40 Proz. aller erschienenen Nummern den behördlichen Verfügungen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wieder eine staatsgefährliche rote Kranschnleife.

Ein Genosse in Lehe wurde, weil er bei einer Verurteilung das Tragen eines mit roter Schleife versehenen Kranzes geduldet hatte, als „Veranstalter eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges“ zur Verantwortung gezogen. Das Leher Schöffengericht verurteilte den Genossen zu 10 M. Geldstrafe.

Das Verbot der Konfirmandenfeiern für ungesetzlich erklärt.

Die Bezirksschulinspektion in Zittau, der dortige Stadtrat und die Amtshauptmannschaft hatte in einer Verordnung vom 28. März d. J. die Veranstaltung von Konfirmandenfeiern verboten. Die Bezirksschulinspektion stützte sich auf § 5 des sächsischen Volksschulgesetzes und drohte mit 60 M. Geldstrafe, und die beiden mitunterzeichneten Behörden setzten diese Strafe auf 150 M. fest. Tatsächlich fand am 29. März in Seiffenmerzdorf i. Sa. eine Feier für die Schulentlassenen statt. Daraufhin wurden einige Genossen mit Strafmandaten bis zu 30 M. bedroht, gegen welche sie richterliche Entscheidung anriefen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Großschönau stützte sich der Verteidiger im wesentlichen darauf, daß die in Frage kommende Verordnung dem Reichsvereinsgesetz zuwiderlaufe. Die Veranstaltung sei vom Gewerkschaftskartell getroffen worden. Man neige ja dazu, solche Veranstaltungen als politisch zu beurteilen. Es liege aber bis jetzt noch kein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts vor, monach die Gewerkschaften für politisch erklärt würden. Das Gericht trat dieser Auffassung bei. Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil die Verordnung dem Vereinsgesetz widersprache.

Soziales.

Das Land der Strafen.

Der im Februar veröffentlichten Zusammenstellung über die Zahl der Strafgefangenen in den dem preussischen Justizminister unterstehenden Gefängnissen läßt der „Reichsanzeiger“ (Nr. 110) nun die Angaben über Zu- und Abgang von Insassen der dem Ministerium des Innern in Preußen unterstehenden Zuchthäuser und größeren Gefängnisse folgen. Dabei wird die stetige relative Verminderung der Kriminalitätsziffer stark betont. Seit 1902 ist die Zahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten „also auch absolut erheblich gesunken, von 278 448 im Jahre 1902 auf 259 037 im Jahre 1910 und 238 337 im Jahre 1911. Am stärksten zeigt sich die Abnahme bei den Verurteilungen zu Zuchthaus, die von 13 417 mit einer Kriminalitätsziffer von 42,3 im Jahre 1882 auf 7654 mit einer Kriminalitätsziffer von 10,6 im Jahre 1911 oder um 60,8 Proz. gesunken ist.“ Trotzdem und allem: die Zahl aller Verurteilten ist absonderlich groß. Tiefhin bemerkt der „Reichsanzeiger“: „Zunehmend ist nach einer sehr sorgfältigen statistischen Erhebung des Geheimen Regierungsrats Dr. Finkelnburg im Deutschen Reich jede 6. männliche und jede 25. weibliche Person wegen Verbrechens oder Vergehens gegen Reichsgesetze bestraft. Die Verurteilungen wegen Uebertretung und Verletzung der landesrechtlichen Strafgesetze sind hierbei außer Betracht gelassen.“ Ueber die Ursachen des Straferechts wird nichts verraten. Dagegen werden wir gründlich darüber aufgeklärt, welche Ursachen der Rückgang der Kriminalitätsziffer zugeschrieben werden können. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß im Hochkonjunkturjahr 1907 die wenigsten Verurteilungen zu Zuchthausstrafen erfolgt seien. Dann heißt es weiter: „Wieweil zur Abnahme der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Berichtsjahre, wieweil dazu eine Steigerung des Rechtsgefühls in den breiten Schichten des Volks oder der gegen Freiheitsstrafen gerichtete Angriff der neuen Strafrechtsschule beigetragen hat, mag dahingestellt sein.“ Es weist zu lächerlich, als daß man sich empören könnte, wenn der „Reichsanzeiger“ dem Rechtsgefühl des Volkes eine Zensur erteilt, während die Rechtsprechung das Rechtsgefühl des Volkes Tag für Tag von neuem beleidigt. Tausende von Verurteilungen stehen mit dem Rechtsgefühl in schreiendem Widerspruch, sie sind der Ausdruck einer Klassenjustiz, die oft genug auch das formale Recht ungewidertigt verweigert. Fast müde es an, als wollte der „Reichsanzeiger“ sich selbst und die deutsche Strafpraxis verulken, indem er folgendes Bild entwirft:

„In den dem Ministerium des Innern unterstehenden Gefängnissen findet sich ein buntes Gemisch von Menschen zusammen: vorwiegend mit längerer Gefängnisstrafe Belegte, daneben zu einfacher oder gehäufter Haft Verurteilte, Polizeigefangene, Untersuchungsgesangene, auf Transport Befindliche und hin und wieder auch ein Schuldgefangener. Noch bunter erscheint das Gemisch, wenn man ihre soziale Stellung betrachtet. Da ist der alte im Verbrechen Ergaunte, dem nur wenige im Strafgesetzbuch verbundene Handlungen fremd sind, der die ganze Skala der Strafen, abgesehen von der Festungshaft, durchlaufen hat, der nach verlebten Zuchthaus- und Gefängnisstrafen wieder ins Gefängnis verschlagen ist; der erstmals bestrafte Körperverlezer und der gewohnheitsmäßige Rowdy, der Hochstapler und der Pöhlender, der Bettler und der Betrüger, der Hunderttausende unterdrückt und vergebelt hat, der Zuhälter und der kleine Dieb, die Dirne und das Dienstmädchen, das im Kleide seiner Herrin zum Tanze gegangen ist, die Kupplerin und die Witwe, die für ihren Jungen, der hinter die Schule gelassen ist, eine Strafe abgeben muß. Ebenso bunt ist die Gesellschaft der Untersuchungsgefangenen.“

Es ist zweifellos die Krone der Strafpraxis, eine arme Mutter ins Gefängnis zu stecken, weil ihr Kind, den zu beaufsichtigen, die Frau der Erwerbsarbeit nicht gestattet, die Schule schwänzte. Und wie schön macht sich die Verbindung von Hochstapler, Pöhlender und Bettler! Und weiter die von Dienstmädchen und Dirne! — Die Gesamtzahl der in den Gefängnissen der Verwaltung des Inneren Verwahrten betrug am Anfang des Berichtsjahres 1912/13 9771 männliche und 970 weibliche, am Schlusse 9835 männliche und 986 weibliche Gefangene. Die Zahl der Zuchthausgefangenen stieg um 154 auf 4398. Der tägliche Durchschnittsbestand in sämtlichen Strafanstalten betrug im Jahre 1911/12 21 383, darunter 1839 weibliche Personen, 1912/13 21 927, darunter 1788 weibliche Personen. Wenn die offizielle Jugendberziehung in der sogenannten Jugendwehr erst ihre Früchte zeigt, dann hebt sich die Frequenz vielleicht. Anzeichen dafür sind schon vorhanden. Und die Gefängnisse mühten andauernderbesten, wollte man alle offiziell gemachten und ausgehaltenen Epizyklen und verbrecherischen Streiftreiber hineinpfachen.

Aus aller Welt.

Irrefahrten auf hoher See.

Wie ein Telegramm aus Montreal meldet, sind nach vierzehntägigem Umherirren auf hoher See noch einige Leute des am 3. Mai verbrannten Dampfers „Columbian“ gerettet worden. Eine drablose Nachricht des Ritters „Seneca“ meldet, daß er das dritte Boot des Dampfers aufgefunden habe. Fünf Mann der Besatzung seien noch am Leben. Elf Mann hätten den Tod durch Erfrieren erlitten und seien ins Meer geworfen worden. Die Ueberlebenden sind der erste Offizier, drei Matrosen und ein Heizer. Das Boot wurde in der Nähe der Küste von Neuschottland unter 43 Grad 25 Min. nördlicher Breite und 59 Grad 30 Min. westlicher Länge gesichtet. Die Ueberlebenden waren geistig und körperlich völlig erschöpft.

Rechnliche Strapazen hatte die Mannschaft des Dampfers „Cairnhill“ zu überstehen. Der Dampfer, der sich auf der Fahrt von Rauru und Sidney nach Suez befand, stieß am 31. März bei Neuland den Grund einer Welle. Die Mannschaft blieb acht Tage auf dem Schiff. Als man keinem anderen Schiff begegnete, verließen 15 Weiße und 19 Chinesen das Schiff im offenen Boot und erreichten nach vielen Strapazen Rabaul im Bismarckarchipel. Die australische Regierung wurde ersucht, ein Kriegsschiff auf die Suche nach der „Cairnhill“ auszusenden, auf der sich noch der Kapitän und vier andere Offiziere befinden, die das Schiff nicht hatten verlassen wollen.

Raubmord in Hamburg.

Ein Raubverbrechen wird aus Hamburg gemeldet. In der Gastwirtschaft von Zendrieh in der Michaelisstraße wurde heute mittag das sechzehnjährige polnische Dienstmädchen Stanislawka Babach aus Schulan an der Elbe mit einer Stichwunde, die mit einem Schlachtmesser beigebracht ist, ermordet aufgefunden. Wie die hinterlassenen Spuren ergeben, hat zweifellos ein Kampf stattgefunden. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Raubmord; es war bekannt, daß das Mädchen bis Mittag stets allein war. In der Wirtschaft verkehrten hauptsächlich Russen, Galizier und Polen.

Automobilkatastrophen.

In der Nacht zum Sonntag fuhr auf der Köpferhöhe bei Burg der Chauffeur Hofmeister aus Burg mit einem geliehenen Automobil auf der Fahrt nach Magdeburg gegen einen Baum und wurde lebensgefährlich verletzt. Von den übrigen Insassen erlitt der Artillerist Rood Schnittwunden im Gesicht und an den Händen, während zwei Sergeanten des Magdeburger Artillerieregiments mit leichten Verletzungen davonkamen.

Auf der Laugzargener Chauffee bei Tilsit geriet Sonntag abend ein Kraftwagen beim Ausweichen vor einem Radfahrer in den Chauffeegraben und überschlug sich zweimal. Von den Insassen wurde eine Frau Klein getötet, ein Monteur lebensgefährlich und die drei Kinder des Ehepaars Klein teilweise leicht verletzt. Klein selbst blieb unverletzt.

Touristendrama in den italienischen Alpen.

Ein tragisches Unglück hat sich am Sonntag bei der Besteigung des Grigna ereignet. Vier junge Leute aus Mailand hatten ohne Führer die Besteigung des Berges unternommen. Drei von ihnen, die mit Seilen aneinander gebunden waren, stürzten eine 200 Meter tiefe Schlucht hinab und wurden unten zerstückelt. Die Opfer sind der Ingenieur Rizza, der Student Venturoli und der Bergmeister Debecchi. Der vierte Teilnehmer, ein Ingenieur Fasana, konnte ihre Leichen nur mit größter Mühe erreichen und dann absteigen, um eine Expedition zur Bergung der Verunglückten herbeizuholen.

Wenn junge Leute lieben . . .

In Lexington im Staate Kentucky spielte sich am Sonntag ein Liebesdrama auf offener Straße ab. Zwei 17jährige junge Leute, die in eine hübsche junge Dame verliebt waren, standen seit längerer Zeit auf dem Kriegsfuß, weil jeder den anderen von der Angetrauten bevorzugt glaubte. Gestern nun fand ihr Liebeskrieg einen blutigen Abschluß, als sie beide auf der Straße ihrer Erwählten begegneten. Sie gerieten in einen Wortwechsel, der schließlich in Tüftlichkeiten ausartete. Beide zogen ihre Revolver und feuerten in blinder Wut aufeinander los, bis sie beide tödlich verletzt die Straße bedeckten. Die betreffende Dame selbst hatte vormid keine Ahnung, daß es so um die beiden Jünglinge stand. Das Traurigste an dem blutigen Drama aber ist, daß die Frau, um derenwillen das Blut zweier Menschen floß — verheiratet war.

Kleine Notizen.

Wahnsinnstöt einer Mutter. In Gossau (Kanton St. Gallen) hat eine jüngere Frau im Bahnhause ihre drei Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren ertränkt.

Ein gestörter Fallschirmabsturz. Auf dem französischen Flugfelde von Rebers unternahm Frau Capat de Castella einen gelungenen Versuch mit einem von ihrem Gatten erfundenen neuartigen Fallschirm, mit dem sie aus einer Höhe von 800 Meter von einem Doppeldecker absprang und nach einigen Sekunden wohlbehalten landete.

Schwerer Unfall in einem französischen Steinbruch. In einem Steinbruch zwischen Tardre und Lyon wurden durch einen herabstürzenden Felsblock drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Verunglück in Frankreich. Bei Rennes kenterte auf dem Ganceflus ein mit sieben Artilleristen besetztes Boot. Zwei der Insassen ertranken.

Ein Fischerboot vom Dampfer überrennt. Im Armeekanal wurde in der Nacht zum Montag ein französisches Fischerboot von einem unbedachten Dampfer überrennt und sank. Von der Besatzung wurden vier Mann vermisst.

Ein betrügerischer Millionär. Wie aus New York gemeldet wird, ist der amerikanische Nargarinekönig John Felle nach längerer Verhandlung von der Strafkammer in Chicago wegen Falschhinterziehung und falscher Steuererklärung zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von einer halben Million verurteilt worden.

Gr. Maifest der „Gottlosen“

am Donnerstag, den 21. Mai, nachm. 3 Uhr, in den Räumen der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 13-23.

Eintrittspreis 30 Pf.

vielleicht nie zur Entbedung gekommen, wenn nicht der Zufall zu Hilfe gekommen wäre. Der Junge war von seiner Mutter ausgehört worden, Mehl zu holen und hatte ein größeres Geldstück mitbekommen. Als er das übrige Geld ablieferte, sah die Mutter, daß er eine Mark abfiel hatte, und in die Enge getrieben, gestand der Junge ein, woher das Geld stammte. Frau S. benachrichtigte sofort die Polizei, die den gefährlichen Jugendverführer dann in seiner Wohnung verhaftete. — Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Erbengut.

In die Geschäftspraktiken der Bau- und Hypothekenschwinder leuchtete eine Verhandlung hinein, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gesse die 2. Strafkammer des Landgerichts III befaßigte.

Wegen Betruges war der Staatsmeister Hermann Herzberg angeklagt. — Der Angeklagte, der mehrfach verurteilt ist, unter anderem hat er auch schon eine mehrjährige Justizstrafe hinter sich, ist Eigentümer eines Grundstücks in der Hofstraße in Charlottenburg, welches durch eine erstellte Hypothek schon ziemlich hoch belastet war. Als er im vergangenen Jahre in Geldbedürfnis geriet, suchte er eine zweite Hypothek aufzunehmen. Bei der augenblicklichen, überaus schwierigen Lage des Hypothekemarktes gelang es ihm nicht, einen Geldgeber aufzutreiben. Bei den Verjuden, eine zweite Hypothek zu erlangen, wurde er auch mit Leuten bekannt, die man mit dem Namen „Schieber“ bezeichnet. Offenbar von diesen beeinflusst, kam Herzberg auf den Gedanken, sich mit Hilfe eines Schwindlers in den Besitz der Hypothekensumme

zu setzen. Er fertigte eine unrichtige Aufstellung der Mietrückstände an und gab auch verschiedene Dinge über Belastung usw. an, die sich später als falsch erwiesen. Es gelang ihm nun auch, von einem Kaufmann K. eine Summe von 45 000 M. zu erlangen, für die eine zweite Hypothek eingetragen wurde. Später stellte es sich heraus, daß das Grundstück bis über den Schornstein belastet und die zweite Hypothek deshalb so gut wie wertlos war. — Das Gericht beurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu sechs Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachhaken und eine Post als Dienstzeichen beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Absonderungskategorie beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

— **J. R. 34.** 1. Kein. 2. Ein Antrag wäre bei dem Gemeindevorstand — in Evidenz beim Magistrat — einzubringen. 3. Daran ist uns nichts bekannt. — **J. H. 73.** 1. u. 2. Ja. — **Gerechtigkeits.** Sie haben einen Erbanspruch nach österreichischem Recht. Wir stellen anheim, sich mit der Wiener „Arbeiterzeitung“ in Verbindung zu setzen. — **Bayer, Fulda.** Sie können bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission in Schöneberg Erlass der Steuer für das Quartal Januar bis einschließlich März 1914 beantragen. — **W. R. 31.** Der Pächter kann die Kaufe ablehnen. Besteht er die Kaufe, so haben Sie eine Steuerpflicht nicht. — **W. G. 103.** Zu erfahren beim ersten Vorsitzenden Max Seifheim, Berlin, Raunowstr. 2, **St. Nr. 100, Weierstraße.** Auch die im Auslande lebende Partei hat das Berufsrecht. Die Berufsfrist beträgt einen Monat, von der

Zufassung des Urteils ab gerechnet. Das Urteil wird dem Antragssteller zugestellt; falls ein solcher nicht bestellt, der Partei direkt. — Ob eine Beratung Aussicht auf Erfolg hat oder nicht, läßt sich ohne Kenntnis des erstinstanzlichen Urteils nicht sagen. — **M. M. 10.** Ja. — **1001.** 1. Nein. 2. Ueberfällig, da an den Haushaltungsgegenständen die Verwandten ein Erbrecht nicht haben. 3. Die Verwandten der Frau würden für den Fall, daß diese kinderlos verstorben, die Hälfte zu beanspruchen haben. 4. Die Verwandten des Mannes würden, wenn dieser verstorben, von dem hier genannten Betrage ebenfalls die Hälfte verlangen können. 5. Wenn es sich um Haushaltungsgegenstände handelt, nein. Sonstige Nachlassgegenstände gehen ebenfalls für den Fall der Kinderlosigkeit zur Hälfte an die Verwandten des verstorbenen Teils, wenn dieser die Sachen angeerbt hat. Handelt es sich um Kleidungsstücke, Leibwäsche und Schmuckgegenstände der Frau und stirbt diese vor dem Mann, so haben auch die Verwandten der Frau diese Gegenstände je zur Hälfte zu beanspruchen. 6. Nur durch letztwillige Verfügung, falls diese kein Kolat oder Gericht errichtet wird, entziehen Kosten, deren Höhe sich nach der Höhe des Objekts richtet. Ein Testament kann auch durch eigenhändige mit Druckbezeichnung, Datum und Unterschrift verfertigte Niederschrift errichtet werden. — **M. V. 36.** Fordern Sie den Schuldner nochmals unter Zeichnung einer Frist zur Einlösung auf unter der Drohung, daß nach Ablauf der Frist eine Versteigerung erfolgt. Versteht die Frist erfolglos, so können Sie alsdann bei der Verteilungsstelle des Amtsgerichts die Versteigerung veranlassen. — **S. Z. 48.** 1. u. 2. Unrechtes Erbschafts hat der Beamte pflichtwidrig gehandelt. Es kann bei dem Polizeipräsidenten Beschwerde geltend gemacht werden. 3. Der Drohkostenpflichtige kann von dem Kostengeld Zahlung verlangen. Dieser hat einen Erbschaftsanspruch nur an den Transportierern. — **R. 34.** 1. und 2. Nein. — **101.** Deutscher Metallarbeiterverband, Luisenstraße 33/35. — **Berta 10.** Auf der Redaktion sind die Abkommen nicht veröffentlicht. Brieflich erfahren Sie die Adresse beim Expediteur Schmidt, Müllerstraße 34 a. Falls dort nicht bekannt, möchten Sie sich an das Wohnverwaltungsamt (Polizeipräsident), Alexanderplatz, unter Angabe der Personaten wenden. — **Schimmelpfennig.** 1. Hat sehr geringen Nährwert. 2. Ohne mir etwas zu sagen. 3. Das versichere ich Dir.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz leuchtend süßen Santa Lucia Stärkungs-Rotwein u. 2. Nachahmung bitte zurückzuweisen. Fl. 1.50 Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Todes-Anzeigen
Sonnenabend 12 1/2 Uhr verschied nach kurzem Leiden mein lieber Mann, treuer Gatte, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel
Friedrich Krüger
im 53. Lebensjahre.
Die Leiche liegt im Hause
Marie Krüger nebst Kindern,
Sorauner Str. 18.
Beerdigung: Mittwoch, den 20. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in Friedrichshagen aus. 10021

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 16. Mai verstarb unsere Parteigenossin
Gertrud Prillwitz
Kottbuser Damm 100, 1. Bezirk.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Karl Hetzel
lagen wir allen Beteiligten, dem Wahlverein und dem Deutschen Holzarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.
Bere. Berta Hetzel und Kinder.
Herzlichen Dank
Lagen wir allen für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen, insbesondere dem Wahlverein Neukölln, dem Holzarbeiterverband, der Arbeiterjugend, den Mitarbeiterinnen und Kollegen der A.G.W. Abt. Feine Drahtzug. 804
Die trauernde Witwe
Anna Heinrich.
Familie **Wilhelm Guddat.**
Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuss werden hiermit zu der am
Dienstag, den 26. Mai 1914,
abends 8 1/2 Uhr,
im Restaurant **Albrechtshof,**
Kilbuckstraße 1a hier,
stattfindenden
Ausschussung
eingeladen.
Tagesordnung:
1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.
2. Abnahme der Rechnung des Jahres 1913.
3. Satzungsänderung betr. Ermäßigung der Beiträge für Dienstboten auf 3/4 vom Hundert des Grundlohns. 274/4
4. Verschiedenes.
Berlin-Steglitz, den 18. Mai 1914.
Der Vorstand,
Emil Schulte, Vorsitzender.

Leichte Sommer-Kleidung



Wash-Joppen 90 Pf.
Lüster-Jacketts 3.—
Pikee-Westen 2.25
Knab.-Wash-Anzüge von 80 Pf. an
Knab.-Wash-Hosen von 30 Pf. an

BAER SOHN
Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 Berlin Gegr. 1891 11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10.
Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenfrei

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.
Köpenicker Viertel, Bez. 191 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Friedrich Krüger
Sorauner Str. 18
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
V. a. G. Hamburg.
Hilke Dammshulweg.
Am 16. d. Mts. verstarb unser Mitglied
Max Doering.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Riefholzstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Emil Panten
früher Heidenfeldstr. 11 (Bezirk II) im Krankenhaus zu Reinickendorf verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Reinickendorfer Gemeindefriedhof, Humboldtstraße, statt.
Die Erbschaftverwaltung.

Borussia-Festsäle
Königsplatz 6/7, nahe Kottbuser Platz
empfehlen keine vier Säle, 100-600 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. 43372
Prächtiger Naturgarten (mit Bühne), 700 Personen fassend, nach einigen Sonnabenden und Sonntage frei. — Kulanten entgegenkommen.
Georg Wolffgramm.

Sanssouci
Bauernrestaurant zwischen Sadowitz und Köpenick; empfiehlt sich zu Ausflügen. Großer Saal, viele, Regeltags. Jeden Sonntag:
Tanzreunion.

Frankfurter Viertel, Bez. 283 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zementierer
Hermann Reichwehr
Krausstr. 51
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. Mai der Kollege
Hermann Reichwehr
im Alter von 56 Jahren an Gallensteinleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Hohenneuenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Emil Panten
früher Heidenfeldstr. 11 (Bezirk II) im Krankenhaus zu Reinickendorf verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Reinickendorfer Gemeindefriedhof, Humboldtstraße, statt.
Die Erbschaftverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Wanderkarten
hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Caden)

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.
20. Abt., Bezirk 797.
Am Sonnabend, den 16. Mai, verstarb unser Genosse, der Handlungsgeldhülfe
Otto Roick
Reinickendorfer Str. 20
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Hohenneuenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. Mai der Kollege
Hermann Reichwehr
im Alter von 56 Jahren an Gallensteinleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Hohenneuenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante
Herren-Moden
fertig und nach Maß!
Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 5 Prozent
Rabatt!

Herausgefüttert
werden leichtfüßige junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fräuliche Frauen, Blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. And. Weis' Hafermark
ernährt werden. Effektivität und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung (Sähen) gelehrt. Aber kein anderes Hafermark übertrifft an Wohlgeschmack, Reizbarkeit und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. And. Weis' Hafermark.
Gebrauchsvorschrift auf den Paketen.
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzenstr. 86.
Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft** Berlin und Umgegend.

Schuten
Damenhüte, schwarz, weiß, Chamagne, 1.40 an. 21305
Müge, Schönhäuser Allee 146a.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
Bezirk Reinickendorf-St.
Am Sonnabend, den 16. Mai, verstarb unser Genosse Gastwirt
Emil Panten
Browingsstr. 94/95.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Reinickendorfer Gemeindefriedhof in der Humboldtstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Nachruf.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Müller
Am Bahnhofs Wenden
in Leipzig verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Änderungen sofort!

Reminonidmünz
Gibt, Gliederreizen, Nerven- und Körperschmerzen, Hüftweh, Geschwülste usw. sind oft unerträglich, daher gebrauche man **Reichel's Elektricum**
(Edles Nichtenadel-waldbalme) ein reines, unschädliches Naturprodukt ohne Alkohol. **Elektricum** wirkt nicht nur oberflächlich, wie spirituelle Einreibungen auf den Körper, sondern es dringt kräftig durchdringender, schmerzstillender Wirkung.
Man nehme nur **Seht „Elektricum“**.
Flaschen 60 Pf., 1.— Mark u. 2.— Mark.
Wenn in Drogerien nicht erhältlich: D. Otto Reichel, SO 43, Eisenbahnstr. 4.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Nachruf.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Müller
Am Bahnhofs Wenden
in Leipzig verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Daufragung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Friedrich Meyer
lagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Transportarbeiterverband, dem Kollegen der Turbinenfabrik, dem Bezirk 712, 6. Kreis, unseren besten Dank.
12324
Friedrich Meyer
lagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Transportarbeiterverband, dem Kollegen der Turbinenfabrik, dem Bezirk 712, 6. Kreis, unseren besten Dank.
Lina Meyer nebst Sohn.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69
Wie soll man wandern?
Anleitungen und Winke von **Engelbert Graf.**
Preis 20 Pf.
Mit Rucksack und Wanderstab.
Von **Jürgen Brand.**
Preis 20 Pf.
Jugend-Liederbuch.
Preis 25 Pf.

1M.
wöchentl. Teilzahlung
liefern elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellos, Sitz und feinste Verarbeitung
J. Kurzberg & Co.
Mass-Schneiderei
Gegründet 1898
Rosenthaler Strasse 36
I. Etage
Wir bitten genau auf Hausnummer 36 zu achten, da wir keine Filialen unterhalten.

zuführen. Die Unterstützung soll pro Tag eine Mark betragen und je nach der Mitgliedschaft 8-12 Wochen gewährt werden. Die Vorlage des Vorstandes hat bei den Mitgliedern keine besonders freundliche Aufnahme gefunden, sie dürfte auf dem Verbandstag lebhafteste Erörterungen hervorrufen.

Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes war der Geschäftsgang in der Steinindustrie in den letzten Jahren recht schwach, im letzten Halbjahr sogar schlecht. Die Sandsteinindustrie leidet unter dem fortgesetzten Druck des Kunststeins und Eisenbetons, die Granitfleckerei und Denkmalsbranche unter moderner Kunststrichung und schändlichen Friedhofsanordnungen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich in den letzten Jahren ständig nach aufwärts bewegt. War im Jahre 1909 noch der Jahresdurchschnitt des Mitgliederbestandes 17 065, so stieg er 1910 auf 20 267, 1911 auf 26 871, 1912 auf 29 410 und 1913 auf 31 061. Im letzten Quartal jedes Jahres geht die Mitgliederzahl immer etwas zurück, was seine Ursache in der Abwanderung der ausländischen Steinarbeiter in ihre Heimat hat. Am Ende der Berichtszeit, 31. Dezember 1913, betrug die Mitgliederzahl 30 518, darunter 200 weibliche Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder verdreifachte sich in der Geschäftsperiode, sie betrug bei deren Beginn nur 88. Es sind nur einzelne Gebiete im Deutschen Reich, wo Frauenarbeit in der Sandindustrie vertreten ist. Abgesehen von Schleiererei sind es die Pfastersteinbetriebe im Burgener Bezirk, im Bezirk Alenglon in der Pfalz und in der Schieferindustrie von Steinhilber und Umgebung. Das Gros der Mitglieder wohnt auf dem flachen Land: 1911 waren es 34,5 Proz., 1912 39 Proz. und 1913 gar 41 Proz. Die Mitglieder in den Großstädten bilden einen immer kleineren Teil der Organisation: 1909 27 Proz., 1911 17 Proz. und 1913 13,3 Proz. Diese Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß die Arbeitsgelegenheit in den Großstädten ständig zurückgeht und die Neugewinnung von Mitgliedern sich fast nur auf die Steinbruchgebiete erstreckt.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen hatte der Verband in der Berichtszeit 301 durchzuführen, die sich auf 352 Orte mit 1914 Betrieben und 36 533 Beschäftigten erstreckten. Von den beschäftigten Personen waren 28 580 männliche und 303 weibliche Steinarbeiter beteiligt. Von den Bewegungen endeten erfolgreich 175 mit 11 673 Beteiligten, teilweise erfolgreich 96 mit 12 200 Beteiligten, erfolglos 23 mit 256 Beteiligten; von 2 Bewegungen mit 26 Beteiligten blieb das Ergebnis unklar und 2 andere mit 36 Beteiligten waren am Jahresfluß noch nicht beendet. Neben einer Reihe kleinerer Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde durch die Bewegungen erreicht: für 4008 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 7153 Stunden pro Woche und für 15 978 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung um 25 790 M.

Die Zahl der tariflichen Vereinbarungen in der Steinindustrie erhöht sich von Jahr zu Jahr. Am Jahresfluß 1909 nahm der Verbandstand zum ersten Male eine Zusammenfassung der bestehenden Tarife vor. Dabei wurden 109 Tarife für 1087 Betriebe mit 12 186 Beschäftigten gefaßt. Seitdem haben sich diese Zahlen mehr als verdoppelt. Bei Beginn der Geschäftsperiode bestanden bereits 211 Tarifverträge für 1403 Betriebe mit 18 961 Arbeitern, von denen 16 202 dem Steinarbeiterverband angehörten. Im Jahre 1912 wurden für größere Bezirke zahlreiche erstmalige Abschlüsse vollzogen, nämlich 83 Tarife für 330 Betriebe mit 9062 Beschäftigten. Erneuert wurden in diesem Jahre 48 Verträge für 4902 Beschäftigte. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der erstmalig abgeschlossenen Verträge 41 für 503 Betriebe mit 6803 Personen. Ende 1913 bestanden 273 Tarifverträge für 2049 Betriebe mit 30 776 Beschäftigten, von denen 21 878 dem Verband angehörten.

Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen der Hauptkasse 1912 560 400 M. und 1913 551 130 M. Diefen stehen Ausgaben von 363 667 M. im Jahre 1912 und von 433 044 M. im Jahre 1913 gegenüber. Die Ausgaben für Unterstützungen stiegen in beiden Jahren ganz wesentlich. So die für Krankenunterstützung von 86 801 im Jahre 1911 auf 144 220 M. 1913. Das Gesamtvermögen des Verbandes stieg in der Berichtszeit um rund 360 000 M., es betrug am Schluß der Geschäftsperiode 1 136 603 M.

12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

In einer Zeit sehr verschärften reaktionären Stürmens gegen die moderne Arbeiterbewegung hatten in diesem Jahre verschiedene Gewerkschaften ihre übliche Generalversammlung ab. Das Unternehmertum, unterstützt und aufgepeitscht von der Kaste der Lebensmitteldereuer, konzentriert seine Macht gegen das Koalitionsrecht. Die Willkür der Polizei und eines gewerkschaftlichen Streikrechtes zerschmettert den Gewerkschaften den Rechtsboden, und die Rechtsprechung schüßt nicht frech verletzte Rechte und Interessen der Arbeiter. Eine tüchtige, moralische, aber unhaltbare juristische Auslegungskunst dient einseitig dem Interesse der Unternehmer.

Das Gefühl: Gewalt geht vor Recht, die Überzeugung, daß das Interesse der herrschenden Klasse die Entscheidungen der Staatsmächte bestimmt, ist so ziemlich Gemeingut des ganzen Volkes geworden.

In einer solchen Zeit gewinnen die Tagungen der organisierten Arbeiter erhöhte Bedeutung. Der Druck der Krise hat das Feuer der Begeisterung teilweise etwas gedämpft. Von den Stürmen der Reaktion wird es hoffentlich wieder zu hellen Flammen angeblasen. In der Arbeiterschaft gärt es. Druck erzeugt Gegendruck. Wer auf Stimmungen hoch, kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß die gehässigen reaktionären Vorstöße, die offene Willkür und Brutalität gegen die Arbeiterbewegung den radikalen Strom sehr gekürt hat. Spuren davon werden jedenfalls bei den Verhandlungen der Gewerkschaften zutage treten.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hält seine 12. Generalversammlung in den Tagen vom 18. bis 23. Mai in Dresden ab. Verhandlungsort ist die Zentralhalle. 178 Delegierte, darunter 10 weibliche, sind angemeldet. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter welchen die Textilindustrie zu leiden hatte, auch auf die Mitgliederbewegung des Verbandes ungünstig eingewirkt. Die Zahl der Mitglieder ist im Jahre 1913 um 4556 gesunken, nämlich von 142 684 im letzten Quartal 1912 auf 138 970 im vierten Viertel 1913. Der Stand der weiblichen Mitglieder, der rund 40 Proz. der Gesamtmitgliedschaft ausmacht, ist an dem Rückgang mit nur 14 Proz. beteiligt. Das Bild ändert sich aber, wenn man die Neuaufnahmen mit in Betracht zieht. Nach den verbuchten Eintrittsgeldern ergibt sich für die beiden letzten Jahre ein Zugang von 46 500 weiblichen und 26 688 männlichen Mitgliedern.

In derselben Zeit hat die Zahl der weiblichen Mitglieder aber nur um 8482, die der männlichen Verbandsangehörigen um 4681 zugenommen. Von der Gesamtzahl der Neuaufnahmen entfallen 46 419 auf das Jahr 1912 und 28 829 auf das letzte Jahr. Die Krise hat der Aufnahme neuer Mitglieder sehr große Schwierigkeiten bereitet. Aus den Angaben ist zu entnehmen, daß die Fluktuation sehr groß war. Die meisten Neuaufgenommenen sind anscheinend sehr bald wieder verloren gegangen.

Trotz der schlechten Konjunktur konnte die Organisation eine große Anzahl von Lohnbewegungen mit gutem Erfolge durchführen. Von den Bewegungen, insgesamt 513 mit 123 454 beteiligten Personen, waren in 393 Fällen die Arbeiter die Angreifer. In Arbeiterbewegungen sah sich die Organisation in 110 Fällen berufen, und 10 Aussperrungen mit 32 281 Beteiligten waren ihr beschieden. Von den Angriffsbewegungen wurden 392, von den Abwehrbewegungen 60, mit zusammen rund 72 000 beteiligten Personen durchgeführt. Als Ertrag der Bewegungen bezeichnet der Vorstand in seinem Bericht: für 22 536 Personen pro Woche

56 808 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 68 870 Mark Lohnerhöhungen

für 58 702 Personen. Außerdem wurden noch für 30 266 Personen andere Verbesserungen erzielt. Für 4985 Beteiligte wurden 33 Tarife abgeschlossen.

Der Kassenbericht, der die Haupt- und Lokalkassen für zwei Jahre (1912 und 1913) umfaßt, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 6 957 522 M. Die von den Gauleitungen vorgelegten Abrechnungen balancieren mit 210 533,54 M. Die sachlichen und persönlichen Verwaltungskosten beanspruchten aus der Hauptkasse 507 879,59 M., aus den Lokalkassen 138 018,50 M. Von den Gesamtausgaben entfallen allein 3 250 560,32 M. auf Unterstützungen. Die Einrichtung der Unterkassiererkasse kostete 357 630,51 M. Die Aufwendungen für Konferenzen betragen insgesamt 62 423,66 M. Für das Verbandsorgan wurden zusammen 264 328,39 M. verausgabt und der Generalkommission 37 724,80 M. überwiesen. Der Vermögensbestand der Hauptkasse hat sich im Laufe der Berichtszeit (zwei Jahre) von 1 229 494,29 M. auf 1 103 206,89 M. ermäßigt, dagegen schließen die Lokalkassen mit einem Vermögenszuwachs von 234 768,55 M., wodurch der Bestand auf 278 898,17 M. anschwoll. Im Durchschnitt wurden pro Mitglied 44,21 Beitragsmarken abgesetzt gegen 44,36 im Jahre vorher, 44,14 im Jahre 1911 und 43,26 vor drei Jahren. Die Durchschnittsleistung hat sich demnach etwas erhöht.

Der Generalversammlung liegt eine große Zahl von Anträgen vor, die sich auf Beitragsgattungen und Unterstützungen beziehen. Die Wünsche auf Beitragsermäßigungen begegnen sich mit solchen auf Erhöhung der Leistungen aus der Verbandskasse. Umgekehrt kommt aber auch wieder das gesunde Bestreben zum Durchbruch, die Finanzkraft der Organisation zu stärken. Auch die Verfassungsfrage spielt in den Anträgen eine Rolle. Da wird die Einsetzung einer Kommission verlangt, deren Aufgabe es sein soll, alle Vorgänge zu beobachten, die eine Demokratisierung des Mitgliedschaftsrechtes bei Streiks und Lohnbewegungen bezwecken. Dann wird wieder verlangt, daß Angestellte des Verbandes bei Differenzen nur unter Zugiehung von Arbeiterausschüssen oder Lohnkommissionen mit den Unternehmern verhandeln sollen. Aus Leipzig und Guben wird die Schaffung eines Industriearbeiterverbandes

für alle in den Bekleidungsberufen Beschäftigten verlangt. Die Generalversammlung soll die notwendigen Vorbereitungen beschließen.

Die Fälle und Vielgestaltigkeit der Anträge stellt interessante Debatten in Aussicht. Hoffentlich stehen die Beschlüsse mit den gehagten Wünschen in Einklang, daß sie der Organisation nach innen und außen neue Kräfte zuführen, dem Kapital zum Trotz, den Arbeitern zum Schutz.

Frauen-Leseabende.

Karlshorst. Mittwoch, 20. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Bofer, Dönhoffstr. 8. Unter anderem: Berichte der Teilnehmerinnen am Kreisfiskus. **Niederichthausen-Nordend.** Der Frauenleseabend 131 in diesem Monat aus, dafür beteiligen sich die Genossinnen an der Verlesung des Hausarbeitsvereins am Mittwoch, den 20. Mai, bei Kelling, Blankenburger Straße 4.

Eingegangene Druckschriften.

Geschichten aus zwei Welten. Von R. Goltzher. 3 B., geb. 4 M., S. Fischer, Berlin, S. 100/101. **Neue Nordische Novellen.** 124 S. (Buchbeilage zur „Zeitung“). Verlag in Stuttgart. **Die Sieger.** Roman von M. Ludwig. 450 M., geb. 6 M., — **Ueberflut.** Roman von Martin Andersen Perh. 5 M., geb. 6,50 M., — **Das Duell.** Novellen von A. Conrad. 350 M., geb. 4,50 M., — **Charles Videns' Oltzer Wolff.** Deutsch von G. Reyrin. 3 B., geb. 4 M., H. Langen, München. **Wilhelm Leibl. Sein Leben und Schaffen.** Von J. Mayr. 148 S., geb. 2. Gaffner, Berlin. **Wie erhalten wir unsere Stimme gesund?** Von H. Wolf. Kart. 1 M., — **Wie ein Haus entsteht.** Lehr- und Handbuch von D. Schmidt. Kart. 1,50 M., — **Säemanns-Schriften.** Heft 11. **Glückhaus und Schule.** Beiträge von Anna Schellenberg, S. Weimer und E. Käfer. Geb. 1 M., — Heft 12: **Die Tagesschule. Die Schule der Großstadt.** Von Dr. C. Gert. Geb. 1 M., S. G. Teubner, Leipzig.

Marktbreise von Berlin am 16. Mai 1914. nach Ermittlungen des k. Reichsstatistikbureaus. Weizen (mitgeteilt), Ratal 00,00-00,00, Donau 0,00-0,00, Weizen (ungeteilt), gute Sorte 15,40-15,70, Weizen 5,00 bis 5,20, Hafer 7,20-8,60.

Marktblauenpreise. 100 Kilo. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-50,00, Edelbohnen, weiße 35,00-60,00, Linen 40,00-80,00, Kartoffeln (Kleinbbl.) 4,00-7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Kuhle 0,00-0,00, Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00-0,00, Schweinefleisch 0,00-0,00, Kalbfleisch 0,00-0,00, Hammelfleisch 0,00-0,00, Butter 2,40-2,60, 60 Stück Eier 3,20-4,80, 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,20, Kalle 1,60-3,20, Rander 1,60-3,20, Gemüse 1,40-2,80, Barische 1,00-2,20, Schiese 1,40-3,20, Biele 0,80-1,60, 60 Stück Äpfel 3,00-4,80.

Witterungsüberblick vom 18. Mai 1914.

Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in Grad Celsius	Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in Grad Celsius
Stomwende	770 R	Südwest	12	Wolkig	12	Kabaranbo	761 S	—	—	Regen	4
Hamburg	770 RND	Südwest	15	Wolkig	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769 R	Südwest	16	Wolkig	16	Seibitz	772 RND	—	—	Regen	13
Frankf. a. M.	766 RND	Südwest	16	Wolkig	16	Herborn	769 S	—	—	Wolkig	14
München	766 S	Südwest	9	Wolkig	9	Paris	736 R	—	—	Wolkig	16
Wien	764 RND	Südwest	15	Wolkig	15						

Wetterprognose für Dienstag, den 19. Mai 1914.

Trocken und vielwolkig, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag: Zunächst überall noch vorwiegend heiter, trocken und am Tage ziemlich warm. Später im Küstengebiet langsame Zunahme der Bewölkung, aber noch keine erheblichen Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 17.5.		am 16.5.		Wasserstand	am 17.5.		am 16.5.	
	m	cm	m	cm		m	cm	m	cm
Remel, Müst	192	-7	192	-7	Saale, Großh.	98	-0	98	-0
Bregel, Ankerburg	27	+2	27	+2	Saale, Spandau	85	-7	85	-7
Beichel, Doern	154	0	154	0	Saale, Rathenow	37	-1	37	-1
Oder, Ratibor	139	-3	139	-3	Spre, Spreenberg	94	+2	94	+2
Kraffen	108	+1	108	+1	Seezow	80	0	80	0
Frankfurt	111	+8	111	+8	Weser, Hörden	162	-8	162	-8
Barthe, Schimm	34	0	34	0	Winden	248	-10	248	-10
Landberg	89	-1	89	-1	Rhein, Ragnitshausen	553	-9	553	-9
Rege, Borchmann	53	-1	53	-1	Raub	340	0	340	0
Eibe, Zeimery	19	+16	19	+16	Rölln	340	-4	340	-4
Dresden	120	-5	120	-5	Redar, Heilbronn	88	-2	88	-2
Barbo	145	+3	145	+3	Rain, Danau	163	-1	163	-1
Magdeburg	110	-1	110	-1	Roel, Trier	88	-13	88	-13

+) + bedeutet Zufluß, — Fall, — *) Unterpegel.

Puck

Die Qualitäts-

3 Pf

Cigarette



KROBOWSKI

Ein Augenblick

genügt für die Montage unserer abnehmbaren Felge. Unbedingt sicher, leicht und schnell montierbar, ermöglicht sie selbst dem Laien bei Reifenpannen in wenigen Minuten wieder flott zu werden.

Fahren Sie die

abnehmbare Continental Felge

sie erspart Ihnen Verdruß und läßt Sie Ihr Ziel stets rechtzeitig erreichen.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



Personal 12000.

